Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

17. November 1980
Jg. 8 Nr. 47

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D21060C

Die Warschauer Einigung stärkt die Arbeiterbewegung und die polnische Nation

Danziger Abkommen großteils noch offen / Verdeckte Gewerkschaftsdebatte in der DDR

hku. Der Gewerkschaftsverband Solidarność wie die Führung der PVAP haben den Spruch des Obersten Gerichts begrüßt, im ganzen Volk ist er mit Erleichterung aufgenommen worden. Die Parteizeitung „Trybuna Ludu“ sprach von einem „Sieg der Vernunft“, er habe eine Ebene geschaffen für „partnerschaftliches Zusammenwirken bei der Erneuerung des Lebens im Lande, der gemeinsamen Verantwortung in Polen“. Das Gericht hat Solidarność auf Grundlage der von *ihr* eingereichten Statuten registriert; am Tag der Verhandlung hatte der Verband einen veränderten Statutenentwurf vorgelegt, der im *Anhang* den vollen Wortlaut des Punktes 1 des Danziger Abkommens und Abschnitte der ILO-Konvention über Gewerkschaftsrechte aufführt.

Hohe PVAP-Funktionäre haben nach dem Urteil öffentlich bestätigt, was auch in den aufdringlichen Fernsehberichten über polnisch-sowjetische Militärmanöver und in den Reisebeschränkungen für westliche Journalisten erkennbar gewesen war: es gibt in der Führung und im mittleren Kader der PVAP scharfe politische Auseinandersetzungen. Minister Tejchma schrieb, der Kampf müsse nicht nur gegen „antisozialistische“, sondern auch gegen konservative Kräfte geführt werden, die die Erneuerung der Partei für eine Abweichung vom Sozialismus hielten. Politbüro-Mitglied Werblan: der „Arbeiterprotest“ sei zwar grundlegend gewesen, aber er hätte nicht erfolgreich sein können, wenn es nicht auch *in* der Partei eine kräftige kritische Strömung gegeben hätte. Da hat er sicher recht, sowieso gehörten die jungen PVAP-Mitglieder zum Kern der Streikbewegung.

Die treibende Kraft ist die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, die sich weiterhin rasch ausdehnt und organisiert und ihre Organisation bereits für weitergehende Aufgaben wie die Abhaltung von eigenen Volkshochschulen usw. nutzt. Die Bilder von der überaus geschlossenen und überlegten Streikvorbereitung und vom Auftreten beim Gerichtsurteil haben gezeigt, welche Kraft die Arbeiterklasse entfaltet, wenn sie für ihre Ziele in Bewegung ist. – Seit August ist übrigens der Alkoholkonsum, diese dumpfe und zersetzende Form der Auflehnung, stark zurückgegangen. – Weiterhin stehen einzelne Abteilungen der Gewerkschaft in Streikauseinandersetzungen um die Durchführung der Abkommen: gegenwärtig halten 200 Beschäftigte aus Krankenhäusern in Stettin öffentliche Räume besetzt, um die Lohnerhöhungen zu beschleunigen; unterstützt von Medizinstudenten und von Delegationen aus dem ganzen Land.

In den kommenden Wochen stehen weitere schwierige Entscheidungen über die Durchführung der Abkommen an. Bis Ende November muß die Regierung einen Gesetzentwurf über die Einschränkung der Zensur vorlegen; Pläne zur Rentenreform, zur Beseitigung der Privilegien von Miliz und Polizei, zur Einführung der 5-Tage-Woche sind zum Jahresende vorgesehen; in Vorbereitung ist das neue Gewerkschaftsgesetz, in das die Regierung wohl ausführliche Schlichtungsvorschriften einbauen will. Noch ist die Bauerngewerkschaft „Dorf-Solidarność“ nicht registriert. Schließlich muß sich auch die politische Diskussion um die Unabhängigkeit des Landes weiter entfalten, denn Polen *geht* seinen eigenen Weg. Am 11., dem Tag der Gründung der polnischen Staates 1919, demonstrierten 20 000 unter polnischen Fahnen; die traditionell-bürgerlichen Gruppen haben hier noch großen Einfluß.

Im Zentrum der *Zusammenarbeit*, die die PVAP-Regierung erklärtermaßen mit Solidarność sucht, steht die Bewältigung der Wirtschaftskrise. Angesichts der geringen Aufkaufmengen an landwirtschaftlichen Produkten hat die Regierung den Stopp aller Nahrungsmittel-Exporte und die Rationierung der Grundnahrungsmittel angekündigt. 100 Mrd. Zl. sollen 1981 von Investitionen in die Konsumtion umgeleitet werden, höchste Priorität erhält die Landwirtschaft, sodann die Exportindustrie zum Schuldenabbau.

Insgesamt sei „normaler Arbeitsrhythmus“ noch nicht wieder eingekehrt, hat Ministerpräsident Pinkowski beklagt. Das läge nicht nur an Materialknappheit, Verwaltungsschlendrian usw., sondern habe offensichtlich politische Gründe. „Noch überwiegt die Abrechnung mit der Partei“. – Die ökonomischen Zwangsmittel des klassischen Kapitalismus können nicht angewendet werden. Die Vorbehalte der Arbeiter werden nur in dem Maße sich auflösen, wie im andauernden Kampf die Erscheinungen einer neuen Klassenherrschaft wie Korruption, Vergeudung und bürokratische Willkür eingeschränkt und beseitigt werden können. Die Krise rührt nicht aus den Streiks; sie kann nur behoben werden, wenn die Arbeiterbewegung fortschreitet. Nur dann können alle Kräfte zur Stärkung der Unabhängigkeit des Landes freigesetzt werden.

Öffentlich haben die Sozialimperialisten auch den Gerichtsentscheid geschluckt. Sichtlich nervös sind die DDR und die CSSR. Nach Beratungen mit Bulgarien hat die CSSR jetzt auch Ungarn zu einer gemeinsamen Erklärung veranlaßt, das sich bisher recht zurückhaltend geäußert hatte. Die DDR entfaltet eine heftige Kampagne gegen die Nicht-Anerkennungspolitik der BRD und hat mit der Honecker-Reise nach Österreich zu beweisen versucht, daß nicht *sie* die Abgrenzung betreibt. Gleichzeitig ist eine handfeste Debatte um die Gewerkschaften im Gange; das kann man zwischen den Zeilen der letzten FDGB-Vorstandssitzung deutlich lesen. Die stellvertr. Vorsitzende Töpfer sagt da u.a.: „Gegenwärtig gibt es überall in der Gewerkschaftsorganisation eine breite kameradschaftliche Diskussion über viele Fragen der Innen- und Außenpolitik der Partei.“ In Polemik gegen eine Behauptung Vetters, Polen habe Lenin widerlegt, erinnert sie an den FDGB-Kongreß 1950, der die führende Rolle der SED festschrieb, und beweist die notwendige Unterordnung damit, daß die Gewerkschaften „für den Sozialismus“ seien. Produktionssteigerung sei daher die vornehmste Aufgabe. Und: „In unserer politisch-ideologischen Arbeit – vor allem in den Arbeitskollektiven – sollten wir die historische Tragweite unseres Bündnisses mit der UdSSR noch eindringlicher darlegen.“

vollen Wortlaut des Punktes 1 des Danziger Abkommens und Abschnitte der ILO-Konvention über Gewerkschaftsrechte aufführt.

Hohe PVAP-Funktionäre haben nach dem Urteil öffentlich bestätigt, was auch in den aufdringlichen Fernsehberichten über polnisch-sowjetische Militärmanöver und in den Reisebeschränkungen für westliche Journalisten erkennbar gewesen war: es gibt in der Führung und im mittleren Kader der PVAP scharfe politische Auseinandersetzungen. Minister Tejchma schrieb, der Kampf müsse nicht nur gegen „antisozialistische“, sondern auch gegen konservative Kräfte geführt werden, die die Erneuerung der Partei für eine Abweichung vom Sozialismus hielten. Politbüro-Mitglied Werblan: der „Arbeiterprotest“ sei zwar grundlegend gewesen, aber er hätte nicht erfolgreich sein können, wenn es nicht auch *in* der Partei eine kräftige kritische Strömung gegeben hätte. Da hat er sicher recht, sowieso gehörten die jungen PVAP-Mitglieder zum Kern der Streikbewegung.

Die treibende Kraft ist die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, die sich weiterhin rasch ausdehnt und organisiert und ihre Organisation bereits für weitergehende Aufgaben wie die Abhaltung von eigenen Volkshochschulen usw. nutzt. Die Bilder von der überaus geschlossenen und überlegten Streikvorbereitung und vom Auftreten beim Gerichtsurteil haben gezeigt, welche

men an. Bis Ende November muß die Regierung einen Gesetzentwurf über die Einschränkung der Zensur vorlegen; Pläne zur Rentenreform, zur Beseitigung der Privilegien von Miliz und Polizei, zur Einführung der 5-Tage-Woche sind zum Jahresende vorgesehen; in Vorbereitung ist das neue Gewerkschaftsgesetz, in das die Regierung wohl ausführliche Schlichtungsvorschriften einbauen will. Noch ist die Bauerngewerkschaft „Dorf-Solidarność“ nicht registriert. Schließlich muß sich auch die politische Diskussion um die Unabhängigkeit des Landes weiter entfalten, denn Polen *geht* seinen eigenen Weg. Am 11., dem Tag der Gründung der polnischen Staates 1919, demonstrierten 20 000 unter polnischen Fahnen; die traditionell-bürgerlichen Gruppen haben hier noch großen Einfluß.

Im Zentrum der *Zusammenarbeit*, die die PVAP-Regierung erklärtermaßen mit Solidarność sucht, steht die Bewältigung der Wirtschaftskrise. Angesichts der geringen Aufkaufmengen an landwirtschaftlichen Produkten hat die Regierung den Stopp aller Nahrungsmittel-Exporte und die Rationierung der Grundnahrungsmittel angekündigt. 100 Mrd. Zl. sollen 1981 von Investitionen in die Konsumtion umgeleitet werden, höchste Priorität erhält die Landwirtschaft, sodann die Exportindustrie zum Schuldenabbau.

Insgesamt sei „normaler Arbeitsrhythmus“ noch nicht wieder einge-

fortschreitet. Nur dann können alle Kräfte zur Stärkung der Unabhängigkeit des Landes freigesetzt werden.

Öffentlich haben die Sozialimperialisten auch den Gerichtsentscheid geschluckt. Sichtlich nervös sind die DDR und die CSSR. Nach Beratungen mit Bulgarien hat die CSSR jetzt auch Ungarn zu einer gemeinsamen Erklärung veranlaßt, das sich bisher recht zurückhaltend geäußert hatte. Die DDR entfaltet eine heftige Kampagne gegen die Nicht-Anerkennungspolitik der BRD und hat mit der Honecker-Reise nach Österreich zu beweisen versucht, daß nicht *sie* die Abgrenzung betreibt. Gleichzeitig ist eine handfeste Debatte um die Gewerkschaften im Gange; das kann man zwischen den Zeilen der letzten FDGB-Vorstandssitzung deutlich lesen. Die stellvertr. Vorsitzende Töpfer sagt da u.a.: „Gegenwärtig gibt es überall in der Gewerkschaftsorganisation eine breite kameradschaftliche Diskussion über viele Fragen der Innen- und Außenpolitik der Partei.“ In Polemik gegen eine Behauptung Vetters, Polen habe Lenin widerlegt, erinnert sie an den FDGB-Kongreß 1950, der die führende Rolle der SED festschrieb, und beweist die notwendige Unterordnung damit, daß die Gewerkschaften „für den Sozialismus“ seien. Produktionssteigerung sei daher die vornehmste Aufgabe. Und: „In unserer politisch-ideologischen Arbeit – vor allem in den Arbeitskollektiven – sollten wir die historische Tragweite unseres Bündnisses mit der UdSSR noch eindringlicher darlegen.“



Die UNO-Vollversammlung hat mit einer Mehrheit von 58 zu 35 Stimmen bei 46 Enthaltungen das Selbstbestimmungsrecht des Volkes von Osttimor anerkannt und die Annexion des Landes durch Indonesien im Jahre 1976 verurteilt. Seit 1974 kämpft das osttimoresische Volk unter Führung der Fretilin für seine Befreiung. *Bild:* Demonstration in der Hauptstadt Dili 1975 zur Feier des ersten Gründungstages der Fretilin

Regierung ergreift erste Maßnahmen gegen den Poststreik

Urabstimmung am 17./18.11. / Unterstützung für DPG wächst

wig. Mit Beginn der Woche führt die DPG die Urabstimmung unter den 150000 gewerkschaftlich organisierten Post-Arbeitern und Angestellten durch. Die 262000 Beamten können an der Urabstimmung nicht teilnehmen. Ernst Breit, Vorsitzender der DPG, erklärte auf der Pressekonferenz am 8.11., daß die Beamten durch Veranstaltungen und Demonstrationen den Streik unterstützen würden. Bei den Warnstreiks hatte die Postverwaltung erst gar nicht versucht, die Beamten zur Arbeit zu verpflichten. Auch der Bundesdisziplinaranwalt, der beim Postministerium anfragte, ob er wegen streikender Beamten recherchieren solle, erhielt keinen Auftrag. Die Regierung operierte bisher vorsichtig. Die Taktik lautete: Hinhalten und über den Verweis auf eine Regelung für den gesamten öffentlichen Dienst nach Auswegen suchen. Die Taktik hatte keinen großen Erfolg. ÖTV, GdED und GdP, die ebenfalls Verhandlungen über die Arbeitszeit und die Arbeitsbedingungen im Schichtdienst führen, ließen sich auf die 1–3 angebotenen Freischichten nicht ein und unterstützen die DPG. Die GEW schickte vom Gewerkschaftstag eine Grußadresse. Die DPG ließ Gscheidle auf seinem erneuten Verzögerungsversuch, einem Gespräch am 24./25. November, sitzen.

Die DPG hat die Urabstimmung gut vorbereitet. Selbst die Kapitalisten und die Regierung rechnen mit einem klaren Votum für Streik. 75% der organisierten Arbeiter und Angestellten müssen für Streik stimmen. Es besteht Einheit für die Forderungen der DPG, insbesondere für die 1,5fache Anrechnung der Arbeitszeit im Schichtdienst, auch unter den Nichtschichtarbeitern. Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Schichtdienstler würde sich auch für sie günstig auswirken, weil die Arbeitsintensität insgesamt gedrückt würde. Die ist gegenwärtig so hoch, daß über 50% der Schichtdienstbeschäftigten vorzeitig verrenten.

Ernst Breit erklärte in einem Interview: „Wenn wir die Urabstimmung mit dem von uns erwarteten Ergebnis durchgeführt haben, dann wird es auch zu zentral organisierten Kampfmaßnahmen kommen.“ Sie könnten schon am 20.11. beginnen. Das von Gscheidle offerierte Gesprächsangebot werde daran nichts ändern, „solange der Minister nicht vorher ein verhandlungsfähiges Angebot auf den Tisch legt.“

Gscheidle ist in der Klemme. Ein Streik bei der Post trifft die Kapitalisten bei Kommunikation und Transport hart. Aufgrund der langandauernden Aktionen der DPG hatte er im Frühjahr des Jahres vorschnell ein Angebot in Richtung der Forderung der DPG signalisiert. Per Kabinettsbeschluß war er rasch zurückgepfiffen worden. Jetzt nach den Sparabschlüssen der Regierung ist er auf harte Gangart verpflichtet worden. Die Kapitalisten würden es mehr als Übel nehmen, wenn die Regierung den Forderungen der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst nachgeben würde. In der letzten Woche hat Gscheidle schon den ersten Vorstoß unternommen. In einem Brief an alle Postbeschäftigten warnt er ausdrücklich vor einem Streik. Mit Streikbeginn werden weitere Maßnahmen der Regierung folgen. Das Beamtengesetz wird sicher nicht beiseiteliegen. Die DPG wird es nicht leicht haben, sich gegenüber der Regierung durchzusetzen. Um so wichtiger ist die Unterstützung durch die gesamte Arbeiterbewegung. Vor allem die

Aus dem Inhalt:

Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben in den letzten Wochen ihre Solidarität mit dem Kampf der DPG erklärt. Der Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier hat eine Solidaritätserklärung verabschiedet. In den öffentlichen Diensten organisieren ÖTV-, GdED-, GEW- und GdP-Mitglieder und Funktionäre Resolutionen und Briefe an die DPG, in denen sie die Kampfmaßnahmen für die Forderungen unterstützen und beraten, mit welchen Mitteln sie den Streik der Postgewerkschaft unterstützen können. Mitglieder der Industriegewerkschaften beteiligten sich an der Demonstration der DPG letzte Woche in Nürnberg. Die Regierung weiß, daß es bei dem Streik der Postgewerkschaft um den Arbeitsstandard für Schichtarbeit im gesamten öffentlichen Dienst und somit auch für die Industrie geht. Daß es die Arbeiterbewegung ebenso sieht, wird sich bei dem Streik der Postarbeiter zeigen.



Die UNO-Vollversammlung hat mit einer Mehrheit von 58 zu 35 Stimmen bei 46 Enthaltungen das Selbstbestimmungsrecht des Volkes von Osttimor anerkannt und die Annexion des Landes durch Indonesien im Jahre 1976 verurteilt. Seit 1974 kämpft das osttimoresische Volk unter Führung der Fretilin für seine Befreiung. *Bild:* Demonstration in der Hauptstadt Dili 1975 zur Feier des ersten Gründungstages der Fretilin

Regierung ergreift erste Maßnahmen gegen den Poststreik

Urabstimmung am 17./18.11. / Unterstützung für DPG wächst

wig. Mit Beginn der Woche führt die DPG die Urabstimmung unter den 150000 gewerkschaftlich organisierten Post-Arbeitern und Angestellten durch. Die 262000 Beamten können an der Urabstimmung nicht teilnehmen. Ernst Breit, Vorsitzender der DPG, erklärte auf der Pressekonferenz am 8.11., daß die Beamten durch Veranstaltungen und Demonstrationen den Streik unterstützen würden. Bei den Warnstreiks hatte die Postverwaltung erst gar nicht versucht, die Beamten zur Arbeit zu verpflichten. Auch der Bundesdisziplinaranwalt, der beim Postministerium anfragte, ob er wegen streikender Beamten recherchieren solle, erhielt keinen Auftrag. Die Regierung operierte bisher vorsichtig. Die Taktik lautete: Hinhalten und über den

Gscheidle ist in der Klemme. Ein Streik bei der Post trifft die Kapitalisten bei Kommunikation und Transport hart. Aufgrund der langandauernden Aktionen der DPG hatte er im Frühjahr des Jahres vorschnell ein Angebot in Richtung der Forderung der DPG signalisiert. Per Kabinettsbeschluß war er rasch zurückgepfiffen worden. Jetzt nach den Sparabschlüssen der Regierung ist er auf harte Gangart verpflichtet worden. Die Kapitalisten würden es mehr als Übel nehmen, wenn die Regierung den Forderungen der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst nachgeben würde. In der letzten Woche hat Gscheidle schon den ersten Vorstoß unternommen. In einem Brief an alle Postbeschäftigten warnt er ausdrücklich vor einem

Madrider Konferenz: Noch tagen sie miteinander

Seit der Helsinki-Konferenz ist die Rivalität der Supermächte schärfer geworden

ges. Als „politische Konferenz des Jahrhunderts“ war die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit Europas in Helsinki 1975 bezeichnet worden. Von der Madrider Folgekonferenz behauptet das niemand mehr. Schon erscheint als Erfolg, daß sie überhaupt eröffnet werden konnte und einen Tagesordnungsrahmen erhalten hat. Dafür mußten auf der Vorbereitungskonferenz die Uhren angehalten werden, konnte die Konferenz zunächst nur formell eröffnet werden und bestand die Tagesordnung zunächst in nichts anderem als einer ausgelosten Rednerliste für die Vertreter der einzelnen Delegationen. Genscher ergriff als einer der ersten Außenminister das Wort. Trotz der sowjetischen Invasion in Afghanistan müsse die Entspannung weitergehen. Dabei verwies er auf die deutsch-französische Erklärung von Anfang des Jahres, daß die Entspannung einen weiteren Schlag wie die sowjetische Invasion nicht aushalte. Dem Entspannungsprozeß würde auch durch die Erhöhung der Zwangsumtauschsätze bei der Einreise in die DDR Schaden zugefügt. Was an der BRD liege, so wolle sie alles tun, was den Entspannungsprozeß wieder in Gang bringen könne. Daß in Wirklichkeit die Entspannung nur der Redeschwanz ist, der die Verschärfung der Spannung begleitet, weiß Genscher genau. Erst werden Mittelstreckenraketenbeschlüsse gefaßt, danach sollen die Verhandlungen über die Abrüstung folgen. Das Gleichgewicht sei die Voraussetzung der Entspannung, Gleichgewicht aber ist bestenfalls die Resultante aus den wechselseitigen Versuchen, das Übergewicht zu erlangen. Bestimmend sind dabei die beiden Supermächte. Die Helsinkikonferenz von 1975 hatte ihre beherrschende Rolle fixiert.

Mit ihrer Beteiligung hatten die USA die Rolle einer europäischen Macht bestätigt bekommen, während der Sowjetunion zugestanden wurde, nicht nur in ihrem eigenen Herrschaftsbereich das Sagen zu haben, sondern in ganz Europa mitreden zu können. Die KSZE von Helsinki zeigte, wie sich die Rivalität der beiden Supermächte auf Europa konzentriert. Die Nebelschwaden über Entspannung waren möglich, weil sich die Auseinandersetzung an den Flanken Europas erst zuzuspitzen begann. Heute sieht es ganz anders aus. Eine Serie von Freundschaftsverträgen der SU hat bloß dem Völkermorden gedient. In Südostasien hat der Freundschaftspakt mit Vietnam direkt die Aggression gegen Kampuchea vorbereitet. Der Freundschaftspakt mit Afghanistan bildet den Vorwand, die sowjetische Aggression zu einer inneren Angelegenheit Afghanistans zu erklären. Der Versuch, die sowjetische Aggression Afghanistans auf die Tagesordnung der KSZE-Konferenz zu setzen, war einer der Hauptstreitpunkte der Vorbereitungskonferenz in Madrid. Erstens sei das unzulässige Einmischung und zweitens habe Afghanistan mit Europa nichts zu tun. Der andere Streitpunkt sind die Menschenrechtsverletzungen in der SU. Mit dem Korb 5 hatten hier die westlichen imperialistischen Mächte auf der Helsinkikonferenz einen diplomatischen Coup landen können, der für die Sozialimperialisten gehörige Probleme geschaffen hat. Oppositionelle Kräfte in der SU, aber auch in den anderen Staaten des Warschauer Paktes beziehen sich stets auf das Helsinki-Abkommen, worauf sich auch die polnische Gewerkschaftsbewegung gegenüber der Regierung und den Drohungen der Sowjetunion beruft. Die Sowjetunion hatte geglaubt, sie könne sich solchen Luxus wie Korb 5 leisten. Inzwischen ist sie anderer Auffassung. Schwerpunkt der Madrider Konferenz solle nicht die Vergangenheit, sondern die Zukunft sein. Damit ist eine europäische Abrüstungskonferenz gemeint. Die Hoffnung der SU ist, auf einer solchen Konferenz die USA und die westeuropäischen Imperialisten auseinanderdividieren zu können. Die Widersprüche innerhalb der NATO sind ja kein Geheimnis. Die Widersprüche im Herrschaftsbereich der SU auch nicht. Das Interesse der beiden Supermächte an Entspannungskonferenzen beginnt nachzulassen. Jedenfalls geht das gemeinsame Thema langsam aus.

Der Mineralölsteuertest

frb. Der Vorschlag, die Kraftfahrzeugsteuer auf die Mineralölsteuer umzulegen, ist alt. Zur Entscheidungsreife gediehen ist er noch nie. Ein Grund ist, daß die Kraftfahrzeugsteuer, die abgeschafft würde, von den Bundesländern kassiert wird, während die Mineralölsteuer, die um 14 Pfg. je Liter erhöht würde, eine Bundessteuer ist. Und sowieso stehen die Kapitalisten der Sache reserviert gegenüber. Zwar bevorzugt die Umlegung die Besitzer großhubräumiger PKWs, aber erstens trifft es jene, weil sie viel fahren, doch zweitens fürchten die Kapitalisten um die Mobilität der Arbeitskraft. So stand also heller Empörung der ,,freien Presse" nichts im Wege, als die Pläne der Regierungsparteien lanciert worden waren. Auch die Bundesregierung mußte das Echo vorhersehen. Wozu dann der veröffentlichte Plan?

Ablenkung von der deftigen Erhöhung der Mineralölsteuer – um den doppelten des zuvor in Erwägung gebrachten Betrags – war sicherlich das eine. Geradezu gering soll sie erscheinen gegen die 14 Pfg., auf die verzichtet wird. Fein zusammengezimmert ist das Ganze. Steigt die Mineralölsteuer, so steigen die Fahrtkosten. Hohe Mieten haben viele aufs Land vertrieben und zum täglichen Pendeln verdammt. Steigen die Fahrtkosten, so steigt der Kostenvorteil einer Wohnung in der Stadt. Die Mieten können steigen, und hier haben die Regierungsparteien ja auch schon vorgesorgt.

Dennoch braut sich ein Sturm gegen die Steuererhöhung überhaupt zusammen. Der Bundesverband der Deutschen Industrie macht sich für einen Verzicht, die Mineralölsteuer zu erhöhen, stark. Die Kapitalisten wollen gegenwärtig keine Erhöhung von Steuern und Abgaben. Letztlich sind es doch Lohnkosten, und vor allem im Bereich der Lohnzusatzkosten lägen die Probleme, sagen sie. Mit den Beschlüssen zur Rentenversicherung, die freie Hand zur Rentensenkung lassen, hat die Regierung den Weg eingeschlagen. Den Kapitalisten ist das noch viel zu vage. Der Testballon der Mineralölsteuer hat auch hier Klarheit geschaffen. Die Kapitalisten werden jetzt nicht locker lassen.

Sparprämien im Handstreich kassiert

Auf die Wahl folgt der Betrug / Kabinett setzt Gesetz außer Kraft

ebk. Am Mittwoch, 12.11., beschloß die Bundesregierung, das Sparprämiengesetz zu streichen. Für Sparverträge, die ab dem 13.11. abgeschlossen sind, gibt es keine Prämie mehr. Der dafür notwendige Gesetzentwurf ist noch nicht einmal eingebracht; das soll erst am 17.12. geschehen. Der Beschluß der Bundesregierung entspricht den Koalitionsvereinbarungen zwischen SPD und FDP, die außerdem noch die Senkung der Bausparprämie von 18 auf 14% und eine erhebliche Verringerung der vermögenswirksamen Leistungen vorsehen.

Was die Bundesregierung im Handstreich kassieren will, wurde 1959 zur Unterstützung der kapitalistischen Konjunktur eingeführt: Für Sparbeiträge, aber auch für den Erwerb von Wertpapieren westdeutscher Unternehmen oder öffentlicher Körperschaften zahlte die Bundesregierung eine Prämie von ursprünglich 20 (1959), dann 18 (1977) und zuletzt noch 14% (1979). Der Höchstbetrag der Prämie von ursprünglich 120/240 DM (ledig/verheiratet) wurde 1979 auf 800/1600 DM erhöht. Für jedes Kind unter 18 Jahren kamen weitere 2% dazu. Zusammen mit der Bausparförderung und den vermögenswirksamen Leistungen (624-Mark-Gesetz) konnten die Prämien so bis zu 40% gehen. Seit 1977 ist die Prämienzahlung für Bezieher von Einkommen bis zu 24000/48000 DM begrenzt. Das Entscheidende ist, daß die prämienbegünstigten Beträge auf 6 bzw. 7 Jahre (bei Ratensparverträgen) festgelegt sein mußten. Vorzeitige Auszahlung führte zur Verpflichtung, die bis dahin erhaltenen Prämien zurückzuzahlen. Ausgenommen hiervon waren nur Auszahlungen im Fall der Heirat, des Todes des Ehegatten oder bei über einjähriger Arbeitslosigkeit. So verschaffte sich die Bourgeoisie Beträge in Milliardenhöhe zu eigener profitbringender Anlage. Die gezahlten Prämien sind demgegenüber gering, wie sich aus der Tabelle ergibt.

Jahr	Prämienbeg. Spareinl.	Prämienzahlungen	in %
1970	20239	1170	5,7
1971	22731	1345	5,9
1972	25884	1030	3,9
1973	34745	460	1,3
1974	41253	1040	2,5
1975	46139	1633	3,3
1976	48913	2508	5,1
1977	40002	3750	9,3
1978	38188	1700	4,4
1979	42775	1300	3,0
1980	44345	1400	3,1

Nach Wegfall der Sparprämie werden die Sparer nur noch die Sparzinsen erhalten, mit denen sie noch nicht einmal die Inflationswirkung ausgleichen können. Wenn außerdem noch die Bausparprämie gesenkt und Teile der vermögenswirksamen Leistungen gestrichen werden, wie es die Koalitionsvereinbarungen vorsehen, fällt für viele die Möglichkeit weg, das alte Auto, den alten Kühlschrank etc. zu ersetzen.

Im Gegensatz zu 1959 befindet sich die kapitalistische Wirtschaft heute in einer Überakkumulationskrise. Kapital ist im Überschuß vorhanden und sucht Anlage. Sparprämien zur Beschaffung weiteren Kapitals sind daher überflüssige Ausgaben. Die Kapitalisten haben ihre Streichung verlangt. Die Bundesregierung hat sie vollzogen, in einem völlig gesetzwidrigen Verfahren obendrein. Die Zahlung der Sparprämien erfolgt aufgrund des Sparprämiengesetzes. Um sie zu streichen, bedarf es der Aufhebung dieses Gesetzes. Jetzt hat aber die Bundesregierung nicht etwa per Beschluß eine Gesetzesvorlage in den Bundestag eingebracht, sondern, wie wenn sie selbst der Gesetzgeber wäre, die Streichung selbst beschlossen. Damit erpreßt die Regierung nicht nur das Parlament, dem Gesetzentwurf, der erst im Dezember eingebracht werden soll, zuzustimmen, sondern sie legt das Parlament auch noch darauf fest, daß das künftige Gesetz mit rückwirkender Kraft ab dem 13.11. zu erlassen ist. Wer jetzt, *weil* das Sparprämiengesetz (noch) gilt, einen Sparvertrag abschließt, erhält die Prämie nicht, wenn der Bundestag den Coup der Bundesregierung mitmacht. Nichts ist in dem Beschluß der Bundesregierung darüber enthalten, was mit den Tausenden von Sparern geschehen soll, die sich im Vertrauen auf das Sparprämiengesetz Banken und Sparkassen gegenüber verpflichtet haben, jährlich einen bestimmten Betrag zu sparen (Ratensparvertrag) und diese Beträge auf sieben Jahre festzulegen. Selbst wenn sie per Gesetz aus der vertraglichen Bindung entlassen werden, ohne die erhaltenen Prämien zurückzahlen zu müssen, sind sie um die Vorteile betrogen, die sie bei anderer Sparanlage gehabt hätten.

Das Bundesverfassungsgericht sagt, das Verbot, rückwirkende Gesetze zu erlassen, gelte nicht, wenn sich der Bürger habe darauf einstellen können. Fazit daraus: Man muß sich offensichtlich auf eine gehörige Menge Betrügereien einstellen.

Päpstliches Showbusiness und innerkirchliche Restauration

bew. Die rechte Vorfreude zum Besuch von Papst Johannes Paul II. in Westdeutschland ist nicht eingetreten. Die Querelen überwogen. Diese und jene kirchliche Gruppe fühlte sich benachteiligt, die evangelischen Amtsbrüder hatte man mit einer nicht sehr ökumenischen Lutherdarstellung brüskiert, schriftliche Fragen oppositioneller Katholiken und Evangelen waren schnöde abschlägig beschieden worden, Empörung gab es bei der Bevölkerung über die Finanzierung dieses Spektakels aus Steuergeldern. Letztlich äußerten auch gläubige Katholiken Zweifel an der Wirksamkeit solcher Massenzelebrationen. Rundum eine etwas unterkühlte Atmosphäre. Jetzt gilt alles Hoffen, daß der Papst die vertrackte Situation mit seinen Auftritten wieder wettmacht.

Diese achte Reise des Papstes führt ihn erstmals, mit Ausnahme der Reise in die Türkei, in ein Land, wo die katholische Kirche nicht die Mehrheit der Gläubigen umfaßt. Von Deutschland ging der Angriff auf das Papsttum und die zweite große Spaltung der christlichen Kirche aus. Von daher werden die Querelen etwas verständlicher und kommt der Reise auch eine besondere Bedeutung zu. Geht es bei den ganzen Propagandareisen darum, daß ,,die Kirche sich selbst irgendwie sehen muß" (Johannes Paul II.), so ist bei der Deutschlandfahrt viel die Rede von der ,,geistlichen Erneuerung", die der Papst bringen will und soll. Die Risse im Gebälk des Imperiums der katholischen Kirche werden immer größer. Allenthalben wird die schwindende Religiösität der Massen, der rückläufige Einfluß und die geringer werdende personelle Basis der Kirche beklagt. Dazu kommen noch die ,,ketzerischen" Versuche gerade aus Kreisen der westdeutschen und niederländischen Kirche, dieser Tendenz mit einer Erneuerung der Kirche entgegenzutreten, die die größten Absurditäten der katholischen Lehre beseitigen will. Die Papstreise in ein Land, aus dem wesentliche Teile dieser innerkirchlichen Kritik kommen, ist Bestandteil einer Machtdemonstration eben dieses angegriffenen Papsttums. Massenreisespektakel und päpstliches Showbusiness sind die eine Seite, mit der die katholische Kirche versucht, ihr Imperium zu kitten. Eine Epoche strenger innerkirchlicher Restauration ist die Kehrseite. Johannes Paul II. hat dem Index verbotener Bücher wieder Bedeutung verschafft, Papstkritiker wie Küng nach Rom zitiert und des Lehramtes enthoben, das Verbot der Empfängnisverhütung bekräftigt, nicht nur vorehelichen Geschlechtsverkehr, sondern auch schon den begehrlichen Blick auf das eigene Weib zum Übel erklärt.

1–2 Mio. Menschen, etwa soviel wie zum Kölner Karneval, werden kommen, um den Papst zu sehen. Neue Gläubige werden diese Jubelfeiern der katholischen Kirche nicht bringen. Die Risse können sie nur zeitweilig und oberflächlich übertünchen. Von größerem Interesse als diese Massenspektakel christlicher Inbrunst sind die innerkirchlichen Entwicklungen, sowohl die Tendenzen zur Erneuerung wie zur Restauration, als die wirksameren Versuche, die Massen in christlicher Demut zu fesseln.

bew. Die rechte Vorfreude zum Besuch von Papst Johannes Paul II. in Westdeutschland ist nicht eingetreten. Die Querelen überwogen. Diese und jene kirchliche Gruppe fühlte sich benachteiligt, die evangelischen Amtsbrüder hatte man mit einer nicht sehr ökumenischen Lutherdarstellung brüskiert, schriftliche Fragen oppositioneller Katholiken und Evangelen waren schnöde abschlägig beschieden worden, Empörung gab es bei der Bevölkerung über die Finanzierung dieses Spektakels aus Steuergeldern. Letztlich äußerten auch gläubige Katholiken Zweifel an der Wirksamkeit solcher Massenzelebrationen. Rundum eine etwas unterkühlte Atmosphäre. Jetzt gilt alles Hoffen, daß der Papst die vertrackte Situation mit seinen Auftritten wieder wettmacht.

Diese achte Reise des Papstes führt ihn erstmals, mit Ausnahme der Reise in die Türkei, in ein Land, wo die katholische Kirche nicht die Mehrheit der Gläubigen umfaßt. Von Deutschland ging der Angriff auf das Papsttum und die zweite große Spaltung der christlichen Kirche aus. Von daher werden die Querelen etwas verständlicher und kommt der Reise auch eine besondere Bedeutung zu. Geht es bei den ganzen Propagandareisen darum, daß ,,die

Einfluß und die geringer werdende personelle Basis der Kirche beklagt. Dazu kommen noch die ,,ketzerischen" Versuche gerade aus Kreisen der westdeutschen und niederländischen Kirche, dieser Tendenz mit einer Erneuerung der Kirche entgegenzutreten, die die größten Absurditäten der katholischen Lehre beseitigen will. Die Papstreise in ein Land, aus dem wesentliche Teile dieser innerkirchlichen Kritik kommen, ist Bestandteil einer Machtdemonstration eben dieses angegriffenen Papsttums. Massenreisespektakel und päpstliches Showbusiness sind die eine Seite, mit der die katholische Kirche versucht, ihr Imperium zu kitten. Eine Epoche strenger innerkirchlicher Restauration ist die Kehrseite. Johannes Paul II. hat dem Index verbotener Bücher wieder Bedeutung verschafft, Papstkritiker wie Küng nach Rom zitiert und des Lehramtes enthoben, das Verbot der Empfängnisverhütung bekräftigt, nicht nur vorehelichen Geschlechtsverkehr, sondern auch schon den begehrlichen Blick auf das eigene Weib zum Übel erklärt.

1–2 Mio. Menschen, etwa soviel wie zum Kölner Karneval, werden kommen, um den Papst zu sehen. Neue Gläubige werden diese Jubelfeiern der katholischen Kirche nicht brin-

,,Soziale Gerechtigkeit" Rentenkürzung bei Scheidung

Familiengerichtstag lehnt Gesetzentwurf zum Versorgungsausgleich ab

bil. Vor vier Wochen hat es auf dem Familiengerichtstag erneut Krach um den Versorgungsausgleich, der 1977 zusammen mit dem neuen Ehescheidungsrecht in Kraft getreten ist, gegeben. Ein Änderungsgesetzentwurf der Bundesregierung wurde zurückgewiesen. Der Versorgungsausgleich muß seit 1977 bei jedem Ehescheidungsverfahren durchgeführt werden: Die Rentenanwartschaften, die von Mann und Frau während der Ehezeit begründet wurden, werden gegenübergestellt. Hat beispielsweise der Mann eine Anwartschaft von 378 DM und die Frau 21 DM, so werden mit dem Ehescheidungsurteil DM 178,50 auf das Rentenkonto der Frau übertragen. Die Rentenanwartschaft des Mannes wird um diesen Betrag gekürzt. Durch Einzahlung in die Rentenversicherung kann zwar die gekürzte Rente wieder aufgestockt werden. Im obigen Beispiel müßte der Mann ca. 32000 DM einzahlen, um die alte Rentenanwartschaft von 378 DM wieder zu begründen. Würden die Kapitalisten die Versicherungsgelder vollständig zahlen, und zwar in solcher Höhe, daß Mann *und* Frau im Alter sich vollständig reproduzieren, d.h. ihre Bedürfnisse nach Ernährung, Kleidung, Wohnung, kulturelle usw. befriedigen könnten, ging es. Denn auch bei Teilung der Rente im Fall der Ehescheidung wäre dann die individuelle Reproduktion sowohl des Mannes wie auch der Frau gesichert. Tatsächlich führt die Kapitalistenklasse die gesellschaftliche Anerkennung der ,,Nurhausfrauenarbeit" im Munde, zahlt aber im Rentenfall dem Arbeiter eine Rente, die kaum zu seiner individuellen Reproduktion ausreicht.

Das Bundesverfassungsgericht, das im Februar 1980 aufgrund zahlreicher Klagen über den Versorgungsausgleich zu entscheiden hatte, stellte dazu fest: ,,Gegen den Versorgungsausgleich bestehen auch dann keine grundsätzlichen Bedenken, wenn er beim Verpflichteten zu einer Rente führt, die wegen ihrer geringen Höhe durch andere Sozialleistungen ergänzt werden muß."

Diese Schönheit, mit der die Kapitalistenklasse die Arbeiterklasse im Alter aufs Hungertuch setzt, wird durch Besonderheiten ergänzt: Stirbt die Frau im obigen Fall vor dem Rentenalter, verfällt die Rente. Die Rente des Mannes bleibt um die 178 DM gekürzt. Die ihr übertragenen 178 DM verfallen ebenfalls, wenn sie weder die kleine (60 Monate in der Rentenversicherung) noch die große Anwartschaft (180 Monate in der Rentenversicherung) erreicht hat, d.h. wenn der übertragene Anteil des Mannes nicht dazu ausreicht, der Frau überhaupt einen Anspruch auf Rente zu verschaffen (Anspruch auf Rente hat nur, wer mindestens 60 Beitragsmonate in der Rentenversicherung erreicht). Der auf dem Familiengerichtstag zurückgewiesene Änderungsvorschlag der Bundesregierung beanspruchte, diese ,,Härten" zu beseitigen. Der Gesetzentwurf sieht vor, daß in Fällen, in denen der Berechtigte (im obigen Fall die Frau) vor dem Rentenalter oder kurz danach stirbt, der Verpflichtete (der Mann) einen *Teil* (20% sollen abgezogen werden) der zuvor auf die Frau übertragenen Rentenansprüche zurückerhält. Das gleiche soll gelten, wenn die Frau einen Rentenanspruch auch mit den übertragenen Anwartschaften des Mannes nicht erreicht. In keinem Fall soll eine volle Rückübertragung stattfinden. Die 450 Teilnehmer des Familiengerichtstages haben diese Regelung zurückgewiesen. Die volle Rückübertragung wurde gefordert.

teil die Prämien so bis zu 40% gehen. Seit 1977 ist die Prämienzahlung für Bezieher von Einkommen bis zu 24000/48000 DM begrenzt. Das Entscheidende ist, daß die prämienbegünstigten Beträge auf 6 bzw. 7 Jahre (bei Ratensparverträgen) festgelegt sein mußten. Vorzeitige Auszahlung führte zur Verpflichtung, die bis dahin erhaltenen Prämien zurückzuzahlen. Ausgenommen hiervon waren nur Auszah-

le die Möglichkeit weg, das alte Auto, den alten Kühlschrank etc. zu ersetzen.

Im Gegensatz zu 1959 befindet sich die kapitalistische Wirtschaft heute in einer Überakkumulationskrise. Kapital ist im Überschuß vorhanden und sucht Anlage. Sparprämien zur Beschaffung weiteren Kapitals sind daher überflüssige Ausgaben. Die Kapitalisten haben ihre Streichung verlangt. Die Bundesregierung hat sie vollzogen, in einem

zahlen zu müssen, sind sie um die Vorteile betrogen, die sie bei anderer Sparanlage gehabt hätten.

Das Bundesverfassungsgericht sagt, das Verbot, rückwirkende Gesetze zu erlassen, gelte nicht, wenn sich der Bürger habe darauf einstellen können. Fazit daraus: Man muß sich offensichtlich auf eine gehörige Menge Betrügereien einstellen.

,,Soziale Gerechtigkeit" Rentenkürzung bei Scheidung

Familiengerichtstag lehnt Gesetzentwurf zum Versorgungsausgleich ab

bil. Vor vier Wochen hat es auf dem Familiengerichtstag erneut Krach um den Versorgungsausgleich, der 1977 zusammen mit dem neuen Ehescheidungsrecht in Kraft getreten ist, gegeben. Ein Änderungsgesetzentwurf der Bundesregierung wurde zurückgewiesen. Der Versorgungsausgleich muß seit 1977 bei jedem Ehescheidungsverfahren durchgeführt werden: Die Rentenanwartschaften, die von Mann und Frau während der Ehezeit begründet wurden, werden gegenübergestellt. Hat beispielsweise der Mann eine Anwartschaft von 378 DM und die Frau 21 DM, so werden mit dem Ehescheidungsurteil DM 178,50 auf das Rentenkonto der Frau übertragen. Die Rentenanwartschaft des Mannes wird um diesen Betrag gekürzt. Durch Einzahlung in die Rentenversicherung kann zwar die gekürzte Rente wieder

kulturelle usw. befriedigen könnten, ging es. Denn auch bei Teilung der Rente im Fall der Ehescheidung wäre dann die individuelle Reproduktion sowohl des Mannes wie auch der Frau gesichert. Tatsächlich führt die Kapitalistenklasse die gesellschaftliche Anerkennung der ,,Nurhausfrauenarbeit" im Munde, zahlt aber im Rentenfall dem Arbeiter eine Rente, die kaum zu seiner individuellen Reproduktion ausreicht.

Das Bundesverfassungsgericht, das im Februar 1980 aufgrund zahlreicher Klagen über den Versorgungsausgleich zu entscheiden hatte, stellte dazu fest: ,,Gegen den Versorgungsausgleich bestehen auch dann keine grundsätzlichen Bedenken, wenn er beim Verpflichteten zu einer Rente führt, die wegen ihrer geringen Höhe durch an-

ihr übertragenen 178 DM verfallen ebenfalls, wenn sie weder die kleine (60 Monate in der Rentenversicherung) noch die große Anwartschaft (180 Monate in der Rentenversicherung) erreicht hat, d.h. wenn der übertragene Anteil des Mannes nicht dazu ausreicht, der Frau überhaupt einen Anspruch auf Rente zu verschaffen (Anspruch auf Rente hat nur, wer mindestens 60 Beitragsmonate in der Rentenversicherung erreicht). Der auf dem Familiengerichtstag zurückgewiesene Änderungsvorschlag der Bundesregierung beanspruchte, diese ,,Härten" zu beseitigen. Der Gesetzentwurf sieht vor, daß in Fällen, in denen der Berechtigte (im obigen Fall die Frau) vor dem Rentenalter oder kurz danach stirbt, der Verpflichtete (der Mann) einen *Teil* (20% sollen abgezogen werden) der zuvor auf die Frau übertrage-

Absicherung polizeilicher Ermittlungsmethoden verlangt

dog. Unter dem Thema ,,Polizei und Kriminalpolitik" berieten in der letzten Woche 200 leitende Polizeibeamte, Wissenschaftler, Politiker, Richter und Staatsanwälte Probleme der Informationsbeschaffung und des Informationsaustausches bei polizeilichen Ermittlungen. Verlangt wurde eine bessere rechtliche Absicherung der ,,verdeckten" Ermittlung: Die Verwertung von Erkenntnissen, die durch Einschleusung von Spitzeln gewonnen werden, wie die dabei angewendeten Methoden, stoßen auf Probleme. Der Bundesgerichtshof hat jetzt zum zweiten Mal ein Urteil im sogenannten Schmücker-Prozeß aufgehoben, weil das Gericht es abgelehnt hatte, Fragen der Verteidigung, die die Verbindung des Hauptbelastungszeugen zum Verfassungsschutz klären sollten, zuzulassen. ,,Verdeckt" wird gegenwärtig vor allem bei politischen Verfahren und Rauschgiftdelikten ermittelt. Die Ausdehnung dieser Methode setzt rechtliche Klärung voraus. Bundesinnenminister Baum sprach sich für die Gewinnung von ,,Kronzeugen" aus, deren Mithilfe über einen ,,echten" Straferlaß erreicht werden soll. Mit der Einführung des Kriminalaktennachweises soll die Zentralisierung von Informationen verbessert werden. Aktenkundige Erkenntnisse sollen jederzeit und an jedem Ort verfügbar sein. Nach Ansicht des stellvertretenden Vorsitzenden des Bundeskriminalamtes wird damit der Datenschutz verbessert. Er konnte allerdings nicht umhin zu erwähnen, daß die Datenschutzbeauftragten in dieser Frage anderer Meinung seien.

Plan zur Krisenbevorratung von Rohstoffen geplatzt

his. Entgegen früheren Regierungsbeschlüssen haben SPD und FDP in den Koalitionsverhandlungen den Plan, die Krisenvorratshaltung der Rohstoffkapitalisten kräftig zu subventionieren, fallengelassen. Mit dem Krisenplan sollten die für die Stahlproduktion notwendigen Metalle Mangan, Vanadium, Kobalt und Chrom erfaßt werden sowie Asbest. Die Vorräte sollten für ein Jahr reichen (bisher vier Monate), die Bundesregierung wollte den Ankauf der Rohstoffe mit 900 Mio. bezuschussen. Der Rückzieher begründet sich nicht nur aus der vorgetragenen Haushaltsmisere – der Plan scheint angesichts der politischen Instabilität seiner Bezugsländer (z.B. Südafrika) unausgegoren und die Hoffnung auf Preisverfall einiger Rohstoffe verfrüht.

Bundesanstalt für Arbeit vertagt Haushaltsberatungen

gkr. Erneut vertagte die Bundesanstalt für Arbeit ihre Beratung über den Haushalt für 1981. Eigentlich hätte sie schon vor den Bundestagswahlen abgeschlossen sein sollen. Zur jetzigen Verschiebung erklärte der Verwaltungsrat der Bundesanstalt: ,,Der Verwaltungsrat geht – auch aufgrund der ökonomischen Perspektiven für das Jahr 1981 – davon aus, daß sich die Daten des Arbeitsmarktes für 1981 so wesentlich geändert haben, daß der vom Vorstand aufgestellte Haushalt 1981 der Änderung bedarf." Unter Berücksichtigung der vom Bundeswirtschaftsminister vorgelegten Eckdaten für 1981 würde sich das Defizit auf 4,5 bis 5 Mrd. DM summieren gegenüber veranschlagten 3 Mrd. DM. Hinzu kämen noch die vom Bund erstmals direkt zu tragenden 2,7 Mrd. DM für die Arbeitslosenhilfe. Diese wurde bisher auch aus den Kassen der Arbeitslosenversicherung bezahlt. Die Mehrausgaben für die Bundesregierung würden so auf knapp 8 Mrd. DM steigen, noch weit mehr, als die Regierung durch die beabsichtigte Kürzung der Zuschüsse für die Rentenversicherung sparen wird. Nach den Daten, die die Wirtschaftsforschungsinstitute veröffentlicht haben, ergäbe sich eine weitere Steigerung des Defizits der Bundesanstalt für Arbeit auf 6,3 Mrd. DM, die Kosten der Arbeitslosenhilfe stiegen auf 2,8 Mrd. DM. ,,In diesem Fall", so vermutet das ,,Handelsblatt", ,,müßte wohl doch die Beitragsschraube in Gang gesetzt werden".

Kriegsdienstverweigerer: Widerruf der Anerkennung?

anl. Laut Bericht des Bundesamts für den Zivildienst, der auf ,,Amtshilfe" der Staatsanwaltschaft Bremen beruht, wurde bekannt, daß in Bremen gegen mehrere Zivildienstpflichtige wegen Teilnahme an den Auseinandersetzungen gegen die Rekrutenvereidigung am 6. Mai ermittelt wird. Auf Anfrage des MdB Metz (CDU), mit welchen Konsequenzen die Bundesregierung gegen den angeblichen Widerspruch zwischen Kriegsdienstverweigerung und Beteiligung an Aktionen gegen die Bundeswehr vorgehen wolle, antwortete Staatssekretär Dr. Strehlke, daß alle Möglichkeiten ausgeschöpft würden. D.h. Widerruf der Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer, disziplinarische Bestrafung wegen unerlaubter und verfassungsfeindlicher politischer Betätigung.

Bochumer AStA bleibt in den vds

axl. Das Erpressungsmanöver der von den Basisgruppen beherrschten ASten (vgl. KVZ 42/80 Seite 10) gegen die vds ist gelungen: ,,Forderungen der Basisgruppen durch die vds erfüllt! – Bochumer AStA bleibt in den vds!" (Flugblatt Basisgruppen Bochum). Die vds-Beiträge der BG-ASten werden zukünftig zu 40 % für die Studentenschaften in Bayern/Baden-Württemberg, zu 15 % für einen Rechtshilfefonds, zu 20 % für ,,lokale Projekte" der BG-ASten und zu 25 % für den ,,vds-Geschäftsbetrieb" verwendet.

Breite Proteste gegen das Bundeswehrjubiläum

Zur Unterdrückung soll verstärkte politisch-ideologische Ausrichtung in den Schulen treten

gkr. Etwas deprimiert hat die bürgerliche Presse auf die Rekrutenvereidigung, die „Geburtstagsfeier" der Bundeswehr, in Bonn reagiert. Einige Absätze des Kommentars der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" haben wir unten abgedruckt. Auch Peter Boenisch, diesmal als Kommentator der „Welt", muß wohl nicht viel anders empfunden haben. Aber er spricht der Bundeswehr und vor allem seinesgleichen Mut zu. Was die Bourgeois erschreckt feststellen, ist, daß sie *politisch* an Boden verloren haben. Verteidigungsminister Apel und der Ex-General Steinhoff stellten in einer Diskussionssendung des ZDF direkt im Anschluß an die Gelöbnisfeierlichkeiten übereinstimmend fest: Bei dem Widerstand handle es sich im Kern um Widerstand gegen diesen Staat.

Die Demonstrationen gegen die Festveranstaltungen aus Anlaß des 25. Gründungstages der Bundeswehr fanden in Schleswig und Lüneburg, in Hannover, Lippstadt und Bonn, in Saarbrücken, Gießen und München, kurz, überall, wo öffentliche Gelöbnisse durchgeführt wurden, statt. Wenigstens um die 20000 Menschen dürften an diesen Demonstrationen insgesamt teilgenommen haben. Und die hatten Auswirkungen bis hinein in die Sozialdemokratie. Teilweise beteiligten sich die Jungsozialisten, während sie in Bonn mit Ehmke eine parellel zu der Vereidigung durchgeführte Diskussionsrunde abhielten. Gewerkschaftsorgane protestierten gegen die öffentliche Vereidigung. Trotz großer politischer Vielfalt der Aktionseinheiten hatten sich doch einige Forderungen einheitlich und überall durchgesetzt. So die Forderungen gegen weitere Rüstung, gegen eine Erhöhung des Militäretats, gegen den Mittelstreckenraketenbeschluß. Sie richteten sich häufig auch gegen die Mitgliedschaft in der NATO und forderten die Auflösung von NATO und Warschauer Pakt. Ein politischer Angriff gegen die Interessen der westdeutschen Bourgeoisie. Die Propaganda nach der Bremer Rekrutenvereidigung hat wenig genutzt, massiv und drohend aufgefahrene Polizei konnte wirksame Proteste nicht unterbinden. In Saarbrücken sprach der stellvertretende Bürgermeister und SPD-Mitglied auf der Vereidigung von der Notwendigkeit, diese Tradition zu überprüfen. Darauf konnten sich nahezu alle Politiker verständigen. Und darauf, daß nun eine Welle politischer Erziehung unter der Jugend notwendig sei. Hanna Laurien, Kultusministerin von Rheinland-Pfalz, sagte Apel prompt ihre Unterstützung zu, „den Themenbereich Friedenssicherung und Bundeswehr in den Schulen verstärkt zu behandeln".

Bonn. Am 8.11. fand eine Demonstration gegen die geplante öffentliche Vereidigung statt. Sie wurde für die Vorbereitung der Aktionen am 12.11. und die Festigung und Verbreiterung des Zusammenschlusses genutzt. Die Demonstration hatte 6000 Teilnehmer. Sowohl Forderungen nach Abrüstung und Entspannung als auch Forderungen gegen die Allianzpolitik der Bourgeoisie wurden erhoben.



Gießen. Am 14.11. fand eine Rekrutenvereidigung statt, an der der hessische Ministerpräsident Börner teilnahm. An der gemeinsamen Demonstration einer Aktionseinheit, von Jusos und ESG bis zum KBW, nahmen ca. 2000 Menschen teil. Der größere Teil von ihnen, etwa 1200, zog nach der Demonstration durch die Stadt zum Stadion, um auch bei der Vereidigung selber die Forderungen gegen die Bündnispolitik des BRD-Imperialismus und gegen die Vereidigung zu vertreten. Jusos und Revisionisten hatten sich vom Demonstrationszug abgespalten. Die Polizei konnte nicht verhindern, daß so auch im Stadion die Forderungen der Aktionseinheit von ca. 200 bei etwas über 1000 Anwesenden gerufen wurden.



Frankfurter Allgemeine, 13.11.1980. *In Bonn hat die Bundeswehr eine Schlacht verloren. Eine Feier wird zum Spießrutenlauf. Von Karl Feldmeyer* ... und hinter ihnen ziehen die 150 Rekruten auf, die ihr feierliches Versprechen, die Bundesrepublik tapfer gegen jeden Angriff verteidigen zu wollen, öffentlich ablegen sollen ... Aber es kommt kein Beifall auf. Was als festliche Zeremonie gedacht war, gerät zum Spießrutenlauf ... Als Apel, dem vorbereiteten Text folgend, von einer „kleinen, pfeifenden Minderheit" spricht, widerlegt ihn der tosende Platz. Es ist, als brüllten selbst die Pflastersteine „Aufhören, aufhören". Der Platz kocht ... Apel steht ... Zwei Meter hinter ihm sitzt, was in der Bundesrepublik Rang und Namen hat, Stücklen, der Bundeskanzler, Zeyer, Scheel, Leber und Lambsdorff. Etwas abseits stehen Schüler und Genscher, fröstelnd. Der offene Hohn schlägt ihnen ins Gesicht. Es ist, als befänden sie sich am Pranger oder auf der Anklage-
kurz, überall, wo öffentliche Gelöbnisse durchgeführt wurden, statt. Wenigstens um die 20000 Menschen dürften an diesen Demonstrationen insgesamt teilgenommen haben. Und die hatten Auswirkungen bis hinein in die Sozialdemokratie. Teilweise beteiligten sich die Jungsozialisten, während sie in

Wachbataillon und das Musikkorps marschieren ab wie begossene Pudel. Sie verlassen keinen Festplatz, sondern eine Walstatt. Jeder, der dabei war, weiß, wer diese Schlacht verloren hat. **Die Welt, 13.11.1980.** *Rührt Euch! Von Peter Boenisch.* ... Es ist durchaus folgerichtig, wenn der Gewerkschafter Leber und der Sozialdemokrat Apel sich genauso zu dieser Armee bekennen wie Graf Lambsdorff oder Strauß. Und ebenso logisch ist, daß diese junge Armee ihre äußeren und inneren Feinde hat – haben muß. Ohne sie und deren Aggressivität wäre die Bundeswehr überflüssig, ein Luxus, der die Jugend zu viel Zeit und den Bürger zu viel Geld kostet. Indes: Die geballte Faust, die unserer Armee von unseren Feinden gezeigt wird, beweist die Notwendigkeit ihrer Existenz ... Wahrscheinlich macht die Bundeswehr einen Fehler, daß sie aus ihren Kasernen so selten herauskommt ... Der Oberstleutnant muß brüllen üben. Die Bundeswehr muß weiter ihre Selbstdar-
darauf, daß nun eine Welle politischer Erziehung unter der Jugend notwendig sei. Hanna Laurien, Kultusministerin von Rheinland-Pfalz, sagte Apel prompt ihre Unterstützung zu, „den Themenbereich Friedenssicherung und Bundeswehr in den Schulen verstärkt zu behandeln".



Hannover. Mehr als 3000 Menschen demonstrierten am 11. November gegen das öffentliche Rekrutengelöbnis im Niedersachsenstadion. Das Stadion selbst war gähnend leer. Ein Teil der wenigen, die gekommen waren, um am Gelöbnis teilzunehmen, konnte nicht rein, weil die Polizei das Stadion absperren mußte, um den Widerstand gegen die Gelöbnisfeier aus dem Stadion draußen zu halten. 1250 Soldaten mußten aufmarschieren zur Eidesleistung. Albrecht hielt die Ansprache. Die Feldjäger mußten während der ganzen Vereidigung eingesetzt werden, um einzelne Sprechchöre zu unterdrücken. Eine Aktionseinheit, an der sich auch der KBW beteiligte, hatte zu der Demonstration aufgerufen.



Saarbrücken. Gegen die öffentliche Vereidigung im Ludwigsparkstadion demonstrierten am 11.11. in der In-
Imperialismus und gegen die Vereidigung zu vertreten. Jusos und Revisionisten hatten sich vom Demonstrationszug abgespalten. Die Polizei konnte nicht verhindern, daß so auch im Stadion die Forderungen der Aktionseinheit von ca. 200 bei etwas über 1000 Anwesenden gerufen wurden.

Frankfurter Allgemeine, 13.11.1980. *In Bonn hat die Bundeswehr eine Schlacht verloren. Eine Feier wird zum Spießrutenlauf. Von Karl Feldmeyer* ... und hinter ihnen ziehen die 150 Rekruten auf, die ihr feierliches Versprechen, die Bundesrepublik tapfer gegen jeden Angriff verteidigen zu wollen, öffentlich ablegen sollen ... Aber es kommt kein Beifall auf. Was als festliche Zeremonie gedacht war, gerät zum Spießrutenlauf ... Als Apel, dem vorbereiteten Text folgend, von einer „kleinen, pfeifenden Minderheit" spricht, widerlegt ihn der tosende Platz. Es ist, als brüllten selbst die Pflastersteine „Aufhören, aufhören". Der Platz kocht ... Apel steht ... Zwei Meter hinter ihm sitzt, was in der Bundesrepublik Rang und Namen hat, Stücklen, der Bundeskanzler, Zeyer, Scheel, Leber und Lambsdorff. Etwas abseits stehen Schüler und Genscher, fröstelnd. Der offene Hohn schlägt ihnen ins Gesicht. Es ist, als befänden sie sich am Pranger oder auf der Anklagebank. ... Auf dem Platz wechseln die Parolen. „Nieder mit der Bundeswehr", schreit der Mob, und stimmt alsbald wieder das „Humba-Humba-Täterä" an. Apel steht da, unfähig, etwas zu tun und wartet ... Die Befehle, die nun erschallen, werden zugedeckt vom Hohngesang „Wer kann das bezahlen, wer hat soviel Geld ...", dazwischen hört man „Präsentiert das Gewehr". Die Stimme des Kommandierenden ist dünn geworden ... Die letzten Kommandos fallen, das Wachbataillon und das Musikkorps marschieren ab wie begossene Pudel. Sie verlassen keinen Festplatz, sondern eine Walstatt. Jeder, der dabei war, weiß, wer diese Schlacht verloren hat. **Die Welt, 13.11.1980.** *Rührt Euch! Von Peter Boenisch.* ... Es ist durchaus folgerichtig, wenn der Gewerkschafter Leber und der Sozialdemokrat Apel sich genauso zu dieser Armee bekennen wie Graf Lambsdorff oder Strauß. Und ebenso logisch ist, daß diese junge Armee ihre äußeren und inneren Feinde hat – haben muß. Ohne sie und deren Aggressivität wäre die Bundeswehr überflüssig, ein Luxus, der die Jugend zu viel Zeit und den Bürger zu viel Geld kostet. Indes: Die geballte Faust, die unserer Armee von unseren Feinden gezeigt wird, beweist die Notwendigkeit ihrer Existenz ... Wahrscheinlich macht die Bundeswehr einen Fehler, daß sie aus ihren Kasernen so selten herauskommt ... Der Oberstleutnant muß brüllen üben. Die Bundeswehr muß weiter ihre Selbstdarstellung üben und die Bevölkerung muß zeigen, daß unsere Soldaten nicht nur vor uns, sondern wir auch hinter ihnen stehen. Dazu gehört auch, daß endlich in Deutschlands Schulen der Bundeswehr mit jener Selbstverständlichkeit begegnet wird, die sie verdient. Und die Politiker sollten sich nicht in den Streit verbeißen, ob es nun weiter „Helm ab zum Gebet" heißt oder nicht. Es hat noch keinem jungen Menschen geschadet, wenn er lernt, vor Gott seinen Hut zu ziehen ...

Hannover. Mehr als 3000 Menschen demonstrierten am 11. November gegen das öffentliche Rekrutengelöbnis im Niedersachsenstadion. Das Stadion selbst war gähnend leer. Ein Teil der wenigen, die gekommen waren, um am Gelöbnis teilzunehmen, konnte nicht rein, weil die Polizei das Stadion absperren mußte, um den Widerstand gegen die Gelöbnisfeier aus dem Stadion draußen zu halten. 1250 Soldaten mußten aufmarschieren zur Eidesleistung. Albrecht hielt die Ansprache. Die Feldjäger mußten während der ganzen Vereidigung eingesetzt werden, um einzelne Sprechchöre zu unterdrücken. Eine Aktionseinheit, an der sich auch der KBW beteiligte, hatte zu der Demonstration aufgerufen.

Saarbrücken. Gegen die öffentliche Vereidigung im Ludwigsparkstadion demonstrierten am 11.11. in der Innenstadt 2000 bis 2500 Menschen. Aufgerufen zu der Demonstration hatten die Falken, die Jusos, die Jungdemokraten, SDAJ und verschiedene andere Organisationen. Die Forderungen gingen auf Abrüstung und Entspannung. Am Block des Komitees gegen die öffentliche Rekrutenvereidigung beteiligten sich 300. Diese Aktionseinheit vertrat die Forderungen nach Austritt aus der NATO, Auflösung aller Militärbündnisse und Keine Stationierung von Mittelstreckenraketen in der BRD.





Etwa 6000 Menschen hatten sich am 12.11. auf dem Bonner Münsterplatz versammelt, 1000 an den gesperrten Zugängen. Waren es am Anfang 3000, die ihren Protest gegen Vereidigung und Bundeswehrfeier ausdrückten, wuchs ihre Zahl im Verlauf der Veranstaltung. Die Befürworter, vor allem Offiziere mit Anhang und zivile Polizeikräfte, isolierten sich. Zwischen 6000 und 10000 Polizisten hat die Bourgeoisie nach Angaben der Presse zum Schutz der zentralen Feier zum Bundeswehrjubiläum aufgeboten. Kontrollen an den Zufahrtsstraßen, Demonstrationsverbote sollten den Protest unterdrücken. Etwa 120 Menschen wurden verhaftet. Zwei Wohnungen am Münsterplatz, deren Bewohner Transparente gegen die Feier aus den Fenstern gehängt hatten, wurden von Polizeikommandos gestürmt. Die Bourgeoisie hat ihr Ziel nicht erreicht. Apels Festrede ging im Pfeifkonzert unter. – In der Vorbereitung der Aktion hatten sich viele gewerkschaftliche Organe gegen die Feier ausgesprochen, u.a. Gewerkschaftsgruppen der ÖTV und der GEW in Köln und Bonn, die Mitgliederversammlungen der IG Druck und Papier in den beiden Städten, der Ortsverband der IG Bau Steine Erden Bonn. Die Vertrauensleutevollversammlung der IG Metall Köln mit ca. 320 Teilnehmern hat in der vorletzten Woche ausdrücklich gebilligt, daß die IG Metall Verwaltungsstelle eine Resolution des Betriebsrates der Firma Siepe an Bundesinnen- und Verteidigungsministerium und an den Vorstand der IG Metall geschickt hatte. Die Resolution bezieht sich auf die Beschlüsse des 13. Gewerkschaftstages der IG Metall, gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen und für den sofortigen Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan. Weitere Beschlüsse gegen die Feier waren von der Bezirksschülervertretung Bonn, verschiedenen Fachschaften der Universitäten Köln und Bonn, der Vollversammlung der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Koblenz gefaßt. In Köln, Bonn, Aachen und Koblenz hatten sich Aktionseinheiten gebildet.

Kommunistische Partei Italiens: ,,Historischer Kompromiß" – was nun?

chm. Die Regierung Forlani hat wie jede andere Regierung seit 1976, in der die Democrazia Christiana das Sagen hat, eine Beteiligung der KPI an der Regierung abgelehnt. Und nicht nur das: Die PSI (Sozialistische Partei) hat sich dem Veto angeschlossen, weil sie auch so gern mal mitregieren möchte. Das hat die Widersprüche innerhalb der KPI verschärft. Auf einer Sitzung des Zentralen Komitees unmittelbar nach Bekanntwerden der Entscheidung der PSI wurde ein Resolutionsvorschlag verabschiedet gegen den von Parteisekretär Berlinguer, in dem es heißt, daß der ,,gegenwärtige Verzicht der PSI, für die Beteiligung der gesamten Linken des Landes an der Regierung zu kämpfen", Besorgnis auslösen müsse. Die Parteien und Kräfte der Linken seien Befürworter eines Prozesses ,,vielfältiger Transformationen"! Die Führung der KPI steht unter Druck. Im Streik der Fiat-Arbeiter mußten sie eine klarere Sprache sprechen – die ,,Neue Zürcher Zeitung" spricht von der ,,aufgefrischten Sprache des Klassenkampfes" –, wollten sie sich nicht von den Arbeitern isolieren.

1974 hatte der damalige Sekretär Togliatti die Parole vom ,,Historischen Kompromiß" lanciert – durch wechselnde Bündnisse mit den Parteien der italienischen Bourgeoisie, vor allem den Christdemokraten, die Leiter zur Regierungsbeteiligung zu erklimmen. Fester Bestandteil bildet dabei seit 1976 die Zusammenarbeit mit der PSI, seitdem beide Parteien damals bei den Wahlen zur Legislative zusammen 46% der Stimmen auf sich vereinigen konnten. Seit 1946 hatte die KPI ihre Stimmzahlen stetig erhöhen können bis auf 34,4% 1976. Aber schon bei den Wahlen zur Legislative von 1979 verlor sie 4% an die neugegründete Radikale Partei, einen Zusammenschluß linker Gruppierungen, die unabhängig von der KPI kandidierten. Nach diesen Verlusten gab die Parteiführung ihr Treuebekenntnis zur NATO ab. Das nutzte aber nichts, da die Christdemokraten zwar bei weitem nicht die Mehrheit hatten, aber durch Koalitionen mit anderen Parteien eine Beteiligung der KPI an der Regierung immer wieder verhindern konnten. Die regionalen Wahlen vom 8. Juni dieses Jahres brachten der KPI weitere Verluste. Sieger der Wahl war die PSI, die ihren Stimmenanteil von 9,9% im Jahre 1979 auf 12,9% und damit ihre Manövriermöglichkeiten nach rechts und links erhöhen konnte. Das Zentrale Komitee der KPI ist der Auffassung, daß die permanente Regierungskrise in Italien nur dann beendet werden könne, wenn sie als die Partei, die nach der DC den höchsten Stimmenanteil besitze, an der Regierung beteiligt werde. Sonst drohe ein Militärputsch nach dem Vorbild der griechischen Obristen.

Kompromißbeschluß der Arbeiterpartei gibt Norwegens Regierung freie Bahn für die NATO-Depots

ref.Lillehammer. Als im September bekannt wurde, daß die norwegische Regierung mit den USA Verhandlungen über die Lagerung von Material für eine reduzierte Brigade Marines in Mittelnorwegen aufgenommen hat, hat sich eine relativ breite Bewegung gegen diese ,,Vorratslagerung" entwickelt, zunächst vor allem in den Gewerkschaften und der Arbeiterpartei. Auf der Delegiertenversammlung der Arbeiterpartei Oslo sagte Sievertson, Vorsitzender des Abrüstungsausschusses: ,,Entscheidend ist für mich, daß wir dadurch das Risiko erhöhen, daß in Norwegen Atomwaffen eingesetzt werden. Die neue Atomstrategie (der USA) beinhaltet den aktiven Gebrauch von Atomwaffen. Wenn die beiden Giganten im Norden zusammenstoßen, haben wir gleich das Atomkriegsrisiko auf dem Hals."

Außerhalb der Arbeiterpartei (AP) haben sich die ,,Aktion gegen Vorratslagerung" und das ,,Informationskomitee für eine neue Verteidigungspolitik" gebildet, wobei letzteres von der kommunistischen AKP/ML unterstützt wird. Diese Kräfte haben bereits in vielen Städten Aktionen, Demonstrationen und Unterschriftensammlungen durchgeführt und können sich dabei auf Traditionen des Kampfes gegen die EG-Mitgliedschaft und die Stationierung ausländischer Truppen in Norwegen stützen. Der Regierung ist es jedoch gelungen, mit einem Kompromißbeschluß in Oslos AP den Widerstand gegen die Vorratslagerung in der Arbeiterpartei und den Gewerkschaften in einem gewissen Grad zu neutralisieren und sich Luft für die Verhandlungen mit den Amerikanern zu verschaffen. Dieser Beschluß des Ausschusses für Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaftsbund (LO) und Arbeiterpartei bewirkt, daß Oslos Arbeiterpartei eine *spätere* Stellungnahme von folgenden Punkten abhängig macht: das Material soll nur defensiven Zwecken dienen, ein Umbau auf Atomwaffen unmöglich sein, die Lager unter norwegischer Kontrolle stehen. Gleichzeitig sollen AP und LO Initiativen für europäische Abrüstungsverhandlungen ergreifen. Damit zeichnet sich eine ähnliche Lösung ab wie beim ,,Doppelbeschluß der NATO über die Mittelstreckenraketen".

Im übrigen stützt sich die Regierung bei der Begründung der Lagerung auf die Tatsache, daß die Sowjetunion durch den Ausbau ihrer strategischen Waffen in der Lage ist, alliierten Nachschub nach Norwegen völlig zu unterbinden. Der Kommentator der ,,Aftenposten" jubelt, daß die Vorratslagerung Norwegen enger denn je an das westliche Bündnis koppelt. Gleichzeitig hat Norwegen bei der letzten EG-Ministerratssitzung einen Sonderstatus erhalten. Die Entscheidung über die Lagerung enthält damit strategische Bedeutung für die Kriegsvorbereitungen der Supermächte.

Bringt Reagan eine Wende für die US-Politik?

Sein Regierungsprogramm wird anders aussehen als das Wahlprogramm

bep. Nach der amerikanischen Verfassung ist Ronald Reagan noch gar nicht als Präsident gewählt. Eine Verfassungsbestimmung aus der Zeit der Postkutschen sieht vor, daß die Wahlmänner der einzelnen Bundesstaaten, die den Präsidenten wählen müssen, erst einige Wochen nach ihrer Wahl zusammentreten. Am 20. Januar wird die Amtseinführung des neuen Präsidenten sein. Bislang hält sich Reagan mit Ankündigungen über sein Regierungsprogramm und sein Kabinett zurück. Sein Wahlkampfprogramm und sein überraschend hoher Wahlsieg haben aber bereits eine Reihe von Presseorganen verleitet, eine grundsätzliche Wende der amerikanischen Politik vorauszusagen – entweder hoffnungsfroh (wie die Springer-Presse) oder warnend (wie die letzte Ausgabe des Stern, der die Entspannungspolitik dahinschwinden sieht – mit einem heimlichen Blick auf den westdeutschen Bundeskanzler als den Verteidiger dieser Politik).

Der unerwartete Ausgang der US-Wahlen ist nicht einfach auf irgendeinen geheimen Ratschluß des Finanzkapitals zurückzuführen. Das Wahlergebnis ist offenbar vor allem das Resultat des ,,Scheiterns" der Politik der Carter-Regierung. Dieses Scheitern beruht auf Entwicklungen, die weder das Finanzkapital noch die Regierung Carter kontrollieren konnten: im Innern auf der Entwicklung der Wirtschaftskrise, im internationalen Bereich auf der Stärkung der 3. Welt und der Stärkung der imperialistischen Konkurrenten, vor allem der Sowjetunion. Den Republikanern als quasi-Oppositionspartei ist es gelungen, diese Entwicklung zu ihren Gunsten für eine bestimmte reaktionäre und chauvinistische Mobilisierung zu nutzen. Das ist zweifellos im Interesse des Finanzkapitals. Aber auch wenn das amerikanische Finanzkapital den Wahlsieg Reagans gewünscht hat, heißt das nicht automatisch, daß sie auch das politische Programm verwirklicht sehen will, mit dem Reagan angetreten ist, und daß die Regierung Reagan dieses Programm verwirklichen kann.

Die International Herald Tribune (10.11.) beschrieb die Kräfte, auf die sich Reagan hauptsächlich direkt stützte und die seinen Wahlkampf bestimmten, als eine Gruppe rechtsgerichteter, konservativer ,,Populisten", deren Hauptziel eine radikale Steuersenkung und ein liberaler Kapitalismus, wie er einst vor den Zeiten des ,,New Deal" bestanden habe, sei. Ihre Basis bildeten vor allem kleine und mittlere Unternehmer, Hausbesitzer, Pensionäre, Angestellte und Facharbeiter. Viele von ihnen würden das ,,Big Business" und das Finanzkapital mit seinen internationalen Verbindungen und Verflechtungen mit Mißtrauen betrachten und die Untergrabung guter alter amerikanischer (Unternehmer-)Tugenden betrauern. Auf diese Gruppe zielt Reagans spektakulärster Vorschlag: eine erhebliche Steuersenkung, vor allem eine Senkung der Einkommensteuer um 30% binnen drei Jahren und weitere Senkungen der Kapitalsteuern als Hauptmittel zur Ankurbelung der Wirtschaft. Soviel ist aber auch durch Entlassungen und Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst und durch Streichungen bei den Sozialabgaben nicht zu holen – zumal sich Reagan vor den Wahlen verpflichtet hat, am ohnehin löchrigen System der Sozialversicherungen nicht zu rütteln, auch wenn er Einschränkungen im einzelnen zweifellos vorhat. Vor allem kollidiert dieser demagogische Vorschlag mit der propagierten aggressiven Außenpolitik und den entsprechenden Rüstungsmaßnahmen (laut Senator Tower, möglicherweise der nächste Verteidigungsminister, sollen die Rüstungsausgaben in den nächsten Jahren real um 9 bis 13% steigen). Die unvermeidliche Folge wären Ansteigen der Staatsverschuldung und Beschleunigung der Inflation.

Die meisten Berater aus den höheren Kreisen des Finanzkapitals, die Reagan jetzt um sich versammelt hat, wollen diese Wirtschafts- und Finanzpolitik denn auch anscheinend nicht so wörtlich genommen sehen. Reagan ist in Bezug auf Steuersenkungen auch schon vorsichtiger geworden. Reagan wird den innenpolitischen Kurs Carters (in dessen Regierungszeit die Reallöhne bereits drastisch gefallen waren) verschärfen, aber eine qualitativ andere Wirtschaftspolitik wird er kaum entwickeln. Seine Versprechungen für Steuererleichterungen, Senkung der Inflationsrate und der Arbeitslosenquote könnten sich relativ rasch als Bumerang erweisen.

In der Außenpolitik wird noch deutlicher, daß der Kurswechsel in Wirklichkeit schon zur Regierungszeit Carters durchgeführt worden ist. Mit seiner Menschenrechts- und Entspannungspropaganda sind die USA gegenüber der Sowjetunion ideologisch konkurrenzfähig geworden, haben ihren außenpolitischen Spielraum vergrößert und in einigen Teilen der 3. Welt wieder Fuß gefaßt. Der Preis waren gewisse Kompromisse mit der 3. Welt und einige Niederlagen gegenüber dem Sozialimperialismus. Es war aber bereits die Carter-Regierung, die den Gegenschlag einleitete, die den Militärhaushalt erhöhte, eine Eingreiftruppe mit Transport- und Versorgungsmöglichkeiten im Indischen Ozean aufbaute, Interventionsrechte im persisch-arabischen Golf proklamierte, die Registrierung der Wehrpflichtigen veranlaßte, die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa durchsetzte und eine neue Nuklearstrategie verkündete.

Reagan wird weiter in diese Richtung gehen. Einige seiner früheren Ankündigungen (z.B. Wiederaufnahme offizieller Beziehungen zu Taiwan) hat er allerdings schon einschränken müssen. Der nächstliegende Kollisionspunkt ist die Unterstützung Israels und seiner Siedlungspolitik – ein Kollisionspunkt nicht nur mit den arabischen Staaten und der 3. Welt, sondern auch mit den EG-Mächten, die auf eigenständige Beziehungen zu den arabischen Staaten Wert legen. Hier wie in der Frage der Rüstungskosten zeichnen sich einige Gegensätze in der NATO ab. Gegenüber der Bundesregierung fordern die USA eine Art Wiedereinführung der Ausgleichszahlungen für amerikanische Stationierungskosten.



den Christdemokraten, die Leiter zur Regierungsbeteiligung zu erklimmen. dem Vorbild der griechischen Obristen.

Kompromißbeschluß der Arbeiterpartei gibt Norwegens Regierung freie Bahn für die NATO-Depots

ref.Lillehammer. Als im September bekannt wurde, daß die norwegische Regierung mit den USA Verhandlungen über die Lagerung von Material für eine reduzierte Brigade Marines in Mittelnorwegen aufgenommen hat, hat sich eine relativ breite Bewegung gegen diese ,,Vorratslagerung" entwickelt, zunächst vor allem in den Gewerkschaften und der Arbeiterpartei. Auf der Delegiertenversammlung der Arbeiterpartei Oslo sagte Sievertson, Vorsitzender des Abrüstungsausschusses: ,,Entscheidend ist für mich, daß wir dadurch das Risiko erhöhen, daß in Norwegen Atomwaffen eingesetzt werden. Die neue Atomstrategie (der USA) beinhaltet den aktiven Gebrauch von Atomwaffen. Wenn die beiden Giganten im Norden zusammenstoßen, haben wir gleich das Atomkriegsrisiko auf dem Hals."

Außerhalb der Arbeiterpartei (AP) haben sich die ,,Aktion gegen Vorratslagerung" und das ,,Informationskomitee für eine neue Verteidigungspolitik" gebildet, wobei letzteres von der

stand gegen die Vorratslagerung in der Arbeiterpartei und den Gewerkschaften in einem gewissen Grad zu neutralisieren und sich Luft für die Verhandlungen mit den Amerikanern zu verschaffen. Dieser Beschluß des Ausschusses für Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaftsbund (LO) und Arbeiterpartei bewirkt, daß Oslos Arbeiterpartei eine spätere Stellungnahme von folgenden Punkten abhängig macht: das Material soll nur defensiven Zwecken dienen, ein Umbau auf Atomwaffen unmöglich sein, die Lager unter norwegischer Kontrolle stehen. Gleichzeitig sollen AP und LO Initiativen für europäische Abrüstungsverhandlungen ergreifen. Damit zeichnet sich eine ähnliche Lösung ab wie beim ,,Doppelbeschluß der NATO über die Mittelstreckenraketen".

Im übrigen stützt sich die Regierung bei der Begründung der Lagerung auf die Tatsache, daß die Sowjetunion durch den Ausbau ihrer strategischen Waffen in der Lage ist, alliierten Nach-

ter kontrollieren konnten: im Innern auf der Entwicklung der Wirtschaftskrise, im internationalen Bereich auf der Stärkung der 3. Welt und der Stärkung der imperialistischen Konkurrenten, vor allem der Sowjetunion. Den Republikanern als quasi-Oppositionspartei ist es gelungen, diese Entwicklung zu ihren Gunsten für eine bestimmte reaktionäre und chauvinistische Mobilisierung zu nutzen. Das ist zweifellos im Interesse des Finanzkapitals. Aber auch wenn das amerikanische Finanzkapital den Wahlsieg Reagans gewünscht hat, heißt das nicht automatisch, daß sie auch das politische Programm verwirklicht sehen will, mit dem Reagan angetreten ist, und daß die Regierung Reagan dieses Programm verwirklichen kann.

los vorhat. Vor allem kollidiert dieser demagogische Vorschlag mit der propagierten aggressiven Außenpolitik und den entsprechenden Rüstungsmaßnahmen (laut Senator Tower, möglicherweise der nächste Verteidigungsminister, sollen die Rüstungsausgaben in den nächsten Jahren real um 9 bis 13% steigen). Die unvermeidliche Folge wären Ansteigen der Staatsverschuldung und Beschleunigung der Inflation.

Die meisten Berater aus den höheren Kreisen des Finanzkapitals, die Reagan jetzt um sich versammelt hat, wollen diese Wirtschafts- und Finanzpolitik denn auch anscheinend nicht so wörtlich genommen sehen. Reagan ist in Bezug auf Steuersenkungen auch schon vorsichtiger geworden. Reagan

neue Nuklearstrategie verkündete.

Reagan wird weiter in diese Richtung gehen. Einige seiner früheren Ankündigungen (z.B. Wiederaufnahme offizieller Beziehungen zu Taiwan) hat er allerdings schon einschränken müssen. Der nächstliegende Kollisionspunkt ist die Unterstützung Israels und seiner Siedlungspolitik – ein Kollisionspunkt nicht nur mit den arabischen Staaten und der 3. Welt, sondern auch mit den EG-Mächten, die auf eigenständige Beziehungen zu den arabischen Staaten Wert legen. Hier wie in der Frage der Rüstungskosten zeichnen sich einige Gegensätze in der NATO ab. Gegenüber der Bundesregierung fordern die USA eine Art Wiedereinführung der Ausgleichszahlungen für amerikanische Stationierungskosten.



Reagan, der frühere republikanische Präsident Ford und der kommende Vizepräsident George Bush. Bush war 1976/77 Direktor des Nachrichtendienstes CIA.

Carrillo in Beijing

chm. Der Generalsekretär der Spanischen Kommunistischen Partei Santiago Carrillo hat der KP China einen Besuch abgestattet. In den bisher bekanntgewordenen Erklärungen wurden die Gespräche auf der Grundlage der Achtung der gegenseitigen Selbständigkeit und dem Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Parteien oder Staaten geführt. Carrillo erklärte, die spanische KP lehne es ab, das Prinzip eines führenden sozialistischen Landes oder einer führenden sozialistischen Partei anzuerkennen. Ebenfalls lehne er jeglichen Versuch ab, ,,die chinesische Kommunistische Partei zu verurteilen." Die Besetzung Afghanistans durch die Sowjetunion bezeichnete er als ,,einen historischen Fehler".

Initiativen für mehr Zusammenarbeit auf dem Balkan

krk. In den letzten Monaten haben vor allem auf Initiative Griechenlands und Jugoslawiens zahlreiche diplomatische Aktivitäten stattgefunden zur Überwindung der Widersprüche und zur Stärkung der Zusammenarbeit auf dem Balkan. Da als Ergebnis imperialistischer Rivalitäten viele Grenzen quer durch einzelne Nationalitätengebiete verlaufen, gibt es auch unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu verschiedenen Bündnissystemen bis heute Widersprüche unter diesen Ländern. – Der griechische Ministerpräsident Karamanlis besuchte Mitte Oktober Bulgarien. Obwohl die bulgarische Staatsführung der sowjetischen Politik entsprechend eine Zusammenarbeit *aller* Balkanstaaten ablehnte, betonte sie die guten bilateralen Beziehungen zu Griechenland. Anfang November besuchte Karamanlis Jugoslawien. Im gemeinsamen Kommuniqué wird festgehalten, die Kontakte aller Balkanstaaten auf Grundlage gutnachbarlicher Beziehungen, der Freundschaft und des gegenseitigen Verständnisses voranzutreiben. Am 17. November reist der jugoslawische Außenminister Vrhovec nach Bulgarien, um den gegenseitigen Besuch der beiden Ministerpräsidenten vorzubereiten. Ein wichtiger Faktor der Stabilität und Einheit auf dem Balkan ist die jugoslawisch-rumänische Zusammenarbeit, die schon Tradition hat. In letzter Zeit sind auch die Beziehungen zwischen Albanien und Jugoslawien wieder intensiver geworden: der Ministerpräsident der jugoslawischen Teilrepublik Kosovo (von Albanern bewohnt) besuchte Albanien, im Juli wurde ein Wirtschaftsabkommen unterzeichnet.

Eritrea-Konferenz unter russischem Präsidium

gek. In der syrischen Hauptstadt Damaskus soll eine Konferenz zwischen abtrünnigen Führern der ELF, einer der beiden eritreischen Befreiungsorganisationen, sowie dem äthiopischen Militärregime und der Sowjetunion stattgefunden haben. Über Ergebnisse ist nichts verlautet. – Die ELF-Führer hatten das zu Anfang des Jahres vereinbarte gemeinsame Oberkommando mit der Eritreischen Volksbefreiungsfront (EPLF) weitgehend sabotiert. Größere Teile der ELF-Kämpfer sind in den letzten Monaten auf die Seite der EPLF übergegangen. Ein anderer Teil von ELF-Kämpfern hat sich in den Sudan abgesetzt. Die EPLF hat sich daraufhin in schnellen Aktionen der verbliebenen ELF-Stützpunkte bemächtigt. – Die ELF war bisher gerade von ,,progressiven" bürgerlichen Regierungen wie den Baathisten Syriens unterstützt worden. Unter dem Einfluß der Sowjetunion hat Syrien diese Unterstützung eingestellt und die ELF-Führer zum Eingehen auf die ,,Autonomie"-Pläne der Militärregierung gebracht. – Mengistu, das Haupt der äthiopischen Militärclique, hat sich, zum Teil gleichzeitig mit Karmal (der seine Residenz in Kabul sonst kaum mehr verlassen kann), fast 14 Tage in der Sowjetunion aufgehalten und offenbar ausgedehnte Beratungen über die militärische Lage geführt.

Siedler in Namibia führen Wahlen durch

chm. Unter Aufsicht der südafrikanischen Kolonialmacht haben die Siedler in Namibia mit der Wahl ihrer ,,Volksgruppenvertretung" am 11.11. begonnen. Vier Parteien beteiligen sich an der Wahl: Republikanische Partei, deren Vorsitzender, Dirk Mudge, zugleich Vorsitzender der Demokratischen Turnhallen Allianz ist, die DTA selbst, die Nationale Partei und die Auferstehungspartei. Die zwei letzteren vertreten offen die Interessen Südafrikas, daß ,,Südwestafrika den Weißen gehört". Der 4. Ausschuß der UN-Vollversammlung hat eine Entschließung angenommen, in der nochmals der Boykott Südafrikas bekräftigt wird. 91 stimmten dafür und 16 dagegen bei 26 Enthaltungen. Großbritannien, USA, BRD, Frankreich, Japan, Belgien und Israel wurden aufgefordert, ihre Zusammenarbeit mit Südafrika einzustellen, vor allem auf dem Gebiet der Atomenergie und der militärischen Aufrüstung.

Sowjetunion annektiert Teil Afghanistans

coi. Die russischen Sozialimperialisten sind dabei, die Wakhan-Landzunge im Nordosten Afghanistans zu annektieren. Wie die amtliche pakistanische Nachrichtenagentur APP meldet, haben sie in großem Maßstab Militärverbände aus der angrenzenden Tadschikischen SSR in das ebenfalls von Tadschiken bewohnte Gebiet eingeschleust und bauen die Verkehrsverbindungen in die SU aus. Mit der Annexion Wakhans schaffen sich die russischen Sozialimperialisten eine direkte Grenze zu Pakistan.



Kairo: Die Landflucht und die Bodenspekulation haben zu einer Bevölkerungskonzentration in manchen Stadtteilen von 900000/km² geführt. In der „Gräberstadt" (hier die Aufnahme von einer Zubringerstraße dahin an einem normalen Werktag) wohnen inzwischen über ½ Mio. Menschen. Abstandssummen bis zu 1000 LE müssen inzwischen für eine Grabwohnung bezahlt werden.

Ägypten: Einige Ursachen für die Kapitulation vor dem Druck des US-Imperialismus

Das „Ägyptische Wirtschaftwunder" ändert wenig an der elenden Lage der Volksmassen

chm. Die Zahl der israelischen Politiker, die in den letzten vier Wochen Ägypten besucht hat, ist erstaunlich. Letzte Woche verabschiedete der ägyptische Präsident Sadat Peres, Abba Eban und Bar Lev von der israelischen Arbeiterpartei. Im Schlußkommuniqué wurde kurzerhand König Hussein de facto als Vertreter der Palästinenser erneut installiert. Vor ihnen weilte der israelische Staatspräsident Navon in Ägypten. Er konnte zweifellos einiges einsacken:

1. Ausbau des Schienen- und Straßennetzes zwischen Ägypten und Israel;
2. Öffnung der Grenzen ab dem 15.12. für den Warenverkehr;
3. Einrichtung einer direkten Fluglinie zwischen Tel Aviv und dem Katharinenkloster auf der Sinaihalbinsel;
4. Erhöhung der Zahl der El-Al-Flüge nach Kairo von 3 pro Woche. Eine genaue Zahl wurde nicht genannt.
5. Vermehrte gegenseitige Besuche von Geschäftsleuten und offiziellen Delegationen;
6. Kultur- und Industrieausstellungen in beiden Ländern;
7. Errichtung eines „Generalstabs des Friedens, in dem Kulturschaffende aus beiden Ländern sitzen, um die psychologische Annäherung zu fördern".

Die ständigen Aggressionen des zionistischen Staates lasten wie ein Alp auf Ägypten: Tausende sind in den Schlachten oder durch das gezielte Bombardieren von Schulen, Betrieben und dichtbesiedelten Stadtteilen gefallen; 40 Mrd. $ hat das Land bis 1973 für Waffen ausgegeben, war erpreßbar sowohl von den Sozialimperialisten als auch von den westlichen Imperialisten. Die Schuldenlast an die SU beträgt allein 7 Mrd. $. Die Gesamtverschuldung lag 1976 1½ mal so hoch wie das gesamte Bruttosozialprodukt. Die SU weigerte sich, jegliche Umschuldung anzunehmen, plünderte das Land aus und weckte mit seinen 30000 „Beratern" Erinnerungen an die Kolonialmacht Großbritannien. Mit dem Rausschmiß der sowjetischen Berater, Auflösung des Stützpunktes im Hafen von Alexandrien, auf dem die sowjetische Marine die sowjetische Flagge gehißt hatte – es war exterritoriales Gelände, nicht einmal der Staatspräsident konnte es ohne Erlaubnis des Botschafters der SU betreten –, hat sich Sadat zweifellos Kredit bei den Massen verschafft. Der begrenzte militärische Sieg über die israelische Militärmaschinerie, die Überquerung des Suezkanals durch die ägyptische Armee, seine erneute Inbetriebnahme durch Ägypten, haben diesen Kredit erhöht. Gerade der Suezkanal ist im Bewußtsein des ägyptischen Volkes Symbol der kolonialen Knechtung und der Befreiung zugleich: Mit dem Bau des Suezkanals, bei dem über 120000 ägyptische Arbeiter starben, schufen sich die europäischen Kolonialmächte ein wichtiges Instrument der Einmischungen und der Kontrolle über Ägypten. Um den Suezkanal konzentrierte sich der Guerillakampf gegen die englischen Kolonialtruppen nach dem 2. Weltkrieg. 1956 eröffnete Nasser mit der Verstaatlichung der Suezkanalgesellschaft die Nationalisierung des imperialistischen Kapitals in Ägypten.

Der US-Imperialismus fordert die politische Kapitulation

Der begrenzte militärische Sieg im Oktoberkrieg hat die Manövrierfähigkeit der ägyptischen Regierung erhöht. Eingeschränkt wurde sie jedoch wieder durch die Erklärung, 90% der Karten für die Lösung der Nahostfrage hielten die USA in der Hand. Ägypten brauche Frieden, den könne nur die USA als Ziehmutter Israels gewähren. Ägypten brauche Frieden, um die Wirtschaft neu aufzubauen, das Land zu modernisieren und „jedem Ägypter bis 1981 eine Eigentumswohnung" zu verschaffen. Es sei eine Politik der Öffnung gegenüber dem Westen nötig. Das notwendige juristische Polster für die imperialistischen Konzerne wurde geschaffen: fünf Jahre Steuerfreiheit, völlige Freiheit beim Transfer der Profite, sowie nach fünf Jahren Transfer des Anlagekapitals. Das war den US-Imperialisten nicht genug. Was sie wollten, war die Kapitulation Ägyptens. Der IWF verlangte die Streichung der Subventionen der Grundnahrungsmittel. Der erste Versuch, die Bedingungen ohne politische Konzessionen zu erfüllen, scheiterte an dem Aufstand der Massen am 18. und 19. Januar 1977. Kaissuni, der damalige Wirtschaftsminister, in Ägypten als „der Amerikaner" bekannt, mußte gehen. Im November 1977 fuhr der ägyptische Präsident nach Tel Aviv. Unter der Karte Großisraels, „in seinen historischen Grenzen vom Euphrat bis zum Nil", die in der Knesseth hängt, bot er den Zionisten Frieden und Normalisierung der Beziehungen an. Abwartend verhielt sich der US-Imperialismus immer noch, wie ernst es der herrschenden Klasse in Ägypten mit dem Kniefall ist.

Das Abkommen von Camp David 1978 besiegelt den nationalen Verrat. Die Massen verhalten sich abwartend, ob nun aus den großen Versprechungen was wird.

Die herrschende Klasse in Ägypten

Es ist schwierig, die Koalition, die sich nach Nassers Tod gebildet hat und die die Politik der ägyptischen Regierung bestimmt, mit den vorhandenen Daten lupenrein zu bestimmen. Zwei Sachen muß man festhalten: Sie ist nicht im Kern neu, höchstens an der Peripherie, und sie hat nichts vollkommen Neues aus dem Boden gestampft, weder mit dem Versuch einer Verständigung mit Israel noch mit der Hinwendung zu dem westlichen Imperialismus. Nach der vernichtenden Niederlage im Junikrieg von 1967 verschärften sich die Widersprüche: Der Aufbau einer nationalen Wirtschaft über den Weg des Staatskapitalismus geriet ins Stocken, die Armee war nicht in der Lage, die nationale Verteidigung zu sichern.

In den großen Streiks von 1968, die parallel mit den Aufständen der Studenten an den Universitäten stattfanden, forderten die Arbeiter die Säuberung des Staatsapparates, den Aufbau einer wirklich unabhängigen Wirtschaft, nicht im Schlepptau der SU oder der USA, und die Fortsetzung des Krieges gegen Israel. Mit der Annahme des Rogers-Planes, einer Vorform des jetzigen Camp David Abkommens, vorgelegt vom damaligen Außenminister Rogers, hatte die ägyptische Regierung den ersten Schritt zur Kapitulation getan. Die Macht im Staat hatte eine Klasse, deren ökonomische Basis der staatliche Sektor der Wirtschaft bildete, in dem alle Betriebe mit über 50 Beschäftigten zusammengefaßt waren, also alle Schlüsselindustrien, die Textilindustrie, die chemische, die Düngemittel- und die Stahl- und Eisenindustrie. 80% der Industrie befand sich unter Kontrolle des Staates. Personell setzte sich der Apparat, der diesen öffentlichen Sektor verwaltete, aus Mitgliedern der Kleinbourgeoisie zusammen, die sowohl dem Offizierskorps als auch den mittleren Rängen des Beamtenapparates entstammen. Hinzu kamen einzelne Kapitalisten aus den Reihen der herrschenden Klasse vor dem Militärputsch von 1952. Das Kapital kam teilweise von den Krediten der SU, teilweise war es imperialistisches Kapital von den Mitte der 50er Jahre verstaatlichten Konzernen. Die ägyptischen Bourgeois, die diese imperialistischen Konzerne mitverwalteten, verließen in der Regel das Land nach der Verstaatlichung. Ein Teil der durch die Landreform von 1952 enteigneten Großgrundbesitzer nutzten ihren Einfluß, um sich in die Verwaltung des Apparates, der die Landreform durchführen sollte, einzunisten. Der wiederum gehörte zum öffentlichen Sektor. Somit fusionierten auch Teile der ehemaligen Großgrundbesitzer mit der Kleinbourgeoisie und der nationalen Strömung der herrschenden Klasse vor dem Putsch und bildeten die herrschende Klasse in Ägypten. Sie stützte sich auf einen ausgeklügelten Unterdrückungsapparat, von der SU und von der DDR ausgebildet und ausgerüstet, der aus der Armee, der Geheimpolizei und den sog. Zentralen Sicherheitskräften bestand. Besonders die, speziell für den Einsatz gegen Demonstrationen ausgebildet, – heute gibt es ca. 500000 davon – sind das Produkt der DDR. Innerhalb dieser herrschenden Klasse bildeten sich zwei Hauptströmungen, die eine verfocht die enge Bindung an die SU, die andere eine Lockerung dieser Bindung und eine stärkere Hinwendung zu den westlichen Imperialisten, zumal diese, vor allem die BRD, es die ganze Zeit verstanden haben, sich in verschiedenen Formen Stützpunkte zu erhalten. Beide waren sich über die Notwendigkeit einig, die erstarkende Arbeiterbewegung zu gängeln, der es gelungen war, wichtige Arbeiterschutzrechte durchzusetzen: Einen Mindestlohn, Sozialversicherung, Kranken- und Unfallversicherung. Dies vor allem seit den Streiks von 1968. Diese Fusion, deren Kern die aufsteigende Kleinbourgeoisie ist, bildet heute noch die Klasse, auf die sich die Sadat-Regierung stützt mit folgendem Unterschiede: Die Strömung, die die Anlehnung an die SU unterstützte, ist entmachtet worden im Mai 1971. Die andere Strömung ist wesentlich gestärkt worden durch die Rücknahme der Landreformgesetze von 1952 und 1958, durch die Beseitigung der wichtigsten Arbeiterschutzrechte und die schrittweise Liquidierung des öffentlichen Sektors durch die Öffnung des Landes für die imperialistischen Monopole.

„Das ägyptische Wirtschaftswunder"

Auf dem „Tag des Lehrers" am 12.11. erklärte Sadat: „Die ganze Welt, auch der IWF, sprechen vom ägyptischen Wirtschaftswunder." Zum ersten Mal seit Jahren hat Ägypten eine ausgeglichene Handelsbilanz und Devisenreserven in Höhe von 3,5 Mrd. $. Alle namhaften imperialistischen Konzerne sind präsent: Von Coca Cola bis Mercedes Benz. Desgleichen die Banken. 5,3 Mrd. $ Kredite haben die US-Imperialisten für die politische Kapitulation bisher ausgelegt, weitere 25 sollen folgen. (Von 2 Mrd. $ ausländischen Kapitals im Jahre 1979 stammen 1,1 Mrd. aus den USA.) Das Devisenpolster setzt sich zusammen aus den Einnahmen vom Suezkanal, dem Tourismus und vor allem aus einer 25% Steuer, die jeder Ägypter, der im Ausland arbeitet, abführen muß in Devisen, sonst bekommt er keine Arbeitserlaubnis. (Das Geld bekommt er im Urlaub in ägyptischer Währung ausgezahlt!) Etwa 3 Mio. Ägypter sind gezwungen, außerhalb ihrer Heimat zu arbeiten. 1979 haben sie 2 Mrd. $ überwiesen.

Der Jahresdurchschnittslohn eines Arbeiters ist zwar von 164 LE (410 DM) im Jahre 1973 auf 233 LE (582,50 DM) 1979 gestiegen, die Inflationsrate innerhalb des letzten Jahres allein um 30%. Ein ägyptisches Sprichwort besagt: „Der Reichtum Ägyptens – das ist für die anderen." Die Hälfte der Arbeiter muß vom gesetzlich festgelegten Mindestlohn von 15 LE (37,50 DM) leben. 1,5 Mio. Familien, d.i. die Hälfte der ländlichen Bevölkerung wurden 1976 als landlos registiert. Ein ägyptisches Pfund (LE) hat 100 Piaster. Wenn ein Arbeiter für seine dreiköpfige Familie Frühstück kaufen will, muß er mindestens 34 Piaster hinblättern: Das Volksnahrungsmittel Foul (Saubohnen) kostet für vier Personen 25 PT, ein paar Tropfen Öl gehören dazu, etwas Salz, beide rationiert und zeitweise nur auf dem Schwarzen Markt zu haben, deshalb berechnen wir sie hier mal nicht, eine Zwiebel als Gemüse für 5 PT bei den jetzigen Kilopreisen und 4 Brotfladen zu je 1 PT. Und weil es das billigste ist, was es gibt, gibt es Foul zum Mittagessen und auch als Abendessen, falls man das Abendbrot nicht ganz bleiben läßt. (Eine ganze Abteilung der Landwirtschaftlichen Fakultät beschäftigt sich mit Forschungen über die Vorzüge des Fouls gegenüber dem Fleisch.)

Das einzige landwirtschaftliche Produkt, dessen Anbaufläche vergrößert wird, ist die Baumwolle als Exportartikel und Devisenbringer. Der Rückgang in der Anbaufläche der Grundnahrungsmittel hat zu starken Preissteigerungen geführt, beim Foul z.B. von 29 auf 36 $ pro ardab (120 kg). Der ägyptische Finanzminister erklärte im Frühjahr, die Regierung habe jetzt alle Bedingungen des IWF erfüllt und sich verpflichtet, „jedem Ägypter mit niedrigem Einkommen ein würdevolles Leben zu sichern". Demgegenüber muß man die revolutionäre Tradition des ägyptischen Volkes hochhalten. Tahtawi, der Leiter der ersten Studentengruppe, die 1826 zum Studium der „Wissenschaft der Franken" nach Frankreich geschickt wurde, artikulierte als erster die nationalen Bestrebungen des sich neukonstituierenden ägyptischen Nationalstaates im Kampf gegen die britische, französische und osmanische Fremdherrschaft: „Unser Land soll der Ort sein für das allgemeine Wohl, das wir schaffen wollen durch die Freiheit, das Denken und die Fabrik."

In Khuzestan steht der Wintereinbruch bevor

Versorgungsschwierigkeiten im Iran / Einmischungen im Irak in Vorbereitung

bep. Die iranische Nachrichtenagentur PARS berichtete letzte Woche, der oberste Verteidigungsrat prüfe den Vorschlag des kubanischen Außenministers, eine Mission der Blockfreienbewegung aus Vertretern Indiens, Kubas, Pakistans, Jugoslawiens, Zimbabwes und der PLO nach Teheran und Bagdad zu entsenden. Algerien, wegen dessen Beteiligung der Irak die Mission zunächst abgelehnt hatte, wurde nicht mehr erwähnt. Als Sonderbeauftragter des UN-Generalsekretärs Waldheim wurde jetzt Olof Palme, der Vorsitzende der schwedischen Sozialdemokraten, benannt. Beide Regierungen wollen ihn empfangen. In Paris erklärte Habib Chatti, Generalsekretär der Islamischen Konferenz, der Irak habe die Bildung eines Verhandlungskomitees aus 6 Staatschefs islamischer Staaten akzeptiert; der Iran habe „nicht abgelehnt". In der Sache seien die Positionen beider Seiten aber gegenwärtig unversöhnlich, berichtete Chatti.

Im Iran sind die innenpolitischen Widersprüche offen ausgebrochen, als der ehemalige Außenminister Ghotbzadeh nach kritischen Äußerungen über die von der Islamisch-republikanischen Partei bestimmte staatliche Fernsehpolitik festgenommen und nach Demonstrationen und heftigen Protesten wieder freigelassen wurde. Ghotbzadeh hatte in der Vergangenheit ebenso wie Präsident Bani-Sadr eine rasche Lösung der Geiselfrage, die dem Iran mehr geschadet als genutzt hat, gefordert. Während die USA sich am Wochenende noch weigerten, auf alle Bedingungen des Iran zur Freilassung der Geiseln einzugehen, wurden in den USA inzwischen Ersatzteile und militärisches Gerät aus den von der Schah-Regierung gekauften Beständen transportfertig bereitgestellt. Die iranische Regierung mußte die Rationierung wichtiger Güter und Preiserhöhungen zur Senkung des Verbrauchs ankündigen. Für Zucker und Benzin sind Bezugsscheine vorbereitet. Zur militärischen Lage erklärte Staatspräsident Bani-Sadr in Khuzestan, die iranische Regierung werde nicht mit dem Irak verhandeln, solange die Besetzung iranischen Territoriums andauere. „Der Iran hat die irakische Invasion gestoppt und bereitet sich gegenwärtig darauf vor, den Feind zurückzudrängen. Die Regenzeit ist gekommen. Die Natur, die Kälte überfallen den irakischen Gegner, der das gleiche Schicksal erleiden wird wie Napoleon und Hitler bei ihren Expeditionen nach Rußland" (Le Monde, 13.11.).

Der irakische Präsident Saddam Hussein beschrieb dagegen auf einer Pressekonferenz auf den Wintereinbruch, die Regenfälle und Überschwemmungen hätten sich die Truppen durch den Bau asphaltierter Straßen vorbereitet. Zwar habe der Irak nach wie vor keine Gebietsansprüche, aber die Einwohner „Arabistans" würden möglicherweise ihre eigenen Entscheidungen fällen. Solange allerdings der Iran keiner befriedigenden Friedensregelung zustimme, müsse sich der Irak größere Gebiete im Interesse seiner Verteidigung sichern.

Der Frontverlauf hat sich letzte Woche kaum verändert. Die irakische Taktik, zur Vermeidung eigener Verluste nur nach heftigem Artilleriefeuer vorzurücken, scheint aber allmählich zu Nachschubschwierigkeiten zu führen. In England und Frankreich soll der Irak Verhandlungen über Waffenkäufe angeknüpft haben. Am 5. November verhandelte der stellvertretende Ministerpräsident Tarik Aziz mit der französischen Regierung. Wenige Tage später war er in Moskau, zum zweiten Mal seit Kriegsausbruch, und überbrachte eine Botschaft von Präsident Saddam Hussein an Breschnew. Verhandlungen über Waffenlieferungen wurden von beiden Seiten dementiert. Nach einem Bericht der „Financial Times" soll die Sowjetunion ihre Nachschublieferungen an den Irak zurückhalten, um ihn zur Aufgabe seiner blockfreien Politik zu zwingen. In Syrien wurde eine Oppositionsfront zum Sturz der irakischen Regierung Saddam Husseins gegründet, unter dem Namen „Nationaldemokratische und panarabische Front im Irak". An der Gründung war auch der Kurdenführer Talabani beteiligt. Schon vor einigen Wochen hatte Israel durch gezielte Enthüllungen über seine massive Unterstützung der bewaffneten Kämpfe der Kurden gegen die irakische Regierung vor 1975 versucht, die Widersprüche im Irak zu schüren. Außerdem wurde gemeldet, daß zwischen den Regierungstruppen des Nordjemen (der den Irak unterstützt) und der „Nationaldemokratischen Front Nordjemens", deren Leitung sich im Südjemen befindet, neue bewaffnete Kämpfe ausgebrochen sind.

Das „Ägyptische Wirtschaftwunder" ändert wenig an der elenden Lage der Volksmassen

chm. Die Zahl der israelischen Politiker, die in den letzten vier Wochen Ägypten besucht hat, ist erstaunlich. Letzte Woche verabschiedete der ägyptische Präsident Sadat Peres, Abba Eban und Bar Lev von der israelischen Arbeiterpartei. Im Schlußkommuniqué wurde kurzerhand König Hussein de facto als Vertreter der Palästinenser erneut installiert. Vor ihnen weilte der israelische Staatspräsident Navon in Ägypten. Er konnte zweifellos einiges einsacken:

1. Ausbau des Schienen- und Straßennetzes zwischen Ägypten und Israel;
2. Öffnung der Grenzen ab dem 15.12. für den Warenverkehr;
3. Einrichtung einer direkten Fluglinie zwischen Tel Aviv und dem Katharinenkloster auf der Sinaihalbinsel;
4. Erhöhung der Zahl der El-Al-Flüge nach Kairo von 3 pro Woche. Eine genaue Zahl wurde nicht genannt.
5. Vermehrte gegenseitige Besuche von Geschäftsleuten und offiziellen Delegationen;
6. Kultur- und Industrieausstellungen in beiden Ländern;
7. Errichtung eines „Generalstabs des Friedens, in dem Kulturschaffende aus beiden Ländern sitzen, um die psychologische Annäherung zu fördern".

Die ständigen Aggressionen des zionistischen Staates lasten wie ein Alp auf Ägypten: Tausende sind in den

Suezkanalgesellschaft die Nationalisierung des imperialistischen Kapitals in Ägypten.

Der US-Imperialismus fordert die politische Kapitulation

Der begrenzte militärische Sieg im Oktoberkrieg hat die Manövrierfähigkeit der ägyptischen Regierung erhöht. Eingeschränkt wurde sie jedoch wieder durch die Erklärung, 90% der Karten für die Lösung der Nahostfrage hielten die USA in der Hand. Ägypten brauche Frieden, den könne nur die USA als Ziehmutter Israels gewähren. Ägypten brauche Frieden, um die Wirtschaft neu aufzubauen, das Land zu modernisieren und „jedem Ägypter bis 1981 eine Eigentumswohnung" zu verschaffen. Es sei eine Politik der Öffnung gegenüber dem Westen nötig. Das notwendige juristische Polster für die imperialistischen Konzerne wurde geschaffen: fünf Jahre Steuerfreiheit, völlige Freiheit beim Transfer der Profite, sowie nach fünf Jahren Transfer des Anlagekapitals. Das war den US-Imperialisten nicht genug. Was sie wollten, war die Kapitulation Ägyptens. Der IWF verlangte die Streichung der Subventionen der Grundnahrungsmittel. Der erste Versuch, die Bedingungen ohne politische Konzessionen zu erfüllen, scheiterte an dem Aufstand der Massen am 18. und 19. Januar 1977. Kaissuni, der damalige Wirtschaftsminister, in Ägypten als „der Amerikaner" bekannt, mußte ge-

rung des Staatsapparates, den Aufbau einer wirklich unabhängigen Wirtschaft, nicht im Schlepptau der SU oder der USA, und die Fortsetzung des Krieges gegen Israel. Mit der Annahme des Rogers-Planes, einer Vorform des jetzigen Camp David Abkommens, vorgelegt vom damaligen Außenminister Rogers, hatte die ägyptische Regierung den ersten Schritt zur Kapitulation getan. Die Macht im Staat hatte eine Klasse, deren ökonomische Basis der staatliche Sektor der Wirtschaft bildete, in dem alle Betriebe mit über 50 Beschäftigten zusammengefaßt waren, also alle Schlüsselindustrien, die Textilindustrie, die chemische, die Düngemittel- und die Stahl- und Eisenindustrie. 80% der Industrie befand sich unter Kontrolle des Staates. Personell setzte sich der Apparat, der diesen öffentlichen Sektor verwaltete, aus Mitgliedern der Kleinbourgeoisie zusammen, die sowohl dem Offizierskorps als auch den mittleren Rängen des Beamtenapparates entstammen. Hinzu kamen einzelne Kapitalisten aus den Reihen der herrschenden Klasse vor dem Militärputsch von 1952. Das Kapital kam teilweise von den Krediten der SU, teilweise war es imperialistisches Kapital von den Mitte der 50er Jahre verstaatlichten Konzernen. Die ägyptischen Bourgeois, die diese impe-

rung. Dies vor allem seit den Streiks von 1968. Diese Fusion, deren Kern die aufsteigende Kleinbourgeoisie ist, bildet heute noch die Klasse, auf die sich die Sadat-Regierung stützt mit folgendem Unterschiede: Die Strömung, die die Anlehnung an die SU unterstützte, ist entmachtet worden im Mai 1971. Die andere Strömung ist wesentlich gestärkt worden durch die Rücknahme der Landreformgesetze von 1952 und 1958, durch die Beseitigung der wichtigsten Arbeiterschutzrechte und die schrittweise Liquidierung des öffentlichen Sektors durch die Öffnung des Landes für die imperialistischen Monopole.

„Das ägyptische Wirtschaftswunder"

Auf dem „Tag des Lehrers" am 12.11. erklärte Sadat: „Die ganze Welt, auch der IWF, sprechen vom ägyptischen Wirtschaftswunder." Zum ersten Mal seit Jahren hat Ägypten eine ausgeglichene Handelsbilanz und Devisenreserven in Höhe von 3,5 Mrd. $. Alle namhaften imperialistischen Konzerne sind präsent: Von Coca Cola bis Mercedes Benz. Desgleichen die Banken. 5,3 Mrd. $ Kredite haben die US-Imperialisten für die politische Kapitulation bisher ausgelegt, weitere 25 sollen folgen. (Von 2 Mrd. $ ausländischen Kapitals im Jahre 1979 stammen 1,1 Mrd. aus den USA.) Das Devisenpolster

auch als Abendessen, falls man das Abendbrot nicht ganz bleiben läßt. (Eine ganze Abteilung der Landwirtschaftlichen Fakultät beschäftigt sich mit Forschungen über die Vorzüge des Fouls gegenüber dem Fleisch.)

Das einzige landwirtschaftliche Produkt, dessen Anbaufläche vergrößert wird, ist die Baumwolle als Exportartikel und Devisenbringer. Der Rückgang in der Anbaufläche der Grundnahrungsmittel hat zu starken Preissteigerungen geführt, beim Foul z.B. von 29 auf 36 $ pro ardab (120 kg). Der ägyptische Finanzminister erklärte im Frühjahr, die Regierung habe jetzt alle Bedingungen des IWF erfüllt und sich verpflichtet, „jedem Ägypter mit niedrigem Einkommen ein würdevolles Leben zu sichern". Demgegenüber muß man die revolutionäre Tradition des ägyptischen Volkes hochhalten. Tahtawi, der Leiter der ersten Studentengruppe, die 1826 zum Studium der „Wissenschaft der Franken" nach Frankreich geschickt wurde, artikulierte als erster die nationalen Bestrebungen des sich neukonstituierenden ägyptischen Nationalstaates im Kampf gegen die britische, französische und osmanische Fremdherrschaft: „Unser Land soll der Ort sein für das allgemeine Wohl, das wir schaffen wollen durch die Freiheit, das Denken und die Fabrik."

In Khuzestan steht der Wintereinbruch bevor

Bauernverband: Maßnahmen gegen Subventionskürzungen

doj. Auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung hat der Deutsche Bauernverband Widerstand gegen die von der Bundesregierung angekündigten Streichungen für die Landwirtschaft angekündigt. Die Steuerrückerstattung von Diesel-Kraftstoff an die Bauern soll künftig gestrichen werden. Diese ,,Subvention" – nichts anderes als Rückzahlung vorher einbehaltener Steuern durch den Staat – sicherte den Bauern auf Umwegen den Marktpreis für Dieselkraftstoff. Der Bauernverband besteht auf Anhebung der Mineralölsteuerrückerstattung, angemessene Anhebung der Marktordnungspreise und Anhebung der Bundeszuschüsse an die landwirtschaftliche Unfallversicherung um mindestens 100 Mio. DM. Von der zunächst geplanten Streichung der Bundesmittel an die Unfallversicherung (400 Mio. DM jährlich) hat die Koalition zunächst abgesehen. Matthöfer erklärte aber, in Zukunft die Bauern an den Kosten der überschüssigen Agrarerzeugung ,,in irgendeiner Art" zu beteiligen – ähnlich wohl wie heute schon die ,,Mitverantwortungsabgabe" der Milchbauern.

Auftragsrückgang bei Landmaschinen und Schleppern

gih. Der Rückgang der Absatzzahlen für Landmaschinen und Ackerschlepper hat sich im Verlauf des zweiten Halbjahres weiter verstärkt. So ist die Zahl der Neuzulassungen um mehr als 20% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum gesunken. Gleichzeitig sanken die Auftragseingänge um 21% bei Landmaschinen und um 18% bei Schleppern. Die Auslandsaufträge sind im dritten Quartal bei Landmaschinen um 10% und bei Schleppern um 22% zurückgegangen. Die führenden Landmaschinen- und Ackerschlepper-Kapitalisten haben Kurzarbeit angemeldet oder schon durchgeführt. *Fendt.* Für Dezember wurde Kurzarbeit angemeldet. *Deutsche International Harvester Company.* Ab November soll hier ,,für einige Wochen" kurzgearbeitet werden. *Claas.* Hier wurde bereits im September 5 Tage kurzgearbeitet und nun sollen 5 weitere Tage folgen.

Ekuador bringt US-Thunfisch-Trawler auf

coi. Im Laufe der letzten Wochen hat die ekuadorianische Küstenwache elf US-Thunfisch-Trawler innerhalb der Zweihundertmeilenzone aufgebracht, den Fang beschlagnahmt und Strafen von insgesamt 3 Mio. Dollar verhängt. ,,Der Thun ist eine Art Meeresvagabund mit besonderen Wandereigenschaften, so daß er nicht Eigentum ei-

Um Steuern zu senken, sollen Bauern ,,freiwillig" buchführen

Für die Bauern mit kleinem Hof und niedrigem Einkommen bleibt noch nicht einmal dieser Ausweg

brb. ,,Erklärtes Ziel der Neuregelung ist es, vor allem die größeren 13-Betriebe stärker zu besteuern", so das Landwirtschaftsmagazin ,,top agrar" 11/80 zur neuen Besteuerungsregelung für die Landwirtschaft. ,,13-Betriebe" unterliegen nach § 13a Einkommensteuergesetz nicht der Buchführungspflicht, ihre Steuerzahlung wird nach Durchschnittswerten berechnet. Hier setzt der Staat an, um über die Erhöhung der Wertansätze die Steuern für die nicht buchführungspflichtigen Bauern drastisch zu erhöhen; insbesondere die Nebenerwerbsbauern werden mit diesem Verfahren drastisch geschröpft. Wir haben das in der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 44/80 (S.6) an einem Beispiel nachgerechnet. Der Nebenerwerbsbauer muß nun statt 752 DM 3008 DM an Einkommensteuer aufbringen.

Nebenerwerbsbauern unterliegen, wie alle Landwirte, der Einkommensbesteuerung. Darin geht nicht nur das erzielte Einkommen ein, sondern es können Ausgaben zum Unterhalt und zur Führung des Betriebes in Anrechnung gebracht werden. So wird auch der Lohn des Arbeiterbauern, den er durch den Verkauf seiner Arbeitskraft beim Kapitalisten erhält, als landwirtschaftliches Einkommen versteuert. Gleichzeitig wird ihm jedoch bei der Lohnzahlung im Betrieb die Lohnsteuer einbehalten. Diese betrug in dem obigen Fall bei der günstigen Steuerklasse III immerhin noch 1412 DM und war damit fast doppelt so hoch wie die insgesamt zu zahlende Einkommensteuer des Nebenerwerbsbauern. Ihm mußte also ein großer Teil der zuviel gezahlten Lohnsteuer zurückerstattet werden. Nach der neuen Besteuerung wird ihm als Bauer ein erhöhtes Einkommen aus der Land- und Forstwirtschaft berechnet, das erhöht sich dann noch durch seinen Lohn und der Arbeiterbauer kommt mit seinem Einkommen in die steuerliche Progression. Jetzt kassiert der Staat nicht nur die volle Lohnsteuer, sondern zusätzlich fast den gesamten Betrag, den der Bauer früher als gesamte Einkommensteuer zu entrichten hatte. Durchaus ein Weg, über die Steuern die Arbeiterbauern zu Arbeitern zu machen und damit die landwirtschaftliche Haldenproduktion über den Staat ,,naturwüchsig" abzubauen.



Rinderboxen in einem alten, arbeitsintensiven Anbindstall, wie ihn die meisten Klein- und Mittelbetriebe noch haben.

Die anderen sogenannten 13aa-Bauern, die ihren Hof als Vollerwerbsbetrieb betreiben, haben den ,,Vorteil", daß ihre Einkommen noch wesentlich niedriger liegen und damit die Steuerlast dem Wert nach etwas kleiner ausfällt als bei den Nebenerwerbsbauern. Gegenüber der früheren Besteuerung sind sie jedoch ebenso drastisch erhöht.

Bauern, deren Hof in seinen Erträgen und seiner Ausstattung knapp unter der jeweiligen Grenze der Buchführungspflicht liegt, bietet der Staat als Mittel gegen die hohe Besteuerung die freiwillige Buchführung an. Das verbessert ihm die Kontrolle über die Entwicklung. Zum Ausgleich für den damit verbundenen erhöhten Zeitaufwand können die Bauern in den Genuß des sogenannten Steuerabzugsbetrages kommen, der maximal 2000 DM beträgt. Bei einem landwirtschaftlichen Einkommen von z.B. 45000 DM müssen dann nicht mehr 4728 DM Steuern bezahlt werden, sondern 2000 DM weniger. Bis zu einem landwirtschaftlichen Einkommen von 50000 DM wird er den buchführungspflichtigen Bauern gewährt, dann reduziert er sich um 20% des Betrages, der über 50000 DM liegt, und die Zahlung erlischt bei 60000 DM.

In den unteren Einkommensbereichen wird ebenfalls nach einem ausgeklügelten System abgestuft. Steht der zu zahlende Einkommensteuerbetrag fest, so wird berechnet, wieviel % er vom gesamten landwirtschaftlichen Einkommen darstellt. Dieser Prozentsatz wird dann lediglich auf das Einkommen aus der Land- und Forstwirtschaft bezogen; das Ergebnis ist der Betrag, der dem Bauern als Steuerabzug gewährt wird. Liegt das Einkommen des Bauern aus der Land- und Forstwirtschaft nicht deutlich über 20000 DM, hat er Pech gehabt und er bekommt nicht die vollen 2000 DM angerechnet. Bei den Nebenerwerbsbauern geht sein Arbeitslohn zwar in die Berechnung des Prozentsatzes mit ein, fällt aber dann bei der Umrechnung auf den Steuerabzug völlig heraus. So können die Nebenerwerbsbauern in den seltensten Fällen auf den vollen Steuerabzug kommen.

Kapital in der Landwirtschaft und in der Industrie

Grad der Produktivität der Landwirtschaft nähert sich der industriellen Produktion an

brp. Unleugbar hat es in den letzten 30 Jahren Produktivitätssteigerungen in der Landwirtschaft gegeben. Von 1950 bis 1978 konnten die Ernteerträge pro ha bei Roggen von 23,5 dt auf 37,8 dt erhöht werden, die Erträge bei Runkelrüben haben sich mit 967,1 dt/ha mehr als verdoppelt, die Milchleistung pro Kuh ist in diesem Zeitraum um mehr als die Hälfte gestiegen, die Schweine werden in kürzerer Zeit gemästet. Gleichzeitig sind seit 1950 in der Landwirtschaft rund 1 Mio. Betriebe vernichtet worden, im gesamten Ernährungsbereich (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Tierhaltung) arbeiten etwa 3,5 Mio. Erwerbstätige weniger. Der Abzug von Arbeitskräften aus dem landwirtschaftlichen Bereich bedeutet, daß weniger gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit für die Produktion von Lebensmitteln verwendet

97,9% – 78%), ist eher Folge der weiteren internationalen Arbeitsteilung und nicht Ergebnis des Abzugs von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft in die Industrie.

Kann man mit diesen Daten relativ leicht einen Fortschritt in der Produktivitätsentwicklung messen, so sagen sie jedoch noch nichts über den Grad der Produktivität aus, ob er dem gesellschaftlichen Durchschnitt entspricht oder ob er unterdurchschnittlich ist. Bürgerliche Ökonomen behaupten, daß erst der Kapitalismus die Landwirtschaft zur Blüte gebracht hat. Anhand der Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen weisen sie gestiegene Arbeitsproduktivität in Landwirtschaft und Industrie nach. Während danach von 1963 bis 1973 jährlich die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft mit plus 7,5% um 1,5% über

trachtung der Kapitalseite und der Zusammensetzung des Kapitals nach variablem und konstantem ist die Frage nach dem Grad der Produktivität in der Landwirtschaft, ob gesellschaftlich durchschnittlich oder unterdurchschnittlich, nicht lösbar.

Karl Marx schreibt im Kapital: ,,Ist das Kapital in einer bestimmten Produktionssphäre niedriger zusammengesetzt als das gesellschaftliche Durchschnittskapital, so ist dies zunächst nur ein andrer Ausdruck dafür, daß die Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit in dieser besondern Produktionssphäre unter dem Durchschnittsniveau steht; denn die erreichte Stufe der Produktivität stellt sich dar in dem relativen Übergewicht des konstanten Kapitalteils über den variablen oder in der beständigen Abnahme des von einem gegebnen Kapital in Arbeitslohn

trug der Anteil des landwirtschaftlichen Sektors 1960 6,6%, des warenproduzierenden Gewerbes 25,2%; bis 1976 halbierte sich der Bestand der Land- und Forstwirtschaft nahezu mit 3,7%, der des warenproduzierenden Gewerbes sinkt geringfügig auf 22%. Vom Bestand nur der Ausrüstungen entfielen 1960 11,3% auf die Landwirtschaft, 1976 nach kontinuierlicher Abnahme seit 1966 nur noch 7,8%. Das warenproduzierende Gewerbe steigerte seinen Anteil von 55,8% auf 57,8%. Deutlich wird, daß eine Verlagerung von Kapital in die Industrie stattgefunden hat. Die Akkumulationsrate des in der Landwirtschaft eingesetzten Kapitals muß unter der in der Industrie liegen, worauf auch die jährlichen Veränderungen bei den Anlageinvestitionen hinweisen, die bis 1974 durchweg unter denen der Industrie liegen, in den Jah-

gih. Der Rückgang der Absatzzahlen für Landmaschinen und Ackerschlepper hat sich im Verlauf des zweiten Halbjahres weiter verstärkt. So ist die Zahl der Neuzulassungen um mehr als 20% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum gesunken. Gleichzeitig sanken die Auftragseingänge um 21% bei Landmaschinen und um 18% bei Schleppern. Die Auslandsaufträge sind im dritten Quartal bei Landmaschinen um 10% und bei Schleppern um 22% zurückgegangen. Die führenden Landmaschinen- und Ackerschlepper-Kapitalisten haben Kurzarbeit angemeldet oder schon durchgeführt. Fendt. Für Dezember wurde Kurzarbeit angemeldet. Deutsche International Harvester Company. Ab November soll hier ,,für einige Wochen" kurzgearbeitet werden. Claas. Hier wurde bereits im September 5 Tage kurzgearbeitet und nun sollen 5 weitere Tage folgen.

Ekuador bringt US-Thunfisch-Trawler auf

coi. Im Laufe der letzten Wochen hat die ekuadorianische Küstenwache elf US-Thunfisch-Trawler innerhalb der Zweihundertmeilenzone aufgebracht, den Fang beschlagnahmt und Strafen von insgesamt 3 Mio. Dollar verhängt. ,,Der Thun ist eine Art Meeresvagabund mit besonderen Wandereigenschaften, so daß er nicht Eigentum eines Landes sein kann", begründeten die US-Imperialisten im Juli ihre Weigerung, die Thunfisch-Fischereizone über 12 Meilen hinaus anzuerkennen; im Sommer hatte Mexiko nur mit wiederholten Maßnahmen gegen Trawler die USA zur Respektierung seiner Fischereizone zwingen können. Den südamerikanischen Pazifikanrainern geht es um den Schutz ihrer Thunfischerei. 70% des Welt-Thunfischfangs stammen aus dem Pazifik, 60% davon werde von der US-Flotte eingeholt.

Bundeskonferenz der Bürgerinitiativen

rew. Am Samstag, dem 29.11.80, findet in Bremen eine Bundeskonferenz der Bürgerinitiativen der Anti-AKW-Bewegung statt. (Beginn 11 Uhr, Universität Bremen. Kontakt in Bremen: BBA-Laden Ostertorsteinweg 43, Tel. 0421/327530) Folgende Themenschwerpunkte sind bisher festgelegt worden, die voraussichtlich in Arbeitsgruppen verhandelt werden sollen: 1) Auswertung der Aktion 1004 in Gorleben – Haben sich die Organisationsstrukturen bewährt? – Was hat die Aktion für den Widerstand insgesamt gebracht? – Strategie von Staat und Polizei 2) Neues Entsorgungskonzept der Bundesregierung. 3) Energie-Politik der Regierung. – Energiesparkampagne, alternative Energien. 4) Atomprogramm und atomare Rüstung. – Krieg ums Öl? – Zusammenarbeit mit der antimilitaristischen Bewegung. 5) AG Kriminalisierung. 6) Neue Genehmigungsverfahren für AKWs. 7) Arbeit mit Filmen. Auf der Göttinger Vorbereitungskonferenz wurde noch als Schwerpunkt vorgeschlagen: (in etwa) Krise der Bewegung.

schaftliches Einkommen versteuert. Gleichzeitig wird ihm jedoch bei der Lohnzahlung im Betrieb die Lohnsteuer einbehalten. Diese betrug in dem obigen Fall bei der günstigen Steuerklasse III immerhin noch 1412 DM und war damit fast doppelt so hoch wie die insgesamt zu zahlende Einkommensteuer des Nebenerwerbsbauern. Ihm mußte also ein großer Teil der zu-

sion. Jetzt kassiert der Staat nicht nur die volle Lohnsteuer, sondern zusätzlich fast den gesamten Betrag, den der Bauer früher als gesamte Einkommensteuer zu entrichten hatte. Durchaus ein Weg, über die Steuern die Arbeiterbauern zu Arbeitern zu machen und damit die landwirtschaftliche Haldenproduktion über den Staat ,,naturwüchsig" abzubauen.

sind sie jedoch ebenso drastisch erhöht.

Bauern, deren Hof in seinen Erträgen und seiner Ausstattung knapp unter der jeweiligen Grenze der Buchführungspflicht liegt, bietet der Staat als Mittel gegen die hohe Besteuerung die freiwillige Buchführung an. Das ver-

20000 DM, hat er Pech gehabt und er bekommt nicht die vollen 2000 DM angerechnet. Bei den Nebenerwerbsbauern geht sein Arbeitslohn zwar in die Berechnung des Prozentsatzes mit ein, fällt aber dann bei der Umrechnung auf den Steuerabzug völlig heraus. So können die Nebenerwerbsbauern in den seltensten Fällen auf den vollen Steuerabzug kommen.

Kapital in der Landwirtschaft und in der Industrie

Grad der Produktivität der Landwirtschaft nähert sich der industriellen Produktion an

brp. Unleugbar hat es in den letzten 30 Jahren Produktivitätssteigerungen in der Landwirtschaft gegeben. Von 1950 bis 1978 konnten die Ernteerträge pro ha bei Roggen von 23,5 dt auf 37,8 dt erhöht werden, die Erträge bei Runkelrüben haben sich mit 967,1 dt/ha mehr als verdoppelt, die Milchleistung pro Kuh ist in diesem Zeitraum um mehr als die Hälfte gestiegen, die Schweine werden in kürzerer Zeit gemästet. Gleichzeitig sind seit 1950 in der Landwirtschaft rund 1 Mio. Betriebe vernichtet worden, im gesamten Ernährungsbereich (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Tierhaltung) arbeiten etwa 3,5 Mio. Erwerbstätige weniger. Der Abzug von Arbeitskräften aus dem landwirtschaftlichen Bereich bedeutet, daß weniger gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit für die Produktion von Lebensmitteln verwendet werden muß, was einen Fortschritt in der gesamten gesellschaftlichen Produktivität ausdrückt. Es zeugt ebenfalls von einem gewissen gesellschaftlichen Reichtum, daß der Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt zurückgeht. 1950 trug der landwirtschaftliche Bereich mit 10,2% zum Bruttoinlandsprodukt bei (Industrie 49,6%), 1960 mit 5,7% (Industrie 54,4%), 1970 mit 3,1% (Industrie 54,9%) und 1977 mit nur 2,8% (Industrie 48%). Daß sich der Selbstversorgungsgrad mit Nahrungsmitteln seit 1950 im großen und ganzen verschlechtert hat (Getreide: 76,7% 1950 – 75% 1977/78; Kartoffeln: 97% – 92%; Zucker: 75,2% – 87%; Fleisch: 97,9% – 78%), ist eher Folge der weiteren internationalen Arbeitsteilung und nicht Ergebnis des Abzugs von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft in die Industrie.

Kann man mit diesen Daten relativ leicht einen Fortschritt in der Produktivitätsentwicklung messen, so sagen sie jedoch noch nichts über den Grad der Produktivität aus, ob er dem gesellschaftlichen Durchschnitt entspricht oder ob er unterdurchschnittlich ist. Bürgerliche Ökonomen behaupten, daß erst der Kapitalismus die Landwirtschaft zur Blüte gebracht hat. Anhand der Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen weisen sie gestiegene Arbeitsproduktivität in Landwirtschaft und Industrie nach. Während danach von 1963 bis 1973 jährlich die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft mit plus 7,5% um 1,5% über der der übrigen Wirtschaftsbereiche gelegen hat, hätte sich im Zeitraum von 1968 bis 1978 der Abstand vergrößert auf 2,6% bei insgesamt gesunkenen jährlichen Steigerungsraten (Landwirtschaft 5,9%; übrige Wirtschaftszweige 3,3%). In die Bruttowertschöpfung gehen jedoch variable wie konstante Kapitalteile ein, außerdem noch Steuern und Subventionen, so daß nicht genau auszumachen ist, was genau die Erhöhung der Bruttowertschöpfung ausmacht. Selbst bei der Nettowertschöpfung, die nur noch den produzierten Neuwert darstellt, läßt sich bei einer Veränderung nicht sagen, welche Seite, ob der Lohn oder der Profit, sich verändert hat. Ohne Betrachtung der Kapitalseite und der Zusammensetzung des Kapitals nach variablem und konstantem ist die Frage nach dem Grad der Produktivität in der Landwirtschaft, ob gesellschaftlich durchschnittlich oder unterdurchschnittlich, nicht lösbar.

Karl Marx schreibt im Kapital: ,,Ist das Kapital in einer bestimmten Produktionssphäre niedriger zusammengesetzt als das gesellschaftliche Durchschnittskapital, so ist dies zunächst nur ein andrer Ausdruck dafür, daß die Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit in dieser besondern Produktionssphäre unter dem Durchschnittsniveau steht; denn die erreichte Stufe der Produktivität stellt sich dar in dem relativen Übergewicht des konstanten Kapitalteils über den variablen oder in der beständigen Abnahme des von einem gegebnen Kapital in Arbeitslohn ausgelegten Bestandteils. Ist umgekehrt das Kapital in einer bestimmten Produktionssphäre höher zusammengesetzt, so drückt dies eine über dem Durchschnittsniveau stehende Entwicklung der Produktivkraft aus ... Ist die Entwicklung des Kapitals in der eigentlichen Agrikultur niedriger als die des gesellschaftlichen Durchschnittskapitals, so würde dies prima facie ausdrücken, daß in Ländern entwickelter Produktion die Agrikultur nicht in demselben Grade fortgeschritten ist wie die verarbeitende Industrie." (MEW, Kapital Bd. 3, S. 767/768) Vom Bestand des gesamten gesellschaftlichen konstanten Kapitals, das in Anlagen verauslagt wurde, betrug der Anteil des landwirtschaftlichen Sektors 1960 6,6%, des warenproduzierenden Gewerbes 25,2%; bis 1976 halbierte sich der Bestand der Land- und Forstwirtschaft nahezu mit 3,7%, der des warenproduzierenden Gewerbes sinkt geringfügig auf 22%. Vom Bestand nur der Ausrüstungen entfielen 1960 11,3% auf die Landwirtschaft, 1976 nach kontinuierlicher Abnahme seit 1966 nur noch 7,8%. Das warenproduzierende Gewerbe steigerte seinen Anteil von 55,8% auf 57,8%. Deutlich wird, daß eine Verlagerung von Kapital in die Industrie stattgefunden hat. Die Akkumulationsrate des in der Landwirtschaft eingesetzten Kapitals muß unter der in der Industrie liegen, worauf auch die jährlichen Veränderungen bei den Anlageinvestitionen hinweisen, die bis 1974 durchweg unter denen der Industrie liegen, in den Jahren 1975 und 1976 allerdings höher sind. Die Vorleistungen sind für die Landwirtschaft seit 1960 um 10% auf 48,7% des Produktenwerts gestiegen. Sie liegen damit unter denen des warenproduzierenden Gewerbes mit 60,2%, das allerdings nur eine 2prozentige Zuwachsrate in diesem Zeitraum zu verzeichnen hat. Daß die Vorleistungen in der Landwirtschaft eine so hohe Steigerungsrate haben, zeigt die weitere Einbeziehung der Landwirtschaft in die industrielle Produktion.

1950 betrug das Kapital im landwirtschaftlichen Sektor, verauslagt in Ausrüstungen, pro Kopf der Erwerbstätigen 1006 DM (in Preisen von 1970), die pro Kopf-Ausrüstungen im warenproduzierenden Gewerbe betrugen 4891 DM. Bis 1960 steigerte die Landwirtschaft die pro Kopf-Ausrüstungen auf 4160 DM (warenproduzierendes Gewerbe: 5913 DM). 1976 machten sie in der Landwirtschaft dann 25588 DM pro Kopf der Erwerbtätigen aus, kaum weniger als im warenproduzierenden Gewerbe mit 29168 DM. Die pro Kopf-Ausrüstungen in der Landwirtschaft näherten sich vor allem in den ersten 10 Jahren bis 1960 sprunghaft denen des warenproduzierenden Gewerbes an, von 20,5% 1950 auf 70,3%. Bis 1976 hat sich dieser Prozeß abgeschwächt weiter fortgesetzt. Das in der Landwirtschaft pro Erwerbstätigem eingesetzte fixe Kapital macht inzwischen 87,7% des in der Industrie eingesetzten fixen Kapitals aus. Die organische Zusammensetzung des Kapitals konnte in der Landwirtschaft gesteigert werden und nähert sich der industriellen Produktion an. Der Grad der Produktivität ist gestiegen, aber immer noch gesellschaftlich unterdurchschnittlich.



Zur Steigerung der Produktivität in der Sauenhaltung haben sich Sauenkooperationen vor allem in Norddeutschland gebildet, dort gibt es über 1000 Betriebe mit jeweils über 400 Mastplätzen.

IG Metall: Beratungen der Lohn- und Gehaltsforderungen beginnen

ped. Über die Klausurtagung des Vorstandes am 27./28.10. ist die Vorbereitung der Tarifbewegung eingeleitet. Bis Ende November finden Tarifkommissions- und Vertreterversammlung statt. Ende November, Anfang Dezember werden die Vertrauenskörper und die Mitglieder auf betrieblichen Versammlungen beschließen. Am 8.12. berät der Vorstand erneut, und in der Woche vom 15. bis 19.12. werden die bezirklichen Tarifkommissionen endgültig die Forderungen beschließen.

,,Die IGM wird wie bisher auf der Forderung nach einem vollen Preissteigerungsausgleich bestehen'', schreibt der Vorstand als Ergebnis seiner Klausurtagung. Zugleich wurde den Bezirksleitern eine ,,klassische Lohnforderung'', eine Prozentforderung von 8% empfohlen. ,,Vorstöße auf dem Feld der Entgeltdifferenzierung würden auf mittlere Sicht gewinnen'', heißt es in der Presseerklärung zu dieser Absage an eine überproportionale Erhöhung der unteren Lohngruppen. Die Kapitalisten haben gleich Morgenluft geschnuppert: , Aufgabe der bisherigen Lohnformel (Preissteigerungsrate + Produktivitätssteigerung + Umverteilungsbonus) sowie der Kaufkrafttheorie durch die IGM', triumphieren sie.

Auf den bisherigen IGM-Versammlungen ist der Vorstandsvorschlag keineswegs geschluckt worden. Dafür gibt es gute Argumente. Ein reiner Inflationsausgleich ist zu niedrig, würde eine Senkung des Werts der Arbeitskraft bedeuten, denn über die Preise hinaus wachsen die Versicherungsabgaben und der Verschleiß durch die gestiegene Ausbeutung. Es bedarf als Ausgleich dieser realen Kosten einer realen Erhöhung der Löhne. Für die unteren Lohngruppen, wo Zulagenstreichungen mit der Krise und die Inflation überproportional wirken, zugleich die Konkurrenz der Arbeitslosen am meisten drückt, bedarf es einer überproportionalen Anhebung. 10% und für die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen eine stärkere Erhöhung durch eine Festgeldkomponente sind notwendig.

Köln, 6.11.8. Vertrauensleuteversammlung der Verwaltungsstelle Köln. Die Verwaltungsstelle hatte eine Resolution erarbeitet, in der gegen die Lohnvorstellungen Gesamtmetalls und das Regierungsprogramm Stellung genommen wurde und eine 8%-Forderung zum Ausgleich der Preissteigerungsrate genannt wurde. Die Versammlung sprach sich gegen die 8% aus. Genannt wurden 11 bis 12% und Sockel und Prozent als Forderungsart.

Kleve, 6.11.80. Geschäftsführerkonferenz Nordrhein-Westfalen. Forderungen von 5 bis 8% wurden unter der Annahme, daß sie zu 75% durchgesetzt würden, auf die Löhne durchgerechnet. Ergebnis war, daß jeweils die Kaufkraft der Löhne mit diesen Ergebnissen sinken würde, was aber nach Auffassung der Konferenz nicht als Ergebnis am Ende der Tarifbewegung herauskommen dürfe.

Nordverbund, 8.11.80. Versammlung der Vertrauensleutekörpervorsitzenden nordwestliches Niedersachsen, Unterweser, Hamburg, Schleswig-Holstein. Bezirksleiter vom Steeg sprach sich für eine überproportionale Anhebung der unteren Lohngruppen aus, wofür es im Nordverbund eine starke Bereitschaft gäbe. Zum Volumen äußerte er, daß es wohl nicht über den 10,5% des letzten Jahres liegen könne, eher darunter. Im Fernsehen äußerte vom Steeg wiederholt, daß die IGM auf einen Arbeitskampf vorbereitet sei.

Hessen, 10.11.80. Große Tarifkommission. ,,Erste Entscheidung: Unten mehr anheben!'' Unter dieser Überschrift heißt es in den Metall-Nachrichten des Bezirks vom 11.11.80: ,,Die Große Tarifkommission diskutierte ausführlich die Struktur der Forderungen für die Tarifbewegung. An der Diskussion beteiligten sich 23 Kolleginnen und Kollegen mit 34 Redebeiträgen. Ergebnis: *Alle* waren sich einig darüber, daß es gilt, die Realeinkommen der Arbeitenden auch unter schwierigen Bedingungen zu sichern und die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen besonders anzuheben.'' Aus der Diskussion: ,,Die Lohngruppen 2 bis 5 müssen einheitlich erhöht werden.'' ,,Für die Lohngruppen von 6 (Ecklohn) abwärts einen gleichen Geldbetrag, darüber eine prozentuale Erhöhung''. ,,Weitere Tarifbewegungen können wir uns nicht leisten, in denen diese Forderung untergeht.''

Funktionärsversammlung der IGM in Hamburg. Am 15.11. fand die große Funktionärsversammlung der IG-Metall mit ca. 500 Teilnehmern statt. Hauptthema war die diesjährige Tarifbewegung. Im Referat und Schlußwort vom Vorstandsmitglied Janßen und in der Diskussion wurde eingeschätzt, daß die diesjährige Tarifbewegung auf noch härteren Widerstand seitens Gesamtmetall stoßen werde. Über die Höhe der Forderung wurde noch wenig gesprochen, in vielen Beiträgen wurde jedoch die Forderung nach Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen bekräftigt. Außerdem verabschiedete die Versammlung eine Solidaritätserklärung für die angeklagten IG-Druck-Funktionäre, bekräftigte die Stellungnahme des Gewerkschaftstages gegen den Militärputsch in der Türkei und solidarisierte sich mit den bolivianischen Gewerkschaften. Eine Sammlung dazu erbrachte über 1600 DM.

Generalstreik in Griechenland

Erster Generalstreik seit 30 Jahren / 15% Lohnerhöhung bei 25% Inflation

nik. 1,5 Mio. Arbeiter und Angestellte folgten am 10.11. dem Aufruf des griechischen Gewerkschaftsbundes (GSEE) und beteiligten sich an dem ersten Generalstreik seit 30 Jahren. In den größeren Städten des Landes fanden Demonstrationen mit Zehntausenden von Arbeitern und Angestellten statt. Eine Auflistung der beteiligten Gewerke zeigt den Massenumfang der Beteiligung an diesem Generalstreik, der im ganzen Land, selbst nach amtlichen Schätzungen, mit 80–100% befolgt wurde:

Banken, Versicherungen, Elektrizitätswerke, Fernmeldeeinrichtungen, Kommunal- und Gemeindeverwaltungen, Post, Krankenhäuser, Soziale Krankenversicherung, Schulen (Gymnasien, Berufsschulen, Hochschulen), öffentlicher Nah- und Fernverkehr, Eisenbahnen (außer in Nordgriechenland), Luft- und Schiffsverkehr, Baubranche, Druck, öffentlicher Dienst, Handel, Industrie, Hotels und Gaststätten. Dieser Generalstreik ist die Zuspitzung einer Reihe von Kämpfen und Streiks der letzten Monate.

Der GSEE, als gewerkschaftliches Organ teils unter der Kontrolle der Regierung und um seinen Einfluß auf die verschiedenen Arbeiterorganisationen fürchtend, rief zum 24stündigen Generalstreik auf – trotz der Regierungsansprache des Ministerpräsidenten Rallis am Vorabend des Generalstreiks, der ,,gemeinsame Opfer zur Sanierung der Wirtschaft forderte'' –, und bekam die Unterstützung aller ansonsten ziemlich zersplitterten gewerkschaftlichen Organe der griechischen Arbeiterklasse. Das geschah, weil der GSEE nicht mehr umhin konnte, Forderungen, die seit langem stehen und für die bereits gekämpft wird, nicht zu berücksichtigen. Gefordert wird:

– ab dem 1.1.81 die automatische Anpassung der Löhne und Gehälter an die Inflationsrate bei ¼jähriger Überprüfung der Ist-Teuerungsrate. Das Koppeln der Lohntariferhöhungen an die Inflationsrate soll als Schranke dienen gegen eine weitere Verschlechterung der Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung; ohne ausdrücklich auf weitere Lohnerhöhungen zu verzichten. Sowohl die Regierung als auch die Kapitalistenverbände weigern sich, einen Lohnausgleich für 1980 zu zahlen, obwohl die Inflation mit jetzt 25% die Voraussagen und damit die Lohnabschlüsse, die bei 15% lagen, bereits seit Monaten überholt hat.

– Gleichzeitige Erhöhung der Renten mit den Löhnen, mindestens um die Inflationsrate;

– Einführung der Fünftage-, 40-Stunden-Woche in der Privatwirtschaft. Das Angebot der Regierung für die Fünftagewoche im öffentlichen Dienst ohne die 40-Stunden-Woche ist unannehmbar.

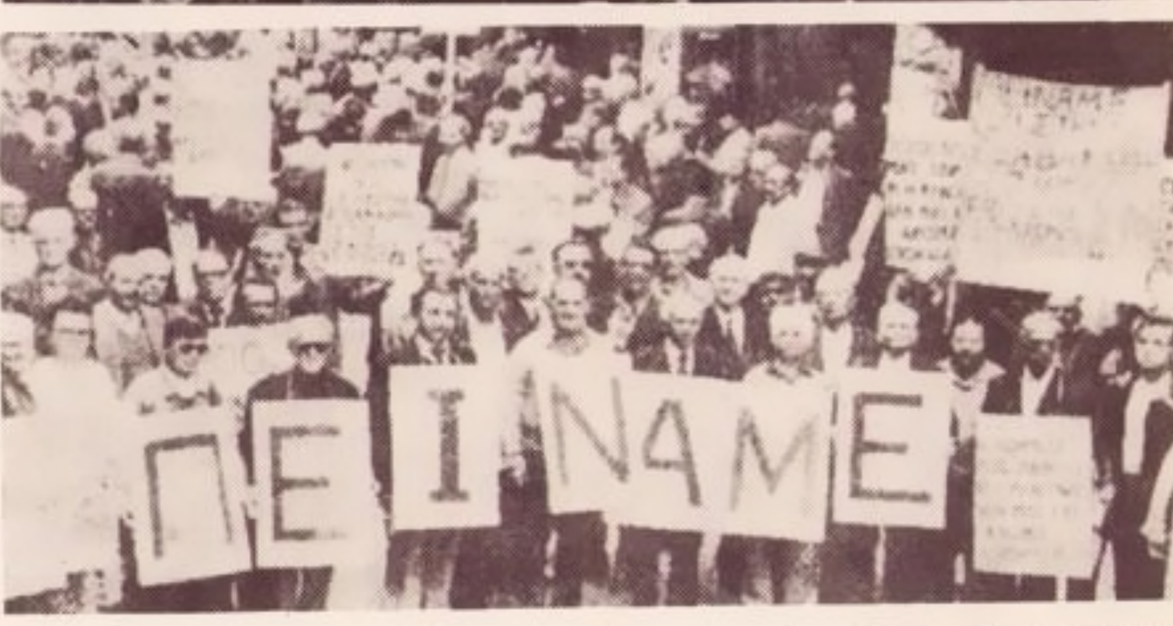
– Steuererleichterungen für niedrige Einkommen; keine Steuervergünstigungen für die großen Monopole.

– Abschaffung der Gesetzesbestimmungen, die die Zwangsschlichtung verordnen, den Streikbruch begünstigen und die gewerkschaftliche Organisierung der staatlichen Kontrolle unterwerfen.

Auf einer Pressekonferenz erklärte das Koordinierungskomitee der Organisation der Angestellten im öffentlichen Dienst: ,,. . . die Lohnabhängigen haben in den letzten 2 Jahren 35% ihrer Kaufkraft verloren. Die 100 größten Unternehmungen aber haben ihre Gewinne um 132% steigern können. Die Steuerhinterziehung wird auf ca. 100 Mrd. Dr. (etwa 4,2 Mrd. DM) geschätzt. Die Inflation knabbert nur am Einkommen der Lohnabhängigen . . . Wiederherstellung der Kaufkraft bei 35% mehr Lohn bezogen auf den mittleren Lohn der Tarifskala.''

Bei vielen Nahrungsmitteln stiegen zum 1.11. erneut die Preise. So bei Kalbfleisch um 20%, bei Hühnern um 16%, und für den Dezember sind Preiserhöhungen bei Milchprodukten angesagt mit der Begründung des langsamen Angleichs an die EG-Preise. Die Fahrpreise sollen um 50%, Wassergebühren um 20%, Postgebühren um 40% und Telefongebühren um 20% demnächst wieder erhöht werden. Das Regierungsangebot, den gesetzlich garantierten Mindestlohn auf 15000 Drachmen (etwa 625 DM) pro Monat festzulegen, wird große Teile der ungelernten Arbeiter direkt ins Elend stürzen. Die Massendemonstrationen, aber vor allem das erfolgreiche Befolgen des Streikaufrufs des GSEE, der bislang kein großes Ansehen innerhalb der griechischen Arbeiterbewegung genoß, haben gezeigt, daß die Spaltung der griechischen Arbeiterbewegung in Richtungsgewerkschaften und Standesorganisationen praktisch überwunden werden kann.





Oben: Über 3 Stunden zog die Demonstration von mehreren Hunderttausend vor dem Parlamentsgebäude in Athen vorbei. *Unten:* ,,Wir hungern'', ,,Renten in Höhe von 80% des Lohns eines Ungelernten''. Mit diesen und ähnlichen Forderungen demonstrierten 5 Tage vor dem Generalstreik über 3000 Rentner in Athen gegen die Festsetzung der Mindestrente auf 6850 Dr.

Auf den bisherigen IGM-Versammlungen ist der Vorstandsvorschlag keineswegs geschluckt worden. Dafür gibt es gute Argumente. Ein reiner Inflationsausgleich ist zu niedrig, würde eine Senkung des Werts der Arbeitskraft bedeuten, denn über die Preise hinaus wachsen die Versicherungsabgaben und der Verschleiß durch die gestiegene Ausbeutung. Es bedarf als Ausgleich dieser realen Kosten einer realen Erhöhung der Löhne. Für die unteren Lohngruppen, wo Zulagenstreichungen mit der Krise und die Inflation überproportional wirken, zugleich die Konkurrenz der Arbeitslosen am meisten drückt, bedarf es einer überproportionalen Anhebung. 10% und für die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen eine stärkere Erhöhung durch eine Festgeldkomponente sind notwendig.

Köln, 6.11.8. Vertrauensleuteversammlung der Verwaltungsstelle Köln. Die Verwaltungsstelle hatte eine Resolution erarbeitet, in der gegen die Lohnvorstellungen Gesamtmetalls und das Regierungsprogramm Stellung genommen wurde und eine 8%-Forderung zum Ausgleich der Preissteigerungsrate genannt wurde. Die Versammlung sprach sich gegen die 8% aus. Genannt wurden 11 bis 12% und Sockel und Prozent als Forderungsart.

Kleve, 6.11.80. Geschäftsführerkonferenz Nordrhein-Westfalen. Forderun-

men der Arbeitenden auch unter schwierigen Bedingungen zu sichern und die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen besonders anzuheben.'' Aus der Diskussion: ,,Die Lohngruppen 2 bis 5 müssen einheitlich erhöht werden.'' ,,Für die Lohngruppen von 6 (Ecklohn) abwärts einen gleichen Geldbetrag, darüber eine prozentuale Erhöhung''. ,,Weitere Tarifbewegungen können wir uns nicht leisten, in denen diese Forderung untergeht.''

Funktionärsversammlung der IGM in Hamburg. Am 15.11. fand die große Funktionärsversammlung der IG-Metall mit ca. 500 Teilnehmern statt. Hauptthema war die diesjährige Tarifbewegung. Im Referat und Schlußwort vom Vorstandsmitglied Janßen und in der Diskussion wurde eingeschätzt, daß die diesjährige Tarifbewegung auf noch härteren Widerstand seitens Gesamtmetall stoßen werde. Über die Höhe der Forderung wurde noch wenig gesprochen, in vielen Beiträgen wurde jedoch die Forderung nach Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen bekräftigt. Außerdem verabschiedete die Versammlung eine Solidaritätserklärung für die angeklagten IG-Druck-Funktionäre, bekräftigte die Stellungnahme des Gewerkschaftstages gegen den Militärputsch in der Türkei und solidarisierte sich mit den bolivianischen Gewerkschaften. Eine Sammlung dazu erbrachte über 1600 DM.

sprache des Ministerpräsidenten Rallis am Vorabend des Generalstreiks, der ,,gemeinsame Opfer zur Sanierung der Wirtschaft forderte'' –, und bekam die Unterstützung aller ansonsten ziemlich zersplitterten gewerkschaftlichen Organe der griechischen Arbeiterklasse. Das geschah, weil der GSEE nicht mehr umhin konnte, Forderungen, die seit langem stehen und für die bereits gekämpft wird, nicht zu berücksichtigen. Gefordert wird:

– ab dem 1.1.81 die automatische Anpassung der Löhne und Gehälter an die Inflationsrate bei ¼jähriger Überprüfung der Ist-Teuerungsrate. Das Koppeln der Lohntariferhöhungen an die Inflationsrate soll als Schranke dienen gegen eine weitere Verschlechterung der Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung; ohne ausdrücklich auf weitere Lohnerhöhungen zu verzichten. Sowohl die Regierung als auch die Kapitalistenverbände weigern sich, einen Lohnausgleich für 1980 zu zahlen, obwohl die Inflation mit jetzt 25% die Voraussagen und damit die Lohnabschlüsse, die bei 15% lagen, bereits seit Monaten überholt hat.

– Gleichzeitige Erhöhung der Renten mit den Löhnen, mindestens um die Inflationsrate;

– Einführung der Fünftage-, 40-Stunden-Woche in der Privatwirtschaft. Das Angebot der Regierung für die

Oben: Über 3 Stunden zog die Demonstration von mehreren Hunderttausend vor dem Parlamentsgebäude in Athen vorbei. *Unten:* ,,Wir hungern'', ,,Renten in Höhe von 80% des Lohns eines Ungelernten''. Mit diesen und ähnlichen Forderungen demonstrierten 5 Tage vor dem Generalstreik über 3000 Rentner in Athen gegen die Festsetzung der Mindestrente auf 6850 Dr.

Fünftagewoche im öffentlichen Dienst ohne die 40-Stunden-Woche ist unannehmbar.

– Steuererleichterungen für niedrige Einkommen; keine Steuervergünstigungen für die großen Monopole.

– Abschaffung der Gesetzesbestimmungen, die die Zwangsschlichtung verordnen, den Streikbruch begünstigen und die gewerkschaftliche Organisierung der staatlichen Kontrolle unterwerfen.

Auf einer Pressekonferenz erklärte das Koordinierungskomitee der Organisation der Angestellten im öffentlichen Dienst: ,,. . . die Lohnabhängigen haben in den letzten 2 Jahren 35% ihrer Kaufkraft verloren. Die 100 größten Unternehmungen aber haben ihre Gewinne um 132% steigern können. Die Steuerhinterziehung wird auf ca. 100 Mrd. Dr. (etwa 4,2 Mrd. DM) geschätzt. Die Inflation knabbert nur am Einkommen der Lohnabhängigen . . . Wiederherstellung der Kaufkraft bei 35% mehr Lohn bezogen auf den mittleren Lohn der Tarifskala.''

Bei vielen Nahrungsmitteln stiegen zum 1.11. erneut die Preise. So bei Kalbfleisch um 20%, bei Hühnern um 16%, und für den Dezember sind Preiserhöhungen bei Milchprodukten angesagt mit der Begründung des langsamen Angleichs an die EG-Preise. Die Fahrpreise sollen um 50%, Wassergebühren um 20%, Postgebühren um 40% und Telefongebühren um 20% demnächst wieder erhöht werden. Das Regierungsangebot, den gesetzlich garantierten Mindestlohn auf 15000 Drachmen (etwa 625 DM) pro Monat festzulegen, wird große Teile der ungelernten Arbeiter direkt ins Elend stürzen. Die Massendemonstrationen, aber vor allem das erfolgreiche Befolgen des Streikaufrufs des GSEE, der bislang kein großes Ansehen innerhalb der griechischen Arbeiterbewegung genoß, haben gezeigt, daß die Spaltung der griechischen Arbeiterbewegung in Richtungsgewerkschaften und Standesorganisationen praktisch überwunden werden kann.

HBV Fachgruppe Buchhandel und Verlage: PLO anerkennen

ebn. Die Mitgliederversammlung der Fachgruppe Buchhandel und Verlage der HBV in Hamburg hat am 10.11. einen Antrag verabschiedet, mit dem der Kampf des palästinensischen Volkes unterstützt wird. Insbesondere wird von der Bundesregierung die Anerkennung des Rechtes des palästinensischen Volkes auf Rückkehr in sein Land, auf Selbstbestimmung und auf Errichtung eines eigenen Staates in Palästina gefordert sowie die Anerkennung der PLO als einzig legitime Vertretung des palästinensischen Volkes. Weiterhin wurde der Ortverwaltungsvorstand der HBV aufgefordert, innerhalb des nächsten halben Jahres eine Veranstaltung durchzuführen, zu der ein Vertreter der Bonner PLO-Vertretung eingeladen werden soll. Vor ein paar Wochen hatte bereits die IGM-Jugend einen ähnlichen Beschluß gefaßt, und die Kreisjugendkonferenz hat ebenfalls die Durchführung einer Veranstaltung mit einem PLO-Vertreter beschlossen.

Kölner Treffen von Frauen in Medienberufen

grr. Vom 7. bis 9. November fand in Köln das ,,Herbsttreffen der Medienfrauen'' statt. Etwa 300 Frauen, überwiegend aus den Rundfunkanstalten, nahmen daran teil. Fast in allen Rundfunkanstalten gibt es Frauengruppen. Die meisten Frauen sind in den unteren Gehaltsgruppen und den entsprechenden Berufen (Sekretärin, Cutterin, Tontechnikerin). Gefordert wurde, daß 52% der Stellen in allen Positionen sowie in den Gremien mit Frauen besetzt sein sollen. Weitere Forderungen, die die Situation der Mütter betreffen waren: – Kürzere Arbeitszeit für Mütter und Väter bei vollen Bezügen (6 Stunden täglich) bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres des Kindes. – Bevorzugte Einstellung von Frauen mit Kindern. – Mütterquotierung in allen Positionen. Frauen aus Westberlin berichteten, daß sie dort einen Frauenausschuß der Gewerkschaft RFFU gebildet haben, um die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften zu verbessern.

Druckerstreiks in der Schweiz

gih. Nach einem Streikaufruf der Gewerkschaft Druck und Papier (GDP), dem eine Urabstimmung vorausgegangen war, sind am vergangenen Mittwoch Drucker und Setzer der GDP-Sektionen Zürich, Lausanne, Neuenburg und La Chaux-de-Fonds in einen vierundzwanzigstündigen Streik getreten. Bei weiteren Druckereien im Gebiet von Bern und Graubünden kam es zu zweieinhalbstündigen Warnstreiks. Am vergangenen Donnerstag wurden in den Druckereien von Winterthur, Schaffhausen, Genf, Freiburg und an der Waadtländer Riviera ebenfalls vierundzwanzigstündige Warnstreiks durchgeführt. Mit den Kampfmaßnahmen will die GDP die Kapitalisten des Schweizerischen Verbandes graphischer Unternehmungen (SVGU) zur Wiederaufnahme der Verhandlungen über einen Manteltarifvertrag zwingen. Der letzte Manteltarifvertrag war im Frühjahr ausgelaufen.

GB: 6,8% mehr Lohn bei Leyland / Bergarbeiter 13% mehr

gih. Nachdem die Leyland-Kapitalisten gedroht hatten, den gesamten Konzern zu schließen, wenn die Gewerkschaften den für vergangenen Dienstag beschlossenen Streik durchführen würden, haben die Gewerkschaften den Streik abgesetzt und nach erneuten Verhandlungen am Mittwoch dem 6,8%-Angebot der Kapitalisten zugestimmt. Die Gewerkschaftsvertreter empfahlen der Belegschaft, in einer Urabstimmung dieses Angebot anzunehmen. Zuvor hatten sich 41642 Beschäftigte gegen und 23052 für das 6,8%-Angebot ausgesprochen. Die 6,8% liegen zwar über der von der Regierung empfohlenen Lohnleitlinie von 6%, aber weit unter der z.Zt. 16prozentigen Inflationsrate in Großbritannien. Die Lohnforderung der Gewerkschaft war 20% mehr Lohn und Gehalt. – Bei den Tarifverhandlungen im britischen Bergbau haben die Kapitalisten, die staatliche Kohlegesellschaft, ein Angebot von 13 Prozent gemacht. Der Vorstand der Bergarbeitergewerkschaft hat die Annahme des Angebots empfohlen. Die Bergarbeiter müssen nun auch in einer Urabstimmung darüber beschließen. Obwohl die Bergarbeiter damit die Lohnleitlinie bei einem 13prozentigen Abschluß durchbrechen würden, läge dieser Abschluß unterhalb der Inflationsrate.



In ganz Westdeutschland demonstrierten letzte Woche die Zeitungsredakteure für die Beschränkung der Arbeitszeit auf 40 Stunden und 5-Tage-Woche. Das Bild zeigt die Demonstration von rund 150 Redakteuren in der Essener Innenstadt. (Siehe Bericht folgende Seite)

Kurzarbeit für 75000 Fiat-Arbeiter in Italien

gih. 75000 Arbeiter und Angestellte des Fiat-Konzerns sollen zwischen Weihnachten und Neujahr kurzarbeiten. Eingeschlossen in diese Kurzarbeit sind auch die 23000 Fiat-Arbeiter, die seit dem 6. Oktober für drei Monate kurzarbeiten mußten. Für die gutgehenden Modelle ,,Panda'', ,,Ritmo Diesel'' und ,,Lancia Delta'' wird es keine Kurzarbeit geben. – Nach Schätzungen der staatlichen Lohnausgleichskasse arbeiten derzeit in Italien von rund 8 Millionen Industriearbeitern etwa 110000 kurz. Davon entfallen 23000 auf die Fiat-Arbeiter und rund 30000 auf die drei großen Elektrogeräte-Hersteller Zanussi, Indesit und IRE Philips. In der Chemie- und Chemiefaserindustrie sind es annähernd 10000, die kurzarbeiten. Weitere 5000 entfallen auf die Stahlindustrie.



Direkt nach Bekanntwerden des Beschlusses des ESTEL-Aufsichtsrats, in Dortmund kein neues Oxygenstahlwerk zu bauen, organisierten die Vertrauensleute von Hoesch eine Streikdemonstration zur Sitzung des Hoesch-Aufsichtsrates. Neben Rohwedder und NRW-Arbeitsminister Farthmann mußte Aufsichtsratsvorsitzender Kleffel, Deutsche Bank, den Arbeitern Rede und Antwort stehen.

Hoesch-Arbeiter führen Kampf gegen Entlassungen

10000 Entlassungen – 240-Mio.-Kredit für „Modernisierung der Weiterverarbeitung"

chk. Die Hoesch-Arbeiter haben die Belegschaftsversammlungen der letzten Woche dazu genutzt, um die Front im Kampf gegen die Pläne der Hoesch-Kapitalisten weiter zu stärken. Anfang des Monats hatte der ESTEL-Vorstand seinen Beschluß bekanntgegeben, das bislang geplante neue Oxygenstahlwerk in Dortmund nicht zu bauen. Für die Belegschaft heißt das weitere Massenentlassungen, allein in der Stahlerzeugung 10000. Ultimativ wurde der Aufsichtsrat aufgefordert, auf seiner nächsten Sitzung am 4. Dezember den Bau des Stahlwerks zu bewilligen. Mit einer einstimmigen Entschließung fordern die Arbeiter den Rat der Stadt Dortmund auf, noch vor dem 4.12. eine Bürgerversammlung auf dem neuen Markt durchzuführen, „denn dieser Kampf muß zur Angelegenheit aller Dortmunder Bürger werden.". Betriebsratsvorsitzender Schrade erklärte, daß er weitere Streiks zu diesem Zeitpunkt nicht ausschließe.

HBV, ÖTV, NGG und IGBE haben sich mit der IGM solidarisch erklärt, der DGB-Kreisvorstand hat Unterstützung aller Aktionen der IG Metall zugesichert. Der Kampf der Hoesch-Arbeiter findet große Unterstützung unter den Volksmassen, denn der Verlust von 10000 Arbeitsplätzen heißt für einen großen Teil der Arbeiterbevölkerung Lohnverlust, Vergrößerung der industriellen Reservearmee und zwangsweise Abwanderung bei gleichzeitiger Verödung der Region. U.a. Sportvereine und verschiedene Initiativen unterstützen die Verbreitung der Forderung der Belegschaft: „Bau des Stahlwerks – jetzt". 20000 Unterschriften wurden bis jetzt gesammelt.

Um ihre relativ ungünstige Stellung im Konkurrenzkampf gegen die anderen Stahlmonopole zu verbessern, wollen die ESTEL-Kapitalisten entscheidende Fortschritte in der Ausbeutung gegen die Stahlarbeiter durchsetzen. Mit dem Beschluß, das Oxygenstahlwerk in Dortmund nicht zu bauen, wollen sie eine umfassende Umgliederung und Rationalisierung im Gesamtkonzern einleiten. Ihr Konzept sieht die Konzentrierung der Stahlerzeugung in Ijmuiden/Holland und die Konzentrierung der Weiterverarbeitung in Dortmund bei gleichzeitiger Verringerung der Stahlproduktion insgesamt vor. Im Rahmen dieser Planung sind bereits im Oktober die beiden SM-Öfen auf Hoesch-Union, verbunden mit der Entlassung von 4200 Arbeitern, stillgelegt worden. Wird kein weiteres Stahlwerk in Dortmund gebaut, hätten sie ihre Rohstahlkapazität in Dortmund von ca. 10 Mio. Jahrestonnen auf 4,5 Mio reduziert.

Für die Hoesch-Kapitalisten hat dieses Konzept verschiedene Vorteile: „küstennahe" Stahlwerke, d.h. wesentlich geringere Transportkosten als z.B. nach Dortmund, aber auch noch niedrigere Transportkosten als die Stahlmonopole an der „Rheinschiene". Mit der Anlieferung der Rohstoffe nach Dortmund über Emden und verschiedene Umladungen im Binnenland liegen die Hoesch-Kapitalisten gegenwärtig mit 20 DM pro t über den Transportkosten ihrer Konkurrenten.

Desweiteren wollen sie mit der Konzentration der Rohstahlproduktion in Ijmuiden die Ausbeutung der Stahlarbeiter dort durch höhere Auslastung der Anlagen steigern. Augenblicklich ist das Blasstahlwerk mit 6 Konvertern mit einer Jahresproduktion von 5,5 Mio. t Rohstahl in 1979 nur zu knapp 60 % ausgelastet. Aufsichtsratsvorsitzender Kleffel erklärte, entsprechende „kurzfristige Lieferverträge zur Überbrückung" seien mit Krupp schon vereinbart. Die Möglichkeit von „langfristigen Lieferungen aus Rheinhausen" halten sich die ESTEL-Kapitalisten gegenwärtig noch offen.

Im Zuge der „absatznahen" Konzentrierung der Weiterverarbeitung in Dortmund wollen die Hoesch-Kapitalisten laut Rohwedder den 240-Millionen-Kredit „für die Modernisierung der Weiterverarbeitungsanlagen" investieren. NRW-Wirtschaftminister Jochimsen hatte nichts eiligeres zu tun als den Hoesch-Kapitalisten zuzusichern, daß der Kredit auch für diesen Zweck verwandt werden könne, überdies stehe ihnen das Geld bis einschließlich 1982 zur Verfügung. Über Aufstokkung des Kredits verhandelt die Landesregierung mit den Hoesch-Kapitalisten ab Montag.

Bekannt ist bisher, daß die Kaltwalzstraße bei Hoesch Siegerland zugunsten der besseren Nutzung der 1976 in Betrieb genommenen Walzstraße auf der Westfalenhütte stillgelegt werden soll. Dagegen streikten am 4.11. 1200 Arbeiter in Kreuztal. „Vor allen Dingen aber müssen die auf 3 Werke verteilten Betriebe in Dortmund selbst zusammengefaßt werden. Allein im Transportbereich arbeiten 1250 Beschäftigte", kündigte der Vorstand auf der Belegschaftsversammlung Entlassungen und Intensivierung der Ausbeutung auch für die weiterverarbeitenden Betriebe an.

IG Metall-Delegation in Japan

geh. Eine Delegation der IG Metall unter Leitung Eugen Loderers ist am 13.11.80 nach Japan geflogen. Sie wird dort mit Außenminister Ito, Industrie- und Handelsminister Tanaka und den Gewerkschaften Gespräche über die japanischen Exporte, insbesondere im Bereich des Fahrzeugbaus führen. Japan exportiert gegenwärtig mehr als die Hälfte seiner Autoproduktion. Die ist mit 10,5 Mio. Autos höher als die US-Produktion mit 8,5 Mio. In der BRD hat sich die Zahl der Zulassungen im 1. Halbjahr um 9,8% vermindert, der Anteil der Importe hat sich auf 25,1% gesteigert.

Anteil der Autoimporte an Neuzulassungen von PKW und Kombi (%)

Imp.Land	75	76	77	78	79	1. Hj 80
Frankr.	13,1	11,3	10,8	10,6	10,0	9,8
Italien	7,1	5,6	5,0	4,6	4,2	4,2
Japan	1,7	1,9	2,4	3,7	5,6	9,0
insges.	24,9	21,6	21,1	21,9	23,2	25,1

Bereits im „Gewerkschafter" 11/80 hatte Hans Mayr geschrieben: „Aber jetzt geht es ans ‚Eingemachte'. Die IG Metall jedenfalls wird nicht tatenlos zusehen, wenn volkswirtschaftliche Schlüsselsektoren an die Wand gedrückt werden sollten. Man kann auch als einzelnes Land zu erfolgreich sein ... Wir erwarten jedoch von der Bundesregierung, daß sie den Japanern die Notwendigkeit einer freiwilligen Selbstbeschränkung vor Augen führt." „Wir tun dies ebenso gegenüber der japanischen Regierung und den Arbeitgebern ... Eine Delegation des IG Metall-Vorstandes wird noch in diesem Monat auch der japanischen Öffentlichkeit diese unsere Vorstellungen mit aller Deutlichkeit nahebringen." „Dabei soll nicht verschwiegen werden, daß wir unsere Kollegen, insbesondere in der Automobilindustrie nahegelegt haben, ihre Arbeitszeit und Sozialleistungen den unsrigen anzunähern."

Es ist sicher nützlich, wenn der IG Metall-Vorstand die japanischen Gewerkschaften besucht und dort berät, wie man sich gegenseitig im Kampf unterstützen kann. So aber ist es peinlich. Das „Handelsblatt" stellt fest, Loderer wandele „auf des Grafen Spuren". Diese forschen Forderungen nach japanischer Exportselbstbeschränkung sind zugleich eine Beschönigung des westdeutschen Imperialismus, denn mit mehr als 1,1 Mio. Fahrzeugen haben die BRD-Automonopole im ersten Halbjahr 1980 52,9%, noch mehr als die Japaner, exportiert. Wenn sich der Vorstand um die Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Industrie bemüht, braucht er sich dann auch nicht zu wundern, wenn er Schützenhilfe kriegt und ein Vertreter der Metallkapitalisten erklärt, am ehesten werde das Ziel der Loderer Reise erreicht, wenn die IG Metall niedrige Lohnabschlüsse anstrebe.

Sowieso ist nur scheinbar die Konkurrenz die Ursache der Entlassungen. Tatsächlich ist es die weltweite Überproduktion von Kapital in der Automobilbranche. Mit der Vernichtung dieses Kapitals fallen die Arbeitsplätze fort. Die Ursache dafür liegt nicht in Japan, sondern in den Gesetzen der kapitalistischen Produktionsweise.

Gebäudereinigerhandwerk: Stundenlöhnevon 8 DM brutto für Frauen

brp. Im letzten Jahr steigerten die 1847 Betriebe im Gebäudereinigerhandwerk ihren Umsatz um 12% auf 3,2 Mrd. DM. Die Kapitalisten in der Gebäudereinigung fungieren als Lohnunternehmer, die ihre Aufträge von anderen Kapitalisten erhalten – inzwischen zu einem Drittel von der öffentlichen Verwaltung. Es ist ein lohnendes Geschäft für beide. Der heute übliche Preis für die Reinigung eines Quadratmeters beträgt monatlich 1 DM, teilweise noch darunter; er ist in den vergangenen Jahren bis zu 100% und mehr gedrückt worden. Der Gebäudereinigungskapitalist braucht wenig konstantes Kapital für Maschinerie, und er zahlt wahre Hungerlöhne, die ihm eine gehörige Ausbeutungs- und Profitrate sichern.

Von den 315000 Beschäftigten im Gebäudereinigerhandwerk Ende 1979 ist die überwiegende Mehrzahl Frauen. In Bayern liegen ihre Löhne bei 8,02 DM brutto. Im Tarifgebiet Koblenz, Trier, Montabaur mit 7,27 DM am untersten Ende der regional verschiedenen Tariflöhne. Höchster Tariflohn ist 12,22 DM – für Außenreinigung, die von Männern gemacht wird. Die Gebäudereinigung ist wenig mechanisiert.

Bis auf Staubsaugen, Bohnern und Schrubben muß alles andere von Hand verrichtet werden. Durch die Stundenvorgabe für bestimmte Objekte wird faktisch Pensumarbeit verlangt, Arbeitszeiten über die Vorgabezeit hinaus werden nicht bezahlt. Über die Verkürzung der Stundenvorgabe oder die Erhöhung der zu reinigenden Fläche versuchen die Kapitalisten, die Arbeit weiter zu intensivieren. Im Juli kam es deswegen zu einem Streik von 32 Gebäudereinigerinnen, als sie statt in 2½ Stunden jetzt in 2¼ Stunden ein Schulgebäude in Köln reinigen sollten. Sie mußten vorerst einen Kompromiß hinnehmen: 2¼ Stunden und die Viertelstunde wird gutgeschrieben. Davon erhalten sie dann Lohn während der Schulferien, wo nicht gearbeitet wird. Dieses Ergebnis weist auf ein weiteres Übel: Über Stundenverträge werden die Gebäudereinigerinnen um Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und sämtliche Sozialversicherungsabgaben gebracht, zudem erhalten sie keinen Lohn, wenn wegen Schul- und Betriebsferien ihre Arbeitskraft nicht gebraucht wird, sie selbst haben aber keinen Urlaubs- und Urlaubsgeldanspruch.

Kapitalisten weiter zu stärken. Anfang des Monats hatte der ESTEL-Vorstand seinen Beschluß bekanntgegeben, das bislang geplante neue Oxygenstahlwerk in Dortmund nicht zu bauen. Für die Belegschaft heißt das weitere Massenentlassungen, allein in der Stahlerzeugung 10000. Ultimativ wurde der Aufsichtsrat aufgefordert, auf seiner nächsten Sitzung am 4. Dezember den Bau des Stahlwerks zu bewilligen. Mit einer einstimmigen Entschließung fordern die Arbeiter den Rat der Stadt Dortmund auf, noch vor dem 4.12. eine Bürgerversammlung auf dem neuen Markt durchzuführen, „denn dieser Kampf muß zur Angelegenheit aller Dortmunder Bürger werden.". Betriebsratsvorsitzender Schrade erklärte, daß er weitere Streiks zu diesem Zeitpunkt nicht ausschließe.

HBV, ÖTV, NGG und IGBE haben sich mit der IGM solidarisch erklärt, der DGB-Kreisvorstand hat Unterstützung aller Aktionen der IG Metall zugesichert. Der Kampf der Hoesch-Arbeiter findet große Unterstützung unter den Volksmassen, denn der Verlust von 10000 Arbeitsplätzen heißt für einen großen Teil der Arbeiterbevölkerung Lohnverlust, Vergrößerung der industriellen Reservearmee und zwangsweise Abwanderung bei gleichzeitiger Verödung der Region. U.a. Sportvereine und verschiedene Initiativen unterstützen die Verbreitung der Forderung der Belegschaft: „Bau des Stahlwerks – jetzt". 20000 Unter-

dende Fortschritte in der Ausbeutung gegen die Stahlarbeiter durchsetzen. Mit dem Beschluß, das Oxygenstahlwerk in Dortmund nicht zu bauen, wollen sie eine umfassende Umgliederung und Rationalisierung im Gesamtkonzern einleiten. Ihr Konzept sieht die Konzentrierung der Stahlerzeugung in Ijmuiden/Holland und die Konzentrierung der Weiterverarbeitung in Dortmund bei gleichzeitiger Verringerung der Stahlproduktion insgesamt vor. Im Rahmen dieser Planung sind bereits im Oktober die beiden SM-Öfen auf Hoesch-Union, verbunden mit der Entlassung von 4200 Arbeitern, stillgelegt worden. Wird kein weiteres Stahlwerk in Dortmund gebaut, hätten sie ihre Rohstahlkapazität in Dortmund von ca. 10 Mio. Jahrestonnen auf 4,5 Mio reduziert.

Für die Hoesch-Kapitalisten hat dieses Konzept verschiedene Vorteile: „küstennahe" Stahlwerke, d.h. wesentlich geringere Transportkosten als z.B. nach Dortmund, aber auch noch niedrigere Transportkosten als die Stahlmonopole an der „Rheinschiene". Mit der Anlieferung der Rohstoffe nach Dortmund über Emden und verschiedene Umladungen im Binnenland liegen die Hoesch-Kapitalisten gegenwärtig mit 20 DM pro t über den Transportkosten ihrer Konkurrenten.

Desweiteren wollen sie mit der Konzentration der Rohstahlproduktion in Ijmuiden die Ausbeutung der Stahlar-

zender Kleffel erklärte, entsprechende „kurzfristige Lieferverträge zur Überbrückung" seien mit Krupp schon vereinbart. Die Möglichkeit von „langfristigen Lieferungen aus Rheinhausen" halten sich die ESTEL-Kapitalisten gegenwärtig noch offen.

Im Zuge der „absatznahen" Konzentrierung der Weiterverarbeitung in Dortmund wollen die Hoesch-Kapitalisten laut Rohwedder den 240-Millionen-Kredit „für die Modernisierung der Weiterverarbeitungsanlagen" investieren. NRW-Wirtschaftminister Jochimsen hatte nichts eiligeres zu tun als den Hoesch-Kapitalisten zuzusichern, daß der Kredit auch für diesen Zweck verwandt werden könne, überdies stehe ihnen das Geld bis einschließlich 1982 zur Verfügung. Über Aufstokkung des Kredits verhandelt die Landesregierung mit den Hoesch-Kapitalisten ab Montag.

Bekannt ist bisher, daß die Kaltwalzstraße bei Hoesch Siegerland zugunsten der besseren Nutzung der 1976 in Betrieb genommenen Walzstraße auf der Westfalenhütte stillgelegt werden soll. Dagegen streikten am 4.11. 1200 Arbeiter in Kreuztal. „Vor allen Dingen aber müssen die auf 3 Werke verteilten Betriebe in Dortmund selbst zusammengefaßt werden. Allein im Transportbereich arbeiten 1250 Beschäftigte", kündigte der Vorstand auf der Belegschaftsversammlung Entlassungen und Intensivierung der Aus-

desregierung, daß sie den Japanern die Notwendigkeit einer freiwilligen Selbstbeschränkung vor Augen führt." „Wir tun dies ebenso gegenüber der japanischen Regierung und den Arbeitgebern ... Eine Delegation des IG Metall-Vorstandes wird noch in

Tatsächlich ist es die weltweite Überproduktion von Kapital in der Automobilbranche. Mit der Vernichtung dieses Kapitals fallen die Arbeitsplätze fort. Die Ursache dafür liegt nicht in Japan, sondern in den Gesetzen der kapitalistischen Produktionsweise.

Gebäudereinigerhandwerk: Stundenlöhnevon 8 DM brutto für Frauen

brp. Im letzten Jahr steigerten die 1847 Betriebe im Gebäudereinigerhandwerk ihren Umsatz um 12% auf 3,2 Mrd. DM. Die Kapitalisten in der Gebäudereinigung fungieren als Lohnunternehmer, die ihre Aufträge von anderen Kapitalisten erhalten – inzwischen zu einem Drittel von der öffentlichen Verwaltung. Es ist ein lohnendes Geschäft für beide. Der heute übliche Preis für die Reinigung eines Quadratmeters beträgt monatlich 1 DM, teilweise noch darunter; er ist in den vergangenen Jahren bis zu 100% und mehr gedrückt worden. Der Gebäudereinigungskapitalist braucht wenig konstantes Kapital für Maschinerie, und er zahlt wahre Hungerlöhne, die ihm eine gehörige Ausbeutungs- und Profitrate sichern.

Von den 315000 Beschäftigten im Gebäudereinigerhandwerk Ende 1979 ist die überwiegende Mehrzahl Frauen. In Bayern liegen ihre Löhne bei 8,02 DM brutto. Im Tarifgebiet Koblenz, Trier, Montabaur mit 7,27 DM am un-

Bis auf Staubsaugen, Bohnern und Schrubben muß alles andere von Hand verrichtet werden. Durch die Stundenvorgabe für bestimmte Objekte wird faktisch Pensumarbeit verlangt, Arbeitszeiten über die Vorgabezeit hinaus werden nicht bezahlt. Über die Verkürzung der Stundenvorgabe oder die Erhöhung der zu reinigenden Fläche versuchen die Kapitalisten, die Arbeit weiter zu intensivieren. Im Juli kam es deswegen zu einem Streik von 32 Gebäudereinigerinnen, als sie statt in 2½ Stunden jetzt in 2¼ Stunden ein Schulgebäude in Köln reinigen sollten. Sie mußten vorerst einen Kompromiß hinnehmen: 2¼ Stunden und die Viertelstunde wird gutgeschrieben. Davon erhalten sie dann Lohn während der Schulferien, wo nicht gearbeitet wird. Dieses Ergebnis weist auf ein weiteres Übel: Über Stundenverträge werden die Gebäudereinigerinnen um Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und sämtliche Sozialversicherungsabgaben gebracht, zudem erhalten sie keinen

Vergleich der Arbeitslosenversicherung (II)

Japan: Die Kapitalisten wollen das „Prinzip der lebenslangen Einstellung" abschaffen

gih. Das japanische Arbeitsministerium hat dem Kabinett das alljährlich veröffentlichte Weißbuch über Arbeitsprobleme vorgelegt. Als besonders „gravierend" wird die Arbeitslosigkeit angesehen. Im Jahresdurchschnitt 1979 lag die Zahl der Arbeitslosen in Japan bei 1170000. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von 2,1%. Gegenüber den anderen kapitalistischen Ländern (Westdeutschland 3,8%, Großbritannien 5,8%, Frankreich 6,8% und USA 5,8%) liegt damit die Arbeitslosenquote in Japan unter diesen Zahlen. Das hat mehrere Gründe:

- Das japanische Prinzip lebenslanger Anstellung gilt in wesentlichen Bereichen der Wirtschaft weiter fort. Die Einstellung eines Beschäftigten erfolgt in der Regel bis zu seinem Pensionsalter.

- Bei Kündigungen müssen drei Voraussetzungen erfüllt sein. 1. Eine Verringerung der Zahl der Beschäftigten muß erforderlich sein, um den „Bestand des Unternehmens zu retten; sie muß der wirksamste Weg der Rationalisierung sein". 2. Der Kapitalist muß zunächst Umsetzungen vornehmen. 3. Die Auswahl der zu Entlassenen muß auf „sachgerechten und vernünftigen" Kriterien beruhen. Fehlt es an einer dieser drei Voraussetzungen, sind auch Entlassungen aus Arbeitsmangel ein Rechtsmißbrauch und daher nichtig.

Bei Arbeislosigkeit tritt das Beschäftigungsversicherungsgesetz vom 1.4.1975 in Kraft. (Das 1. Arbeitslosenversicherungsgesetz wurde 1947 verabschiedet.)

- Versichert sind alle längerfristig Erwerbstätigen, d.h. alle, die bei einer Firma oder im öffentlichen Dienst fest angestellt sind.

- Die Leistungen entsprechen 80% (bei niedrigen Einommen) bis 60% des letzten Durchschnittsverdienstes und werden je nach Alter 3 bis 10 Monate lang gezahlt. Danach wird eine Sozialhilfe gewährt.

- Finanziert werden die Leistungen durch monatliche Prämien in Höhe von 1% der Lohnsumme (je zur Hälfte durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber) sowie durch einen Verwaltungszuschuß des Staates.

Die japanischen Kapitalisten unternehmen einen Angriff auf das Prinzip der festen Anstellung bis zum Pensionsalter. Einerseits bieten sie Abfindungen an bei „freiwilligen" Kündigungen, andererseits hat jüngst eine führende Firma der Elektroindustrie 300 Arbeiter und Angestellte entlassen.

Arbeitslose in Tausend
(in Klammern Arbeitslosenquote)

Jahr	BRD		Großbrit.		Frankreich		Italien		Japan	
1970	149	(0,7)	612	(2,6)	262		609	(3,2)	590	(1,2)
1971	185	(0,8)	792	(3,5)	338		609	(3,2)	640	(1,2)
1972	246	(1,1)	876	(3,8)	384		697	(3,7)	730	(1,4)
1973	274	(1,2)	619	(2,7)	394		668	(3,5)	680	(1,3)
1974	583	(2,6)	615	(2,6)	498		560	(2,9)	730	(1,4)
1975	1074	(4,7)	978	(4,2)	840		654	(3,3)	1000	(1,9)
1976	1060	(4,6)	1359	(5,7)	934	(5,9)	732	(3,7)	1080	(2,0)
1977	1030	(4,5)	1484	(6,3)	1072	(6,3)	1545	(7,2)	1100	(2,0)
1978	989	(4,3)	1475	(6,2)	1167	(7,8)	1571	(7,6)	1240	(2,2)
1979	870	(3,8)	1390	(5,8)	1350	(6,8)	1698	(8,4)	1170	(2,1)
1/80	1037		1471		1485		1703		1130	
2/80	993		1489		1448		–		1110	
3/80	876		1478		1412		–		1240	
4/80	825		1523		1375		1554		1180	
5/80	767		1523		1337		–		1090	
6/80	781		1660		–		–		–	

Quelle: Bundesarbeitsblatt, versch. Nummern

Journalisten streiken für 40-Stunden-Woche an fünf Arbeitstagen

ibu. In 100 bis 130 Tageszeitungen sind am Freitag mehr als 3000 Redakteure und Volontäre in einen bis zu drei Stunden dauernden Warnstreik getreten, um ihrer Forderung nach einer Arbeitszeitregelung erneut Nachdruck zu verleihen; die Verhandlungen um einen neuen Manteltarifvertrag, für den die Zeitungsjournalisten unter anderem eine 40-Std.-Woche an fünf Tagen fordern, schleppen sich schon ein knappes Jahr dahin. Die mittlerweile 8. Verhandlungsrunde ist am vergangenen Dienstag wieder an der Weigerung der Verleger gescheitert, über eine Arbeitszeitregelung auf Wochenstundenbasis zu verhandeln, die es für Journalisten bislang überhaupt nicht gibt.

Die streikenden Redakteure haben in mehreren Städten Demonstrationen und Informationsveranstaltungen durchgeführt, so unter anderem in Essen, Ulm, Konstanz, Bremen, Hannover und Frankfurt. Überall fanden Beratungen über den Stand der MTV-Verhandlungen statt, die Spitzen der Journalistenorganisationen dju (IG Druck) und DJV erhielten zahlreiche Resolutionen und Beschlüsse von Versammlungen streikender Redakteure. In Hannover und Frankfurt haben sich auch Teile der Zeitungsarbeiter vorübergehend an den Streiks beteiligt. In vielen Städten mußten die Sonnabendausgaben der Zeitungen mit verkürzten Textteilen sowie oft ausführlichen Berichten über die Tarifverhandlungen erscheinen. Die Redakteure von Weser-Kurier und Bremer Nachrichten haben während ihres Warnstreiks Kollegen „über Land" geschickt, um in den Regionalredaktionen beider Zeitungen, deren Journalisten sich an bisherigen Kampfaktionen nicht beteiligt hatten, Diskussionen über die MTV-Runde zu führen – dadurch ruhte die Arbeit auch dort, und mehrere Regionalredakteure sind entschlossen, künftige Aktionen auch zu unterstützen.

dju und DJV hatten im gesamten Bundesgebiet breit mobilisiert, und die Warnstreiks vom Freitag waren insofern ein Erfolg, als erstmals deutlich wurde, daß die zentralen Forderungen nach einer 40-Std.-Woche an fünf Tagen, Freizeitausgleich für Mehrarbeit, Bezahlung von Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit tatsächlich breit getragen werden. Entsprechend verschreckt reagierten denn auch die Zeitungskapitalisten. In Niedersachsen drohte der Verlegerverband gar allen streikenden Journalisten mit Schadensersatzforderungen.

Am Donnerstag dieser Woche beginnt die 9. Verhandlungsrunde – der DJV hat auch bereits seine Große Tarifkommission für Ende der Woche einberufen.

Unwahrheit und Wahrheit der Produktivitätsformel

Gesamtmetall fordert „radikale Neuorientierung der Lohnpolitik“ / Ritual in neuer Lautstärke

frb. Gesamtmetall hat jetzt nachgestoßen und unter den schönklingenden Verheißungen „für mehr Wachstum, Beschäftigung und Preisstabilität“ erneut die Forderung nach „produktivitätsorientierter Lohnpolitik“ intoniert. Für 1981 sei ein Anstieg der Produktivität um 2,5% zu erwarten; im Jahresdurchschnitt dürften die Tariflöhne daher um ebenfalls 2,5% steigen. Wegen der nicht mit dem Kalenderjahr übereinstimmenden Laufzeiten billigt Gesamtmetall den einzelnen Abschlüssen sogar 2,5 bis 3% zu. Wegen des Lohnüberhangs von 1,4%, Vorbelastungen aus bereits abgeschlossenen Verträgen und dem Anstieg des Arbeitgeberbeitrags zur Rentenversicherung um 0,5% würden die Lohnstückkosten 1981 dann um 2,5% (1980: 5,5%) steigen. Mit diesem geringen Anstieg der Lohnstückkosten – die Wirtschaftsinstitute hatten 4,5% prognostiziert bei Tarifabschlüssen von 5% und einer Produktivitätssteigerung von ebenfalls 2,5% – ließe sich die Inflation auf 3 oder gar 2,5% drücken. Somit könnten auf diesem Weg nicht nur die Realeinkommen (pro Beschäftigtem) gehalten werden, sondern sogar ein reales Wachstum des Sozialprodukts von 1% sei möglich gegenüber den bisherigen Nullprognosen. Eine wahre ökonomische Wundertüte also, die Gesamtmetall hier auftischt.

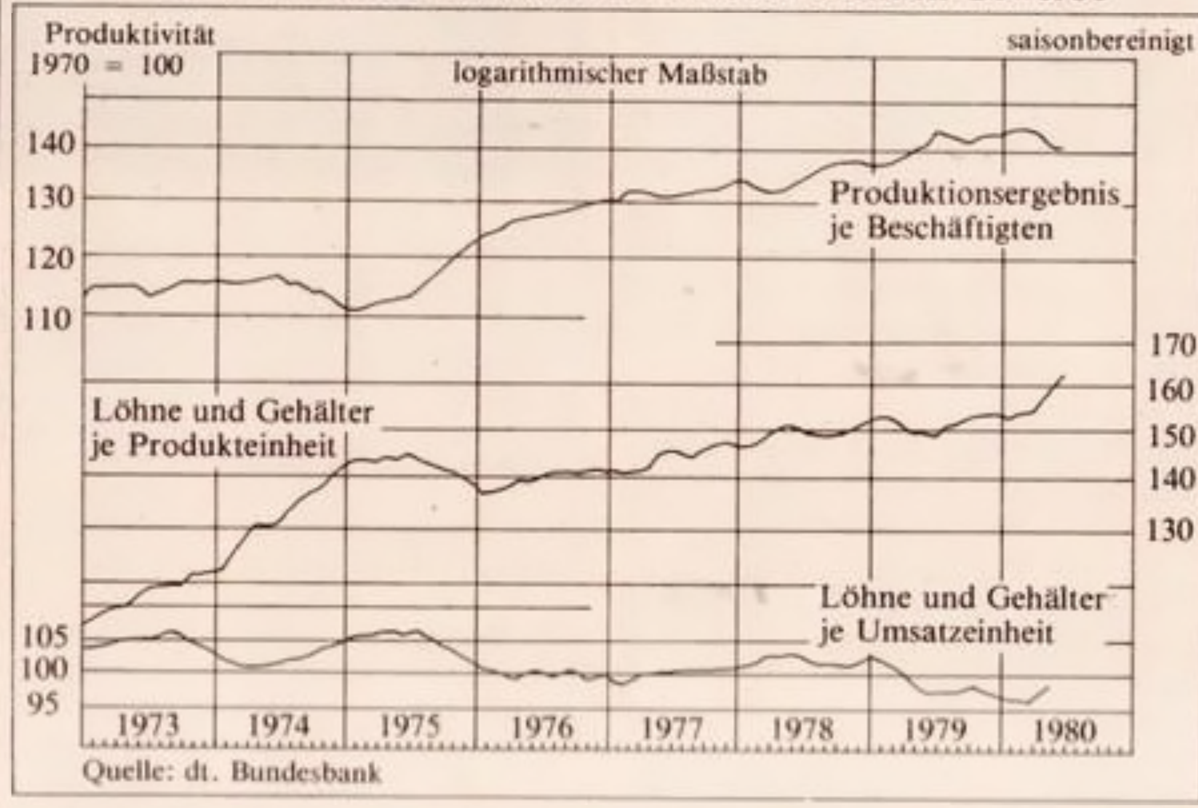
Um den Gedankengängen von Gesamtmetall zu folgen, ist zunächst zu klären, was sich hinter den Begriffen Produktivität und Lohnstückkosten verbirgt.

Entwicklung von Lohnkosten je Produkteinheit und des Preisindex für die Lebenshaltung (Veränderung gegenüber Vorjahr in %)

Jahr	Lohnkosten	Preise
1963	3,3	3,1
1964	1,7	2,4
1965	4,4	3,4
1966	4,6	3,5
1967	0,0	1,5
1968	0,7	1,3
1969	3,4	2,0
1970	10,6	3,2
1971	9,0	5,1
1972	6,0	5,3
1973	7,8	6,8
1974	9,3	6,9
1975	6,3	6,1
1976	1,9	4,6
1977	3,7	3,6
1978	2,7	2,5
1979	2,6	3,9

Quelle: 1963 – 78 Jahresgutachten des Sachverständigenrates, BR-Drucks. 575/79; für 1979: DIW Wochenbericht 35/80, S. 369

Produktivität und Lohnkosten im Produzierenden Gewerbe



Quelle: dt. Bundesbank

Richtigerweise hat man unter der Produktivitätssteigerung zu verstehen, welche Produktenmasse ein Arbeiter an einem Arbeitstag gleichbleibender Intensität herzustellen in der Lage ist. Die Kapitalisten und ihre Propagandisten, die Ökonomen, sind, wenn sie soviel Aufhebens um die Arbeitsproduktivität machen, durchaus nicht ohne Ahnung, daß allein die menschliche Arbeit wertschaffend ist. Der Sachverständigenrat bezeichnet als Produktivität das Bruttoinlandsprodukt (bzw. die Wertschöpfung) in konstanten Preisen je Erwerbstätigen. Das Bruttoinlandsprodukt umfaßt alle Produktionswerte abzüglich der Vorleistungen, also etwa entsprechend Umsatz minus Materialverbrauch, also Rohertrag des einzelnen Unternehmens. Darin enthalten sind die Abschreibungen, d.h. der Verbrauch des fixen Kapitals. Steigt der Anteil des fixen Kapitals im Warenpreis, so steigt demnach jener Produktivitätsausdruck, ohne daß sich notwendigerweise die Arbeitsproduktivität erhöht hat. Um einen Ausdruck für die Entwicklung des stofflichen Umfangs des Gesamtprodukts zu erhalten, wird das in laufenden Preisen ermittelte Bruttoinlandsprodukt mit dem Index für die Preissteigerung bereinigt. Das Verfahren ist grob, ein anderes aber kaum möglich, es sei denn, man wollte etwa das Produkt des Maschinenbaus in Tonnen messen. Ungenau ist auch der Bezug auf die Erwerbstätigen, denn unter diesen Begriff fallen nicht nur die beschäftigten Lohnabhängigen, sondern auch Selbständige und mithelfende Familienangehörige.

Die Lohnstückkosten sind der Quotient aus Bruttoeinkommen je abhängig Beschäftigtem, geteilt durch die oben definierte „Produktivität“. Steigt das Bruttoeinkommen rascher als die Produktion, so erhöhen sich die Lohnkosten für den Kapitalisten pro Stück. Darauf basiert die Behauptung der Kapitalisten, die Inflation ließe sich drücken, wenn der Anstieg der Lohnstückkosten gedrückt werden könnte. Dafür allerdings gibt es keinerlei Notwendigkeit. Die Entwicklung der Lohnstückkosten sagt etwas aus über die Entwicklung der Konkurrenzlage verschiedener Kapitalisten oder Kapitalistenklassen. Wirtschaftliche Entwicklungen werden daran sichtbar, über ihre Ursachen und über Zusammenhänge aber kann man aus diesen Größen nichts erfahren. So ist es eine verständnislose Milchmädchenrechnung, zu behaupten, aus der Entwicklung der Lohnstückkosten lasse sich die Preisbewegung errechnen. Zwar kalkuliert der Kapitalist seine Kosten, aber dies bildet ihm nur die Untergrenze für seine Preissetzung. Ansonsten holt er, was der Markt hergibt. Eben erst hat es die Bundesbahn vorgeführt, eben erst haben die Mineralölkonzerne einen solchen Markttest erklärt. Eine Preiserhöhung lohnt sich immer dann, wenn sie den durch sie bewirkten Rückgang im mengenmäßigen Absatz mindestens ausgleicht, also der Umsatz weiter steigt. Im tatsächlichen Verlauf hängt die Inflation vielmehr davon ab, wie die Zirkulation durch Papiergeld vollgestopft, wie das Kreditvolumen aufgebläht ist. Darauf haben die Lohnkosten keinen Einfluß.

Wäre die Milchmädchenrechnung von Gesamtmetall richtig, so wäre unerklärlich, weshalb gerade jetzt die Wirtschaftskrise aufbricht. Das ganze Jahr 1979 ist die Produktivität noch kräftig gestiegen. Die Lohnstückkosten sind bis Jahresmitte gefallen, dann immer noch hinter der Preisentwicklung zurückgeblieben. Das Bruttoinlandsprodukt umfaßt nicht nur die Löhne, sondern auch die Profite. Die gestiegene Produktivkraft der Arbeit hat die Profite der Kapitalisten erhöht, wie die Aussicht des Einzelkapitals auf höheren Profit überhaupt die einzige Triebkraft innerhalb der kapitalistichen Produktionsweise ist, die Produktivkraft zu erhöhen. Um 10,3% ist das Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen im letzten Jahr gestiegen (netto: 12%). Diese Profite haben die Kapitalakkumulation zur Überakkumulation angeheizt, die die eigentliche, tiefe Ursache der jetzigen Krise ist. Steigende Produktivität, daher auch sinkende Lohnstückkosten gehen der Krise voraus. Es ist der seltene Fall, daß die in Aktion befindlichen Produktivkräfte wirkungsvoll ausgeschöpft werden. Der im zweiten Halbjahr 1980 reduzierte Anstieg der Produktivität und der entsprechende Anstieg der Lohnstückkosten resultiert ausschließlich aus dem Einbruch der Produktion, resultiert aus der Unfähigkeit der kapitalistischen Produktionsweise, die Produktion sinnvoll zu organisieren und die Produktivkräfte zu entwickeln. Es ist die von den Kapitalisten selbst geschaffene Lage, die sie nun zur Begründung ihrer Opferrufe anführen.

Was Gesamtmetall will, ist viel kürzer zu sagen, als es in ihrer Prognose dargestellt ist. Eine „radikale Neuorientierung der Lohnpolitik“ hat ihr Hauptgeschäftsführer Kirchner letzte Woche gefordert. „Höhere Profite“ wäre noch deutlicher. Diese Woche wird der Sachverständigenrat sein Jahresgutachten vorlegen. In seinem Gutachten 1977/78 bereits hatte sich der Rat für eine produktivitätsorientierte Lohnerhöhung stark gemacht. „Bringt es die Lohnpolitik im Jahre 1978 zuwege, das Lohnkostenniveau nicht steigen zu lassen, so verbessert sich nicht nur die Rentabilität der bestehenden Anlagen, sondern es werden auch mehr neue Investitionsobjekte rentabel als unter den lohnpolitischen Annahmen unserer Prognose (5%).“ Dies führe dann zu erhöhter Beschäftigung war das Versprechen. Erhöht haben sich nur die Profite. Jetzt sollen die Arbeiter wieder für sprudelnde Profite zurückstecken. Es ist eine Logik, die bestätigt, daß „der Arbeiter für die Verwertungsbedürfnisse vorhandener Werte, statt umgekehrt der gegenständliche Reichtum für die Entwicklungsbedürfnisse des Arbeiters da ist“ (Marx). Unterwerfen sich die Arbeiter in ihren Forderungen der „wirtschaftlichen Perspektive“ der herrschenden Produktionsweise, so unterwerfen sie sich den Kapitalinteressen.

Wird Kfz-Steuer auf die Mineralölsteuer umgelegt?

hev. Gegenwärtig beträgt die Kraftfahrzeugsteuer bei Personenwagen für jede angefangenen 100 ccm Hubraum 14,40 DM, bei Motorrädern für jede angefangenen 25 ccm Hubraum 3,60 DM, Lastkraftwagen werden nach Gesamtgewicht besteuert. Ein VW-Golf mit 1093 ccm kostet also 158,40 DM Jahressteuer. Eine Umlage dieser Steuer auf die Mineralölsteuer, wie das die Bundesregierung angekündigt hat, d.h. eine Erhöhung der Mineralölsteuer um 14 Pfennig plus Mehrwertsteuer, insgesamt 15,82 Pfennig, wäre bei dem genannten Golf nach 1001 Liter Benzin erreicht, was einer Jahresleistung von 10000 km entspricht, einen Verbrauch von 10 l/100 km angenommen. Ein Mercedes 230 mit 2304 ccm Hubraum kostet 345,60 DM Jahressteuer, er könnte bei gleicher Rechnung und 15 l/100 km 14560 km gefahren werden, ohne die derzeit geltende Steuerbelastung zu überschreiten. Jeder kann die seinem Fahrzeug entsprechende Kilometerleistung im Jahr errechnen, wenn er den Verbrauch seines Kfz pro 100 km und seinen Hubraum kennt. Es entsprechen pro 100 ccm die 14,40 DM Steuern 91 l Benzin im Jahr. In der Presse sind Zahlen mit höherer Jahreskilometerleistung genannt worden, weil die Mehrwertsteuer nicht berücksichtigt wurde, die aber natürlich Bestandteil der geplanten Mineralölsteuererhöhung ist. Der Versuch der Regierung, diese Änderung als schlichte Verwaltungsvereinfachung zu verkaufen, ist gescheitert. 4000 Finanzbeamte sollten eingespart werden. Die Gewerkschaften lehnen den Plan ab, der Bauernverband hat sich bereits in einer Anhörung des Finanzministeriums im Oktober 1979 grundsätzlich dagegen ausgesprochen.

Effektivlohnentwicklung im Juli 1980

gih. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes betrug der durchschnittliche Bruttostundenverdienst in der Industrie für alle Leistungsgruppen im Juli 1980 bei den Arbeitern 14,35 DM und bei den Arbeiterinnen 10,38 DM. Das sind 2,3% bzw. 2,1% mehr gegenüber April 1980, und im Vergleich zum Juli 1979 waren es bei den Männern 7,3% und bei den Frauen 7,2% mehr. – Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst der Angestellten betrug im Juli 1980 3455 DM bei den Männern und 2226 DM bei den Frauen. Gegenüber April 1980 sind das 1,9% bzw. 2,1% mehr und gegenüber Juli 1979 7,9% bzw. 7,7%. Einmalige oder in unregelmäßigen Abständen geleistete Zahlungen sind nicht berücksichtigt.

Weltweit höchste Inflation seit Jahren

frb. Nach Angaben des Internationalen Währungsfonds haben die Ver-

Um den Gedankengängen von Gesamtmetall zu folgen, ist zunächst zu klären, was sich hinter den Begriffen Produktivität und Lohnstückkosten verbirgt.

Entwicklung von Lohnkosten je Produkteinheit und des Preisindex für die Lebenshaltung (Veränderung gegenüber Vorjahr in %)

Jahr	Lohnkosten	Preise
1963	3,3	3,1
1964	1,7	2,4
1965	4,4	3,4
1966	4,6	3,5
1967	0,0	1,5
1968	0,7	1,3
1969	3,4	2,0
1970	10,6	3,2
1971	9,0	5,1
1972	6,0	5,3
1973	7,8	6,8
1974	9,3	6,9
1975	6,3	6,1
1976	1,9	4,6
1977	3,7	3,6
1978	2,7	2,5
1979	2,6	3,9

Quelle: 1963 – 78 Jahresgutachten des Sachverständigenrates, BR-Drucks. 575/79; für 1979: DIW Wochenbericht 35/80, S. 369

ständigenrat bezeichnet als Produktivität das Bruttoinlandsprodukt (bzw. die Wertschöpfung) in konstanten Preisen je Erwerbstätigen. Das Bruttoinlandsprodukt umfaßt alle Produktionswerte abzüglich der Vorleistungen, also etwa entsprechend Umsatz minus Materialverbrauch, also Rohertrag des einzelnen Unternehmens. Darin enthalten sind die Abschreibungen, d.h. der Verbrauch des fixen Kapitals. Steigt der Anteil des fixen Kapitals im Warenpreis, so steigt demnach jener Produktivitätsausdruck, ohne daß sich notwendigerweise die Arbeitsproduktivität erhöht hat. Um einen Ausdruck für die Entwicklung des stofflichen Umfangs des Gesamtprodukts zu erhalten, wird das in laufenden Preisen ermittelte Bruttoinlandsprodukt mit dem Index für die Preissteigerung bereinigt. Das Verfahren ist grob, ein anderes aber kaum möglich, es sei denn, man wollte etwa das Produkt des Maschinenbaus in Tonnen messen. Ungenau ist auch der Bezug auf die Erwerbstätigen, denn unter diesen Begriff fallen nicht nur die beschäftigten Lohnabhängigen, sondern auch Selbständige und mithelfende Familienangehörige.

Die Lohnstückkosten sind der Quotient aus Bruttoeinkommen je abhängig Beschäftigtem, geteilt durch die oben definierte „Produktivität“.

lage verschiedener Kapitalisten oder Kapitalistenklassen. Wirtschaftliche Entwicklungen werden daran sichtbar, über ihre Ursachen und über Zusammenhänge aber kann man aus diesen Größen nichts erfahren. So ist es eine verständnislose Milchmädchenrechnung, zu behaupten, aus der Entwicklung der Lohnstückkosten lasse sich die Preisbewegung errechnen. Zwar kalkuliert der Kapitalist seine Kosten, aber dies bildet ihm nur die Untergrenze für seine Preissetzung. Ansonsten holt er, was der Markt hergibt. Eben erst hat es die Bundesbahn vorgeführt, eben erst haben die Mineralölkonzerne einen solchen Markttest erklärt. Eine Preiserhöhung lohnt sich immer dann, wenn sie den durch sie bewirkten Rückgang im mengenmäßigen Absatz mindestens ausgleicht, also der Umsatz weiter steigt. Im tatsächlichen Verlauf hängt die Inflation vielmehr davon ab, wie die Zirkulation durch Papiergeld vollgestopft, wie das Kreditvolumen aufgebläht ist. Darauf haben die Lohnkosten keinen Einfluß.

Wäre die Milchmädchenrechnung von Gesamtmetall richtig, so wäre unerklärlich, weshalb gerade jetzt die Wirtschaftskrise aufbricht. Das ganze Jahr 1979 ist die Produktivität noch kräftig gestiegen. Die Lohnstückkosten sind bis Jahresmitte gefallen, dann

Was Gesamtmetall will, ist viel kürzer zu sagen, als es in ihrer Prognose dargestellt ist. Eine „radikale Neuorientierung der Lohnpolitik“ hat ihr Hauptgeschäftsführer Kirchner letzte Woche gefordert. „Höhere Profite“ wäre noch deutlicher. Diese Woche wird der Sachverständigenrat sein Jahresgutachten vorlegen. In seinem Gutachten 1977/78 bereits hatte sich der Rat für eine produktivitätsorientierte Lohnerhöhung stark gemacht. „Bringt es die Lohnpolitik im Jahre 1978 zuwege, das Lohnkostenniveau nicht steigen zu lassen, so verbessert sich nicht nur die Rentabilität der bestehenden Anlagen, sondern es werden auch mehr neue Investitionsobjekte rentabel als unter den lohnpolitischen Annahmen unserer Prognose (5%).“ Dies führe dann zu erhöhter Beschäftigung war das Versprechen. Erhöht haben sich nur die Profite. Jetzt sollen die Arbeiter wieder für sprudelnde Profite zurückstecken. Es ist eine Logik, die bestätigt, daß „der Arbeiter für die Verwertungsbedürfnisse vorhandener Werte, statt umgekehrt der gegenständliche Reichtum für die Entwicklungsbedürfnisse des Arbeiters da ist“ (Marx). Unterwerfen sich die Arbeiter in ihren Forderungen der „wirtschaftlichen Perspektive“ der herrschenden Produktionsweise, so unterwerfen sie sich den Kapitalinteressen.

ist gescheitert. 4000 Finanzbeamte sollten eingespart werden. Die Gewerkschaften lehnen den Plan ab, der Bauernverband hat sich bereits in einer Anhörung des Finanzministeriums im Oktober 1979 grundsätzlich dagegen ausgesprochen.

Effektivlohnentwicklung im Juli 1980

gih. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes betrug der durchschnittliche Bruttostundenverdienst in der Industrie für alle Leistungsgruppen im Juli 1980 bei den Arbeitern 14,35 DM und bei den Arbeiterinnen 10,38 DM. Das sind 2,3% bzw. 2,1% mehr gegenüber April 1980, und im Vergleich zum Juli 1979 waren es bei den Männern 7,3% und bei den Frauen 7,2% mehr. – Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst der Angestellten betrug im Juli 1980 3455 DM bei den Männern und 2226 DM bei den Frauen. Gegenüber April 1980 sind das 1,9% bzw. 2,1% mehr und gegenüber Juli 1979 7,9% bzw. 7,7%. Einmalige oder in unregelmäßigen Abständen geleistete Zahlungen sind nicht berücksichtigt.

Weltweit höchste Inflation seit Jahren

frb. Nach Angaben des Internationalen Währungsfonds haben die Ver-

braucherpreise im zweiten Quartal 1980 mit einer Jahresrate von 12,5% in den Industrieländern eine Steigerung erreicht, die nur einmal, und zwar Anfang 1975, übertroffen worden war. Für die nicht-ölexportierenden Entwicklungsländer betrug der durchschnittliche jährliche Anstieg der Verbraucherpreise sogar 37,8%. Weitere Rekordsteigerungen bei den Großhandelspreisen für Nahrungsmittel lassen erkennen, daß die Inflation gerade bei den für die Entwicklungsländer wichtigen Produkten weiter anhalten wird.

Leistungsbilanzdefizit und Devisenkurs

Einflüsse und Wirkungen / Spekulationen der Bundesbank

ulw. Zu einiger Aufregung um die „schwache Mark“ kam es in den letzten Wochen in der Presse, nachdem der Kursabfall der D-Mark an den Devisenbörsen seit einigen Monaten anhält.

Was sind die Ursachen für die Entwicklung des Wechselkurses der Mark? Die Einheiten der verschiedenen Währungen sind jeweils Preisausdrücke bestimmter Warenwerte. Der Wechselkurs setzt diese Einheiten entsprechend den Werten, die sie jeweils repräsentieren gleich. Wie der Preis einer Ware, stellt sich dies Verhältnis aber erst auf dem Markt her.

Im August dieses Jahres war die Handelsbilanz der BRD mit dem Ausland erstmals seit November 1965 wieder negativ. Die Leistungsbilanz (das Ergebnis aus den Salden der Handelsbilanz, der Dienstleistungsbilanz und der Übertragungsbilanz) war für die BRD 1979 mit rd. 10 Mrd. Mark negativ. Dazu hatte beigetragen der Rückgang des Überschusses der Handelsbilanz gegenüber 1978 um rd. 44% und die Steigerung des Defizits bei der Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz um 28%. Mengenmäßig, also um die Geldentwertung bereinigt, liegt die Bilanz für die BRD allerdings noch auf dem Niveau der letzten vier Jahre. Anfang 1980 war noch ein Anstieg zu verzeichnen. Im 2. Quartal setzte aber ein Rückgang der volumenmäßigen Exporte ein.

Die Steigerungsrate der volumenmäßigen Ausfuhr betrug 1979 im Durchschnitt 1,5%, die der Einfuhr 1,9%. Die über das ganze Jahr '79 feststellbare Steigerung des Außenwerts der DM entspricht also nicht der wachsenden Nachfrage nach DM zwecks Bezahlung dieser Exporte durch die Käuferländer, sondern resultiert aus der relativ stärkeren Entwertung der meisten anderen Währungen durch Inflation. Die Wechselkurse der Währungen werden an den Devisenmärkten ausgehandelt. Hier spielt der spekulative Handel mit dem Geld selbst eine Rolle, die umso entscheidender wird, je mehr die kapitalistische Akkumulation ins Stocken gerät.

Die krisenhafte Entwicklung ist in den meisten Industrieländern bereits weiter vorangeschritten als in der BRD. Die Produktion bleibt immer mehr hinter der Menge des in der Zirkulation befindlichen Geldes zurück. Diese dehnt sich auf Grundlage des entwickelten Banken- und Kreditsystems weiter aus. Die Folge ist eine fortschreitende Entwertung des Geldes. Um dem entgegenzuwirken, betreiben die Zentralbanken dieser Länder eine Politik der hohen Zinsen.

Mit den ersten Anzeichen der Stockung der Produktion auch in Westdeutschland führte das zu einem Absinken des Außenwerts der DM seit Anfang des Jahres, das Ende März einen ersten Tiefpunkt erreichte. Nach einem kurzen Anstieg im April, setzte sich diese Entwicklung fort, so daß der Index des Außenwerts der DM gegenüber den 23 wichtigsten Handelspartnern am 7.11. bei 145,7 lag, gegenüber 151,8 am 31.1.80.

Die Lage für die westdeutsche Bourgeoisie ist verzwickt und die Bundesbank versucht eine „Gratwanderung“, wie sie es selber nennt. Die Abwertung der DM bedeutet zunächst eine Verteuerung der Importe. Das schmerzt die Bourgeoisie vor allem bei den Rohstoffen, kommt ihr andererseits bei den Konsumgütern, wo sie teilweise unter starkem Druck vor allem der japanischen Konkurrenten steht, gelegen. Vor allem aber schränkt diese Entwicklung die Möglichkeiten der Bundesbank ein, durch Zinssenkungen den Kapitalisten billiges Kapital für weitere Investitionen zugänglich zu machen.

Gegenwärtig liegt das Zinsniveau in den USA bei rd. 15%, in Großbritannien bei 16%, in der BRD hingegen nur etwas über 9%. Eine weitere Senkung der Zinsen in der BRD würde unweigerlich die Kurssenkung der DM beschleunigen. Das wiederum hätte zur Folge, daß die inflationären Importpreise in noch stärkerem Maße auf den Innenmarkt wirken würden. Sowieso kann gerade die Tatsache, daß die DM bisher zu einer der stabilsten Währungen der Welt zählte, für die westdeutsche Bourgeoisie leicht katastrophale Folgen haben. Ausländische Devisenbehörden unterhalten gegenwärtig 13 bis 14% ihrer Devisenreserven in DM. Hinzu kommen beträchtliche private Kapitalanlagen in DM. Zu starke Schwankungen im Kurs der Mark können dazu führen, daß hier DM abgestoßen wird, weil sie sich als allgemeiner Repräsentant von Reichtum nicht mehr bewährt. Der Abwertungsprozeß würde erneut beschleunigt.

Die Spekulation der Bundesbank in dieser Lage geht auf Folgendes: Zum einen geht sie davon aus, daß es ihr gelingt, die Inflation unter dem internationalen Durchschnitt zu halten, und die Nachfrage nach DM soweit erhalten bleibt, daß die Abwertungstendenz begrenzt wird. Zweitens geht sie davon aus, daß die gegenwärtige Wechselkurssenkung der DM über eine Verbilligung der westdeutschen Exporte zu einer Steigerung der Ausfuhren führt, darüber, so die Bundesbank, würde sich auch wieder eine Höherbewertung der DM an den Devisenmärkten einstellen. Das Leistungsbilanzdefizit hofft die Bundesbank aus den erheblichen Devisenbeständen decken zu können, soweit dies nicht durch Kapitalimporte – etwa Kreditaufnahme des Staates im Ausland oder Investitionen von Ausländern in der BRD – geschieht.

Entscheidend für die Entwicklung sei, daß „auch in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, nicht zuletzt auch in der Energiepolitik die Weichen richtig gestellt werden und daß auch die Tarifparteien erkennen, wie eng der Rahmen geworden ist, in dem wir uns bewegen können.“ (Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl, beim Bankenabend der Landeszentralbank in Bayern, 3.11.80)

Spekulation ist das, weil davon ausgegangen wird, daß es nicht zu einem krisenhaften Einbruch in der Weltwirtschaft kommt, obwohl die Anzeichen eher dafür sprechen.

US-Handelskommission gegen Importbeschränkungen

gih. Die International Trade Commission in Washington hat am 10.11.80 die auf den Erlaß von Importbeschränkungen gerichteten Hoffnungen der amerikanischen Automobilindustrie gedämpft. Die Kommission verwarf mit drei gegen zwei Stimmen den Antrag der Vereinigten Automobilarbeitergewerkschaft und der Autokapitalisten, in dem es hieß, der wirtschaftliche Niedergang der amerikanischen Autoindustrie sei in erster Linie durch die überseeische Konkurrenz hervorgerufen. Der Antrag empfahl ein System von Zöllen und Einfuhrbeschränkungen gegen die Autokonkurrenz aus Europa und vor allem aus Japan. Gegen die Entscheidung der Kommission ist keine Berufung möglich. Damit haben sich die Kapitalisten in den USA durchgesetzt, die die ausländische Konkurrenz nutzen wollen, um umfassende Rationalisierungen durchzusetzen und mit drohenden Entlassungen die Arbeiter vom Kampf um höheren Lohn und für bessere Arbeitsbedingungen abzuhalten.

Tarifvertrag über Berufsausbildung im Baugewerbe

Die Kapitalisten haben sich von Ausbildungskosten befreit

dog. Als die Kapitalisten des Baugewerbes und die IG Bau Steine Erden 1975 den ersten Tarifvertrag über die Berufsausbildung im Baugewerbe abschlossen, hatte sich die Zahl der Lehrlinge im Bauhandwerk, verglichen mit 1950, um mehr als die Hälfte verringert. Gab es 1950 noch 68333 Ausbildungsplätze im Bauhandwerk, wo auch heute noch die übergroße Mehrzahl der Lehrlinge im Baugewerbe ausgebildet wird, waren es auf dem tiefsten Stand 1972 nur noch 21833. Die Zahl der Maurerlehrlinge war in diesem Zeitraum von 46379 auf 13415 zurückgegangen.

Durch den Tarifvertrag wurde im Baugewerbe die Stufenausbildung eingeführt. Das erste Ausbildungsjahr wurde als gemeinsame berufliche Grundbildung für alle Bauberufe eingeführt, die Ausbildung wurde im wesentlichen in überbetrieblichen Ausbildungsstätten (20 Wochen) und in der Berufsschule (20 Wochen) durchgeführt. Die nach Abzug des Urlaubs verbleibenden 6 bis 8 Wochen sollten der Einführung in die Arbeits- und Betriebsorganisation des Ausbildungsbetriebes dienen. Im zweiten Jahr gliedert sich die Ausbildung auf in die Bereiche Hochbau, Ausbau und Tiefbau. Die Zwischenprüfung am Ende des zweiten Ausbildungsjahres ist gleichzeitig Abschluß der ersten Stufe. Die dafür neu eingeführten Berufsbezeichnungen sind Tiefbau-, Hochbau- und Ausbaufacharbeiter.

Der Tarifvertrag regelte auch die Finanzierung der Berufsausbildung: Die Kapitalisten zahlen eine Umlage, 1975 festgelegt auf 0,5% der Bruttolohnsumme. Die ausbildenden Betriebe erhalten aus dieser Kasse erstattet: die Kosten für die Ausbildungsvergütung im ersten Lehrjahr, in den ersten 4 Monaten des zweiten Lehrjahres Tagesgeld und Verpflegungssatz für den Aufenthalt in überbetrieblichen Ausbildungsstätten, Urlaubsgeld für Auszubildende, Fahrtkosten. Die so erreichte Entlastung der Betriebe von den Ausbildungskosten wirkte sich zugunsten der Handwerksbetriebe aus. Der Aufbau der überbetrieblichen Ausbildungsstätten wurde zum allergrößten Teil aus Steuern finanziert. Bei Abschluß des Tarifvertrages hatte die Bundesregierung schon 150 Mio. DM dafür zugesagt. Insgesamt wurden von 1974 bis 1976 540 Mio. DM an Zuschüssen gezahlt.

Mit der Einführung der Stufenausbildung trugen die Kaptialisten den veränderten Produktionsbedingungen in der Bauindustrie Rechnung. Die weitere Zerlegung des Arbeitsprozesses und die Einführung von Maschinerie reduzierte den Umfang der einzelnen Tätigkeit. Dafür war die handwerksmäßige Ausbildung nicht mehr nötig und die auf diese Art ausgebildete Arbeitskraft den Baukapitalisten zu teuer. Der Lohngruppenschlüssel wurde folgerichtig auf die der Stufenausbildung entsprechenden Abschlüsse ausgerichtet, in die Lohngruppe ,,gehobener Baufacharbeiter“ wird nur eingestuft, wer die zweite Stufe abgeschlossen hat oder mehrere Jahre spezialisierte Tätigkeit nachweisen kann.

Von seiten der Gewerkschaft bezweckte der Abschluß des Tarifvertrages über die Berufsausbildung vor allem, der Zersplitterung in eine Vielzahl von Berufen und der vor allem handwerksmäßigen Ausbildung in vielen Kleinbetrieben durch die Absicherung allgemeiner Grundlagenausbildung entgegenzuwirken. Sie hat sich von Anfang an sowohl um die inhaltliche Ausgestaltung der Lehrpläne als auch die Ausbildungsbedingungen in den überbetrieblichen Ausbildungsstätten bemüht. 1979 wurde der Tarifvertrag fristgerecht gekündigt. Der neu abgeschlossene Vertrag erhöht die von den Betrieben zu zahlende Umlage auf 1,5% der Bruttolohnsumme. Über die schon 1975 festgelegte Zahlung hinaus erhalten die ausbildenden Betriebe jetzt auch 16% der Sozialabgaben der Auszubildenden ersetzt, und der für Ausbildung und Verpflegung an die überbetrieblichen Ausbildungsstätten zu zahlende Satz wurde erhöht. 1979 zahlten die Baukapitalisten 328 Mio. DM als Umlage.

Eine günstige Regelung ist die in diesem Tarifvertrag vereinbarte Festsetzung der Ausbildungsvergütung in Abhängigkeit vom Facharbeiterlohn.

Für die Kapitalisten hat der Tarifvertrag über die Stufenausbildung im wesentlichen eine Entlastung von den Ausbildungskosten bewirkt. 1979 werden noch immer 86,6% aller Lehrlinge im Handwerk ausgebildet, davon keiner in der ersten Stufe. Der Anteil der in der Industrie ausgebildeten Lehrlinge hat sich leicht erhöht von 1970 = 10% auf 1979 = 13,4%. Aber auch in der Industrie werden nur knapp 10% aller Lehrlinge zum Hoch-, Tief- oder Ausbaufacharbeiter ausgebildet. Dabei hat sich vor allem die



bag.Aarhus. In den Schulen Norwegens wird seit einigen Jahren ein Aktionstag für ein Projekt in Ländern der Dritten Welt durchgeführt. Dieses Jahr beteiligten sich 10000 Schüler daran. Sie sammelten 5 Mio. Kronen (rund 2 Mio. DM) zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Eritrea, insbesondere für eritreanische Flüchtlinge in Lagern im Sudan. Die Schüler nahmen dazu entweder Arbeit auf und gaben ihren Lohn ab, verkauften selbst hergestellte Sachen oder sammelten, wie auf dem Bild, mit Liedern und Theaterstücken Geld auf der Straße und vor Betrieben.

Zahl der auszubildenden Hochbaufacharbeiter erhöht.

In bezug auf die Berufsbildungsabgabe haben die Baukapitalisten durchgesetzt, daß sie aus der Umlage gezahlt wird statt von den einzelnen Betrieben, sofern sie überhaupt erhoben wird. Und die Einführung des Berufsgrundbildungsjahres Bautechnik ist von ihnen begrüßt worden: Im BGJ haben die Jugendlichen Schülerstatus und werden nach BAFöG gefördert. Die Anrechnung des Berufsgrundbildungsjahres auf die Ausbildungszeit – ein halbes Jahr auf die zweijährige Ausbildung, ein Jahr auf die dreijährige – verkürzt die von den Kapitalisten zu zahlende Ausbildungszeit ohne daß alle, die das Berufsgrundbildungsjahr durchlaufen haben, Anspruch auf eine weitere Ausbildung haben. Die IG Bau-Jugend hat sich gegen die Einführung des Berufsgrundbildungsjahres ausgesprochen: Nach dem geltenden Tarifvertrag haben die Auszubildenden bisher auch während der überbetrieblichen Grundausbildung einen Lehrvertrag, der ihre weitere Ausbildung sichert.

Bruce Springsteen: ,,The River“
Für die Rockmusik nichts Neues, aber besser als manches Neue
mam. An vier Abenden hat SWF 3 das neue Doppel-Album von Bruce Springsteen vorgestellt. Nicht im Nachmittagsprogramm oder am frühen Abend, sondern im Spätprogramm. In Jugendzeitschriften wie Bravo oder Ran ist dazu nichts zu lesen. Dort werden, insbesondere in Bravo, den Jugendlichen Poster von James Dean, Elvis Presley, Marlon Brando und Paul McCartney im merkwürdigen Gegensatz zu Pop, Punk und Discogruppen wie Kiss, Police, Teens oder Abba empfohlen.
,,The River“ ist unüberhörbar nicht für die Jugendlichen gemacht, vermutlich wird sie die Platte langweilen, zumindest wenn sie auf Punk oder Discogruppen stehen. Das Album ist mehr
Wie die vorgenannten Titel schon zeigen sind die Texte anspruchslos bis schlecht, entsprechend der Bedeutung der meisten Texte bei der Rock-Musik.
Ein Lied hat z.B. folgenden Text (in Auszügen):
,,Ich möcht Dich heiraten / Ich seh' Dich laufen Baby, die Straße entlang / Du schiebst den Kinderwagen vor Dir her / Ich sehe das Band in Deinem Haar / Sag' mir, bin ich der Mann, für den Du es trägst / Du lächelst nie, Du sprichst nie / Du läufst immer weiter, Liebling, Woche für Woche / Zwei Kinder alleine aufziehen in dieser verdrehten Welt / muß ein einsames Leben für ein arbeitendes Mädchen sein / Refrain: Kleines Mädchen, ich möchte
facharbeiter.
Der Tarifvertrag regelte auch die Finanzierung der Berufsausbildung: Die Kapitalisten zahlen eine Umlage, 1975 festgelegt auf 0,5% der Bruttolohn-
sen hat oder mehrere Jahre spezialisierte Tätigkeit nachweisen kann.
Von seiten der Gewerkschaft bezweckte der Abschluß des Tarifvertrages über die Berufsausbildung vor al-
Entwicklungsprobleme im chinesischen Schulwesen
Der große Unterschied zwischen Stadt und Land muß verkleinert werden
trs.Beijing. Alltag in einer chinesischen Grundschule: In einer 1. Klasse sitzen 50 Kinder dicht gedrängt. Sie halten die Hände auf dem Rücken. So sitzen sie täglich sechs Stunden. Die Lehrerin spricht während des gesamten Unterrichts. Erst nach der Stunde kommen die Kinder und fragen. So passiert es oft, daß nach der Stunde alles nochmal erklärt werden muß, denn die Lehrerin hat oft keine Ausbildung und weiß nicht, wie man den Stoff vermittelt.
Dieses Beispiel stammt aus einem Unterrichtsbericht in der Volkszeitung vom Februar 1979. Der Artikel informiert weiter darüber, daß ein Grund- und Mittelschüler durchschnittlich bis um 10 Uhr abends vor seinen Hausaufgaben sitzt. Er beklagt, daß die Kinder nicht spielen oder Sport treiben kön-
1970 = 10% auf 1979 = 13,4%. Aber auch in der Industrie werden nur knapp 10% aller Lehrlinge zum Hoch-, Tief- oder Ausbaufacharbeiter ausgebildet. Dabei hat sich vor allem die
Aber die Jagd nach der besten Note ist unerläßlich, wenn das große Ziel errreicht werden soll, die Hochschule. Das Ausleseverfahren beginnt schon mit der Aufnahmeprüfung zur Modellgrundschule, dann folgt noch eine Aufnahmeprüfung zur Mittelschule. Wer in eine der erstklassigen Grund- und Mittelschulen aufgenommen wird, kann schon mit hoher Wahrscheinlichkeit auf einen Studienplatz rechnen. Wer nur in die zweit- oder drittklassige Mittelschule des Stadtteils kommt, hat schon keine Chance mehr.
Der Kampf ums Hochschulstudium wird unter den Städtern ausgetragen. Kinder vom Land haben keine Chance, ihre Schulen und Lehrer sind dafür nicht gerüstet. Überhaupt liegt das Hauptproblem der Schulausbildung nicht im Konkurrenz- und Noten-
nen begrüßt worden: Im BGJ haben die Jugendlichen Schülerstatus und werden nach BAFöG gefördert. Die Anrechnung des Berufsgrundbildungsjahres auf die Ausbildungszeit – ein
was sie gelernt haben. So kommt es, daß heute 120 Mio. Chinesen unter 45 Jahren und 30% der Landbevölkerung Analphabeten sind, obwohl eigentlich 90% aller Kinder eine Schule besuchen, was für ein Entwicklungsland eine große Leistung ist. Es liegt auf der Hand, daß die Probleme des Schulwesens nur mit vielen gut qualifizierten Lehrern gelöst werden können. Es müssen aber vor allem die nötigen Geldmittel zur Verfügung stehen, für mehr und bessere Schulen, für die Lehrerausbildung. Beides wurde in der Kulturrevolution sabotiert. So ist es einer Lehrerin nicht vorzuwerfen, daß sie die Kinder öffentlich in ,,Dumme“ und ,,Kluge“ einteilt oder schlechten Unterricht macht. Möglicherweise hat sie überhaupt keine Ausbildung, denn die Kulturrevolution schaffte die Aus-
Tarifvertrag haben die Auszubildenden bisher auch während der überbetrieblichen Grundausbildung einen Lehrvertrag, der ihre weitere Ausbildung sichert.

Bruce Springsteen: ,,The River“

Für die Rockmusik nichts Neues, aber besser als manches Neue

mam. An vier Abenden hat SWF 3 das neue Doppel-Album von Bruce Springsteen vorgestellt. Nicht im Nachmittagsprogramm oder am frühen Abend, sondern im Spätprogramm. In Jugendzeitschriften wie Bravo oder Ran ist dazu nichts zu lesen. Dort werden, insbesondere in Bravo, den Jugendlichen Poster von James Dean, Elvis Presley, Marlon Brando und Paul McCartney im merkwürdigen Gegensatz zu Pop, Punk und Discogruppen wie Kiss, Police, Teens oder Abba empfohlen.

,,The River“ ist unüberhörbar nicht für die Jugendlichen gemacht, vermutlich wird sie die Platte langweilen, zumindest wenn sie auf Punk oder Discogruppen stehen. Das Album ist mehr für die ,,ältere Jugend“ gemacht, die, je nach Geschmack, auf die Stones, die Beatles, Yardbirds, Dylan, Kinks, Hollies etc. steht oder vor 10 Jahren gestanden hat. Obwohl Jon Landau (Musikkritiker und Produzent) 1973 nach dem ersten Album der Gruppe geschrieben hat: ,,Ich habe die Zukunft des Rock'n Roll gesehen, ihr Name war Springsteen“, ist die Band nie besonders bekannt geworden, das jetzt neu erschienene Album ist erst ihr drittes. Von der alten Besetzung spielen heute noch der Saxophonist Clarence Clemons und an der Orgel Danny Federici mit, und ohne sie wäre vermutlich auch das neue Album in dieser Art nicht zustande gekommen. Alle 20 Aufnahmen des Doppelalbums sind im Laufe des letzten und dieses Jahres von Bruce Springsteen geschrieben worden – und bei jeder Aufnahme denkt man: das hab' ich schon einmal irgendwo gehört. Was die Aufnahmen so interessant macht, sind die vielfältigen Stilelemente und der Einsatz von Musikinstrumenten, wie Saxophon, Piano und Orgel, die auch heute noch von wenigen Gruppen genutzt werden. Es ist kein eintöniger Sound, der runtergespielt wird, was viele neue Platten so langweilig macht, sondern die Aufnahmen sind auch als einzelne hörenswert. Die Gruppe macht keinen ,,Bruce Springsteen-Sound“ sondern benutzt praktisch alle bisher bekannten Stilelemente der Rockmusik von der rauhen Stimme des Sängers über den mehrstimmigen Gesang der Gruppe, ähnlich den Beatles z.B. in ,,Two hearts are better than one“ (Zwei Herzen sind besser als eins) oder melodiöse Gitarrenläufe der Yardbirds in ,,Jackson Cage“ (Jackson Käfig) bis zur Mundharmonika-Begleitung und dem Balladen-Stil à la Dylan, Cohen oder den Seekers, z.B. in ,,The River“ (Der Fluß).

Wie die vorgenannten Titel schon zeigen sind die Texte anspruchslos bis schlecht, entsprechend der Bedeutung der meisten Texte bei der Rock-Musik.

Ein Lied hat z.B. folgenden Text (in Auszügen):

,,Ich möcht Dich heiraten / Ich seh' Dich laufen Baby, die Straße entlang / Du schiebst den Kinderwagen vor Dir her / Ich sehe das Band in Deinem Haar / Sag' mir, bin ich der Mann, für den Du es trägst / Du lächelst nie, Du sprichst nie / Du läufst immer weiter, Liebling, Woche für Woche / Zwei Kinder alleine aufziehen in dieser verdrehten Welt / muß ein einsames Leben für ein arbeitendes Mädchen sein / Refrain: Kleines Mädchen, ich möchte Dich heiraten / Oh yeah, kleines Mädchen, ich möchte Dich heiraten ...“

Man kann vielleicht darüber philosophieren, ob sich die Gruppe, entsprechend der Rückseite der Plattenhülle, auf der fünf weiße Papierbräute, ein Bräutigam und der Union Jack abgebildet sind, über die Ehe und die amerikanische Kleinbürgerlichkeit lustig machen will. Schon möglich. Die Begeisterung der Jugend für Rockmusik allgemein richtet sich aber in der Hauptseite auf die Musik, die trotzdem, wenn auch in beschränktem Umfang, aggressive und meist bewußtlose Kritik an der bürgerlichen Musikkultur darstellt. Sei es allein durch die Anwendung moderner Musikinstrumente, die die Jugendlichen zur Entfaltung ihrer musikalischen Fähigkeiten benutzen, wenn auch die Masse der Jugendlichen durch die teuren Instrumente davon ausgeschlossen ist. Die Texte reduzieren sich, bis auf ganz wenige Ausnahmen, entweder auf persönliche Probleme oder auf Darstellung der Verhältnisse unter denen die Masse der Jugendlichen arbeitet und lebt. So auch bei Bruce Springsteen:

,,Ich arbeite fünf Tage in der Woche, Mädchen / lade Kisten unten am Dock aus / Ich nehme mein hart verdientes Geld / und treffe mein Mädchen unten am Block / Und Montag, wenn der Vorarbeiter die Zeit prüft / habe ich schon den Freitag im Kopf / Wenn ich draußen auf der Straße bin / sprech' ich so, wie ich sprechen will ...“

Monday I have Friday on my mind (Montag habe ich den Freitag im Kopf). Zwar alles schonmal dagewesen – aber auch nicht überholt. Eher ist die Musik heute besser, wenn auch nicht neu – und die Texte könnten es noch werden.

Entwicklungsprobleme im chinesischen Schulwesen

Der große Unterschied zwischen Stadt und Land muß verkleinert werden

trs.Beijing. Alltag in einer chinesischen Grundschule: In einer 1. Klasse sitzen 50 Kinder dicht gedrängt. Sie halten die Hände auf dem Rücken. So sitzen sie täglich sechs Stunden. Die Lehrerin spricht während des gesamten Unterrichts. Erst nach der Stunde kommen die Kinder und fragen. So passiert es oft, daß nach der Stunde alles nochmal erklärt werden muß, denn die Lehrerin hat oft keine Ausbildung und weiß nicht, wie man den Stoff vermittelt.

Dieses Beispiel stammt aus einem Unterrichtsbericht in der Volkszeitung vom Februar 1979. Der Artikel informiert weiter darüber, daß ein Grund- und Mittelschüler durchschnittlich bis um 10 Uhr abends vor seinen Hausaufgaben sitzt. Er beklagt, daß die Kinder nicht spielen oder Sport treiben können und gesundheitlich, besonders nervlich, stark belastet sind. Als Beispiel eine Schülerin: Sie sitzt den ganzen Samstagnachmittag und am Sonntag weitere fünf Stunden vor ihren Schriftzeichen. Zweimal im Halbjahr gibt es eine Prüfung, da muß noch mehr gearbeitet werden. Eltern und Lehrer spornen die Kinder zu Höchstleistungen an, die ohne Zweifel den natürlichen Bedürfnissen der Kinder dieser Altersgruppe entgegengesetzt sind. An verschiedenen Schulen erhalten die Lehrer sogar Prämien für gute Schülernoten, wodurch Problemklassen und -kinder auch noch auf den ohnehin schmalen Geldbeutel des Lehrers drücken (er erhält nur die Hälfte eines Arbeiterlohnes seiner Altersgruppe).

Aber die Jagd nach der besten Note ist unerläßlich, wenn das große Ziel errreicht werden soll, die Hochschule. Das Ausleseverfahren beginnt schon mit der Aufnahmeprüfung zur Modellgrundschule, dann folgt noch eine Aufnahmeprüfung zur Mittelschule. Wer in eine der erstklassigen Grund- und Mittelschulen aufgenommen wird, kann schon mit hoher Wahrscheinlichkeit auf einen Studienplatz rechnen. Wer nur in die zweit- oder drittklassige Mittelschule des Stadtteils kommt, hat schon keine Chance mehr.

Der Kampf ums Hochschulstudium wird unter den Städtern ausgetragen. Kinder vom Land haben keine Chance, ihre Schulen und Lehrer sind dafür nicht gerüstet. Überhaupt liegt das Hauptproblem der Schulausbildung nicht im Konkurrenz- und Notendruck, sondern in der riesigen Kluft zwischen Stadt und Land. Während die Städter immerhin schon 10 Jahre zur Schule gehen, ist ein Dorfkind schon glücklich, wenn der Schulbesuch 5 Jahre dauert. Viele Brigaden haben aber nicht genug Geld und können nur eine dreijährige Schulausbildung organisieren. Da die Lehrer von der Brigade bezahlt werden, sind sie oft sehr arm, manche müssen sogar betteln, wie auf dem letzten Nationalkongreß kritisiert wurde.

Drei Jahre Schule reichen aber nicht, um die 3000 Schriftzeichen richtig zu lernen, die man braucht, um die Zeitung lesen zu können. Nach der Schule vergessen die Kinder wieder, was sie gelernt haben. So kommt es, daß heute 120 Mio. Chinesen unter 45 Jahren und 30% der Landbevölkerung Analphabeten sind, obwohl eigentlich 90% aller Kinder eine Schule besuchen, was für ein Entwicklungsland eine große Leistung ist. Es liegt auf der Hand, daß die Probleme des Schulwesens nur mit vielen gut qualifizierten Lehrern gelöst werden können. Es müssen aber vor allem die nötigen Geldmittel zur Verfügung stehen, für mehr und bessere Schulen, für die Lehrerausbildung. Beides wurde in der Kulturrevolution sabotiert. So ist es einer Lehrerin nicht vorzuwerfen, daß sie die Kinder öffentlich in ,,Dumme“ und ,,Kluge“ einteilt oder schlechten Unterricht macht. Möglicherweise hat sie überhaupt keine Ausbildung, denn die Kulturrevolution schaffte die Ausbildung der Lehrer ab, sondern war stattdessen auf dem Land. Man kann von den Bauern viel Gutes lernen, trotzdem ersetzt ein Leben unter den Massen nicht die fachliche Ausbildung. Besonders in China, wo das Erlernen von Lesen und Schreiben so unendlich viel Mühe kostet, ist die Forschung nach neuen effektiven und kindgerechten Lehrmethoden unerläßlich. Es gibt heute eine Menge engagierter Lehrer und Wissenschaftler, die sich bemühen, den Arbeiter- und Bauernkindern bessere Bildungsmöglichkeiten zu verschaffen.

Die ultralinke Strategie der Kulturrevolution zur Verkleinerung des Unterschiedes zwischen Stadt und Land, Hand- und Kopfarbeit (Bauern und Arbeiter an die Uni, Lehrer aufs Land) hat jedenfalls zu einer erheblichen Senkung des Bildungsniveaus geführt und so letztlich die Unterschiede verschärft. Jetzt müssen große Anstrengungen unternommen werden, um eine durchschnittliche Qualifikation für alle zu erreichen.

Heute gibt es über 65 Mio. Mittelschüler in China, aber nur ca. 900000 Hochschulplätze, obwohl das Land dringend qualifizierte Arbeitskräfte braucht. Das Geld für Ausbildungsplätze an Fachschulen und Hochschulen, für neue Fabriken, in denen mehr Facharbeiter ausgebildet werden können, muß aber aus der erhöhten Produktivkraft der Volkswirtschaft erst noch erwirtschaftet werden. Für China, ein Land der Dritten Welt, ein Bauernland, bedeutet das eine ungeheure Anstrengung. Abschaffung von Notenstreß und Konkurrenz steht jedenfalls erst in einer reichen Gesellschaft mit genügend interessanten und gut bezahlten Arbeitsplätzen auf der Tagesordnung. Bis dahin ist der Weg in China noch lang.



Aufnahmeprüfung zur Hochschule in Peking: 1979 kamen auf 270000 Absolventen der Höheren Mittelschule 11000 Studienplätze. Das Mittelschulwesen krankt daran, daß es nicht auf das Berufsleben vorbereitet. Man bemüht sich jetzt, die einseitige Ausrichtung auf das Hochschulstudium abzubauen, und damit auch die Berufsperspektive der Masse der Mittelschüler zu verbessern.

Großflughafen Kaltenkirchen wird vorläufig nicht gebaut

Schleswig-Holsteinische Landesregierung legt Berufung ein

ang. Überschwenglich hat vor zehn Jahren der damalige Bundesverkehrsminister Leber das Abkommen über den gemeinsamen Großflughafenbau in Kaltenkirchen als ,, Ehe zu dritt'' und ,,Verwirklichung einer großen Idee mit in die Zukunft weisendem Charakter'' bezeichnet. Er wünschte damals dem künftigen Flughafen ,,die Anziehungskraft einer Frau, die von Anbetern umworben'' werde. Mit den Verehrern meinte er die internationalen Fluggesellschaften, die sich in möglichst stattlicher Zahl in Kaltenkirchen niederlassen sollten. Heute kommentieren die Kieler Nachrichten das Projekt Kaltenkirchen säuerlich: ,,Höhenflug und Bauchlandung'' (8.11.80).

Der zähe Kampf der Bewegung gegen den Flughafenbau hat mit dem Urteil des Schleswiger Verwaltungsgerichtes, in dem der Planfeststellungsbeschluß des schleswig-holsteinischen Verkehrsministeriums zurückgewiesen wird, weil darin der Bedarf für zwei Großflughäfen in Norddeutschland nicht hinreichend dargetan worden sei, einen wesentlichen Erfolg – wenn auch nicht den Sieg – erreicht.

Ursprünglich geplant war Kaltenkirchen als ,,Flughafen der Superlative'', als ,,Drehscheibe des Luftverkehrs''. Im Endausbau sollte der Düsenflughafen für 70 Instrumenten-Flugbewegungen je Stunde ausreichen, was rund 15 Millionen Fluggästen pro Jahr entspricht, während zum damaligen Zeitpunkt (1968) Hamburg-Fuhlsbüttel nur 2,5 Millionen Gäste zählte und für 75/76 mit fünf Millionen rechnete. Neben den Hauptstartbahnen waren Nebenstartbahnen vorgesehen, so daß die Zahl der Bewegungen (An- und Abflüge) auf 100 die Stunde gebracht und die Passagierkapazität auf fast 30 Millionen Personen gesteigert werden können sollte.

Schon 1977 war aufgrund des Kampfes der umliegenden Gemeinden aus dem ,,Flughafen der Superlative'' aber der schlichtere ,,Großflughafen'' geworden: So wurde in dem damals vorgelegten Planfeststellungsbeschluß der schleswig-holsteinischen Landesregierung der Einwendung, die den Fortfall beider Nebenstart- und Landebahnen verlangte, stattgegeben.

Über 1400 Klagen gegen das Projekt Kaltenkirchen, eingeleitet durch Kommunen und Einzelpersonen, drücken den Widerstand der Bewegung gegen den Flughafenbau aus. Angegriffen wird die Lärmbelästigung, die Zerstörung der Umwelt, die Ruinierung der Landwirtschaft, sowie auch die Untergrabung der Rechte der Gemeinden bei der Planung dieses Flughafens.

Bereits 1969 hatte die schleswig-holsteinische Landesregierung 70% der erforderlichen 2400 Hektar großen Fläche erworben. Bauernhöfe wurden umgesiedelt, zum Teil wurde den Bauern nur ein Teil ihres Landes abgepreßt, der Rest taugte aber zur landwirtschaftlichen Verwendung nicht und der Kauferlös reichte nicht zum Neubeginn. Der Gemeinde Nützen wurde absolutes Bauverbot auferlegt. Sie verfügt weder über eigene Wasserversorgung noch über ein eigenes Klärwerk. Mittlerweile sind 50% der Dorfbewohner weggezogen.

Seit 1976 mehren sich aber auch die Stimmen aus den Spitzen von FDP und SPD gegen den Flughafen Kaltenkirchen. Sie folgen damit dem Druck der Bewegung, vor allem wird aber auch die Rentabilität des Projekts in Zweifel gezogen. Ausgegangen waren die Flughafenplaner davon, daß spätestens 1980 der Punkt erreicht ist, an dem die Kapazitäten des Flughafens Fuhlsbüttel vollends ausgeschöpft sind. Sie sagten damals 7,8 bis 9,8 Millionen Flugpassagiere voraus. Tatsächlich sind es im vergangenen Jahr nur 4532578 gewesen. Der Flughafen – geplant zur Verbesserung der Konkurrenzsituation im internationalen Flugverkehr, zur Verbesserung der Infrastruktur für Import- und Exportgeschäfte insbesondere auch mit Skandinavien und für den beschleunigten Umschlag des Kapitals überhaupt – wird Teilen der Kapitalistenklasse jetzt, im Vorfeld der Krise, zu teuer. Generell aber halten sie an dem Projekt fest. Die schleswig-holsteinische Landesregierung hat Berufung gegen das schleswiger Urteil angekündigt und der Hamburger Wirtschafts- und Verkehrssenator Steinert hat das grundsätzliche ,,Ja'' zum Flughafen Kaltenkirchen bekräftigt, wenngleich der Hamburger Senat den Finanzierungsschlüssel geändert haben will. Gegenwärtig soll Hamburg 64%, der Bund 26% und Schleswig-Holstein 10% zahlen.



3000 Jugendliche beteiligten sich an der Abschlußdemonstration der Aktionswoche des Landesjugendringes ,,Jugend für ihre Zukunft''. Die Demonstrationsforderungen richteten sich u.a. gegen das BGJ, die Schul- und Studienbedingungen und die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten.

Elbwasserverseuchung

Reinhaltungspläne: geringe Kosten für Kapitalisten

jöf. Das Heidelberger Institut für Sedimentforschung untersucht seit längerem die Bodenablagerungen der Elbe. Schon von 1972 bis 1975 hatte sich der Quecksilbergehalt im Schlamm verdreifacht. Neue Proben vom Juni dieses Jahres ergaben – angesichts der kurzen Zeitspanne alarmierende – Zunahmen der Schwermetallgehalte. Nickel nahm um 6% zu, Quecksilber um 34%, Chrom um 52%, Blei um 56%, Kupfer um 109%, Zink um 145% und Kadmium um 323%. Alle Schwermetalle sind giftig für Mensch und Tier, Kadmium am meisten. Über die Auswirkungen chronischer, allmählicher Schwermetallvergiftungen ist nicht viel bekannt. Die Schwermetalle können nach Ansicht der Heidelberger Forscher nur aus Hamburg kommen. Was im Sediment gefunden wird, muß aus dem Wasser stammen. Entweder, es befand sich im Wasser in gelöster Form oder kam als Staub aus der Luft o.ä. Das Sediment kann als Zeitrafferaufnahme des Geschehens im Wasser aufgefaßt werden.

Die Unterelbe zwischen Schnackenburg und Cuxhaven wurde von Universitätswissenschaftlern ziemlich regelmäßig untersucht. Dabei fällt eine immer gleiche Entwicklung auf, die im Sommer besonders drastisch ist: starke Abnahme des Sauerstoffgehaltes bei Hamburg, rasche Zunahme der Fäkal-(Coli-)bakterien und der Keime überhaupt. Zurückzuführen ist das auf Einleitung nicht oder nur unzureichend geklärter Abwässer in Hamburg. Noch heute ist der Südteil Hamburgs ohne fertiges Klärwerk. Gemeinden auf niedersächsischer Seite der Elbe tragen auch ihren Anteil bei zur Verschmutzung der Elbe: Von 58 Milliarden m^3 Abwasser, das sie in die Elbe leiten, sind 19 Milliarden m^3 ungeklärt, hiervon wiederum stammen 7,5 Milliarden aus Gewerbebetrieben (Zahlen von 1975). Zwar ist der größte Teil davon Kühlwasser, aber immerhin 6 Millionen m^3 Prozeßwasser werden nicht vorbehandelt der Elbe zugeführt.

Eine ökologische, also Gesamtlagebetrachutng der Elbe nahmen die Hamburger Biologen Grimm, Peters und Rohwedern in ihrer von der Stadt Cuxhaven in Auftrag gegebenen ,,Vorstudie zu einem ökologischen Gesamtlastplan für die Niederelberegion'' (1977). Sie kommen zu dem Schluß, daß für Brackwassertiere (Brackwasser ist ein Gemisch aus Süß- und Meerwasser, wie in der Elbe anzutreffen), ein Sauerstoffgehalt von 5 mg/Liter nicht dauernd unterschritten werden darf, sonst kommt es zu Schädigungen oder Tod.

Nun werden im Sommer 5 mg/l kaum noch überschritten, häufig aber unterschritten. Erst im Mündungs trichter flußabwärts Brunsbüttel bessert sich die Lage durch Vermischung mit Meerwasser. Bei einer mehr Faktoren erfassenden Einteilung der Gewässer in Güteklassen liegt die Elbe von St. Pauli bis Stadersand in Güteklasse III (stark verschmutzt, für die Trinkwasseraufbereitung ungeeignet, Badeverbot) bis IV (übermäßig stark verschmutzt, Ökosystem zusammengebrochen, kaum noch gefahrlose Nutzung möglich). Die Einteilung der Unterelbe in Güteklasse II-III von der niedersächsischen Landesregierung ist geschönt; dabei wurde das Jahresmittel gebildet, wichtig ist aber, daß zu keiner Jahreszeit kritische Zustände erreicht werden.

Die vor drei Jahren von den anliegenden Bundesländern gegründete ,,Arbeitsgemeinschaft zur Reinhaltung der Elbe'' ist wohl mehr ein Alibi; Enthüllungen kommen immer von anderen Forschern. Die Landesregierung Schleswig-Holstein will das Wirksamwerden des Abwasserabgabengesetzes auf 1984 verschieben. Der Forderung der norddeutschen Kutter- und Küstenfischer, alle Abwasser- und sonstige Einleitungen in Nordsee und Elbe von ihrer Zustimmung abhängig zu machen, müßte mehr Nachdruck verliehen werden.

3500 Studenten demonstrierten Kampfbereitschaft

Warnstreik / Anhörung in der Bürgerschaft / Studentenprozeß

chs. Am 11.11. führten die Studenten der Hamburger Hochschulen einen Warnstreik durch, der sich gegen die Überfüllung der Seminare richtete, gegen den Stop des Wohnheimbaus sowie gegen neue geplante Verschärfungen der Prüfungsordnung durch den Senat. Auf einer Versammlung in der Universität demonstrierten 3500 Studenten dem anwesenden Senator Sinn und dem Universitätspräsidenten ihre Kampfbereitschaft, als Sinn meinte, die unhaltbaren Zustände müßten noch zehn Jahre lang ausgehalten werden, und Fischer-Appelt als Ausweg nur den NC andeutete. Der AStA forderte Geld aus dem Rüstungshaushalt, als Sinn dagegen die ,,Verteidigungs politik der Bundesregierung'' guthieß, ging er in einem Pfeifkonzert unter. Am Tag darauf öffentliche Anhörung in der Bürgerschaft über die geplante Neuregelung der Zwischenprüfung. Der Senat will keinen Studenten mehr ins Hauptstudium lassen, der die Zwischenprüfung noch nicht bestanden hat, die Zwischenprüfung soll generell benotet werden. Der Senat gerät unter Druck. Die Vertreter der Universität – die Fachbereichssprecher und der Präsident der Fachhochschule – lehnen eine solche gesetzliche Regelung ab und fordern, daß sie selbst entsprechend den Studienbedingungen angemessene Regelungen treffen können. Die Studentenvertreter können darauf hinweisen, daß eine gemeinsame Front von Dozenten und Studenten gegen diese Gesetzesänderung besteht.

Währenddessen wird vor dem Amtsgericht Hamburg der Prozeß gegen vier ehemalige Studenten der Hamburger Universität wegen Teilnahme an Streikaktionen im Sommersemester 1977 weitergeführt. Damals ging es genauso wie im Streik der vergangenen Woche um die unhaltbaren Zustände an der Universität: Die bevorstehende Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes mit Regelstudienzeit und Zwangsexmatrikulation, sowie geringes BAFöG waren die Hauptforderungen des Streiks seinerzeit gewesen. Am vergangenen Donnerstag und Freitag war der Universitätspräsident Dr. Peter Fischer-Appelt als Zeuge geladen. Er versuchte, die Geschichte zu fälschen und den Streik der Studenten in den Schmutz zu ziehen. Nicht die bevorstehende Verabschiedung des HRG war eine Herausforderung der Studenten, sondern vielmehr war der Streik der Studenten die größte Herausforderung der Universität in ihrer Geschichte, begann er seine Aussage. Und: Es habe sogar 2 Leitartikel in der FAZ über den Streik gegeben. Über die sozialen Ziele des Streiks wußte er nur wenig, mußte aber zugeben, daß einige der damals erhobenen Forderungen (z.B. Erstellung von Studienordnungen) nach wie vor nicht erfüllt sind. Fischer-Appelt bezeichnete den Streik im Sommer 1977 als die letzten Ausläufer einer aktionistischen Bewegung. Daß gegenwärtig wieder gestreikt wird, paßt allerdings schlecht in diese Theorie.

als ,,Drehscheibe des Luftverkehrs''. Im Endausbau sollte der Düsenflughafen für 70 Instrumenten-Flugbewegungen je Stunde ausreichen, was rund 15 Millionen Fluggästen pro Jahr entspricht, während zum damaligen Zeitpunkt (1968) Hamburg-Fuhlsbüttel nur 2,5 Millionen Gäste zählte und für 75/76 mit fünf Millionen rechnete. Neben den Hauptstartbahnen waren Nebenstartbahnen vorgesehen, so daß die Zahl der Bewegungen (An- und Abflüge) auf 100 die Stunde gebracht und die Passagierkapazität auf fast 30 Millionen Personen gesteigert werden

Neubeginn. Der Gemeinde Nützen wurde absolutes Bauverbot auferlegt. Sie verfügt weder über eigene Wasserversorgung noch über ein eigenes Klärwerk. Mittlerweile sind 50% der Dorfbewohner weggezogen.

Seit 1976 mehren sich aber auch die Stimmen aus den Spitzen von FDP und SPD gegen den Flughafen Kaltenkirchen. Sie folgen damit dem Druck der Bewegung, vor allem wird aber auch die Rentabilität des Projekts in Zweifel gezogen. Ausgegangen waren die Flughafenplaner davon, daß spätestens 1980 der Punkt erreicht ist, an dem die

Kapitals überhaupt – wird Teilen der Kapitalistenklasse jetzt, im Vorfeld der Krise, zu teuer. Generell aber halten sie an dem Projekt fest. Die schleswig-holsteinische Landesregierung hat Berufung gegen das schleswiger Urteil angekündigt und der Hamburger Wirtschafts- und Verkehrssenator Steinert hat das grundsätzliche ,,Ja'' zum Flughafen Kaltenkirchen bekräftigt, wenngleich der Hamburger Senat den Finanzierungsschlüssel geändert haben will. Gegenwärtig soll Hamburg 64%, der Bund 26% und Schleswig-Holstein 10% zahlen.

3500 Studenten demonstrierten Kampfbereitschaft
Warnstreik / Anhörung in der Bürgerschaft / Studentenprozeß

Stoltzenberg-Prozeß: Die Großen läßt man laufen ...

khg. Am 2. Februar 1981 soll der Prozeß gegen Karl-Heinz Ludwig, den Vater des beim Experimentieren mit Chemikalien vom Stoltzenberg-Gelände durch eine Explosion tödlich verletzten Oliver L., vor dem Landgericht Hamburg beginnen. Angeklagt ist er wegen fahrlässiger Tötung seines eigenen Sohnes, weil er zugelassen haben soll, daß sein anderer Sohn Thomas, der bei der genannten Explosion verletzt wurde, mit gefährlichen Chemikalien experimentiert. Karl-Heinz Ludwig ist der einzige Angeklagte in dem Verfahren. Gegen Verantwortliche der Stoltzenberg-Vorgänge in den Hamburgischen Behörden sind Maßnahmen nicht eingeleitet worden. Der Inhaber des Stoltzenberggeländes, Leuschner, ist wegen Verhandlungsunfähigkeit aus dem Verfahren raus, die Staatsanwaltschaft hat die Anklage gegen ihn zurückgenommen. Die Verteidigung des Angeklagten Ludwig hatte angeregt, nach § 60 StGB zu verfahren. Danach kann das Gericht von Strafe absehen, wenn die Folgen der Tat, die den Täter getroffen haben, so schwer sind, daß die Verhängung einer Strafe offensichtlich verfehlt wäre. Gericht und Staatsanwaltschaft haben sich bisher geweigert, so zu verfahren. Offensichtlich soll hier ein Prügelknabe gefunden werden, um die Behörden aus der Schußlinie halten zu können.

Polizeirazzia in Hamburg mit über 600 Beamten

cld. Am Donnerstagnachmittag bis Freitagmorgen hat die Hamburger Polizei mit 600 Bereitschaftspolizisten die größte Razzia seit 1977 durchgeführt. ,,Abendblatt'' und ,,Bild'' sprechen in ihren Samstagsausgaben von einem großen Erfolg. ,,Die Welt'' hält ca. 3000 Überprüfungen und etwa 15 Festnahmen für etwas dürftig bei dem getriebenen Aufwand. Die Polizeiführung hat die Razzia damit begründet, daß dem Bürger gezeigt wird, daß die Polizei präsent sei und ihn vor Verbrechen schützen würde. Wie die ,,Präsenz'' aussah? ,,Es war ein Überfall.'' So äußert sich ein Betroffener zu seinem ,,Schutz'' durch die Polizei. Die Polizei ist Teil des Staatsapparates, der das Privateigentum an den Produktionsmitteln zu schützen hat. Sie schützt die einzelnen Teile des Staates, wie z.B. den Kern des Unter drückungsapparates, die Bundeswehr. Darum wurden während der Razzia zwei Hundertschaften nach Lüneburg abgezogen, um dort die öffentliche Vereidigung vor Demonstranten zu schützen.

Demonstration der DPG in Kiel

pes. Ungefähr 400 Postler demonstrierten am Sonnabend in Kiel für ihre Forderung nach 1½- facher Anrechnung der Arbeitszeit im Schichtdienst. Unter vielen Transparenten marschierten die aus ganz Schleswig-Holstein angereisten Kollegen zum Holstenplatz, wo auf einer Kundgebung die Forderungen bekräftigt wurden und Kollegen aufgerufen wurden, am Montag und am Dienstag in der Urabstimmung für Streik zu stimmen.

,,Wird Gscheidle länger warten, wird keine Post mehr starten,'' war die Losung in der Demonstration. Auf der Kundgebung berichtete eine Kollegin aus der Telefonzentrale über die Erfahrungen mit dem Schichtdienst. Schlafstörungen, Herz-Kreislauf-und Magenkrankheiten seien an der Tagesordnung. Nicht um mehr Geld gehe es, sondern um Arbeitsbedingungen, die es ermöglichen, am sozialen Leben teilzunehmen und nicht die Gesundheit zu ruinieren.

1000 demonstrieren gegen Rekrutenvereidigung

1000 Menschen demonstrierten am letzten Mittwoch gegen die öffentliche Vereidigung von über 500 Rekruten des Wehrbereichs I in Schleswig. Schluß mit den öffentlichen Vereidigungen, Schluß mit den Kriegsvorbereitungen, BRD raus aus der NATO, Auflösung von NATO und Warschauer Pakt waren die am häufigsten gerufenen Parolen des Demonstrationszuges von der Innenstadt bis zum Stadion, in dem das Gelöbnis unter dem Schutz von einigen hundert Polizisten und Feldjägern abgehalten wurde. Unter den Sprechchören und Pfeifkonzerten der Demonstranten vor dem Stadion hielten Konteradmiral Feindt und Finanzminister Titzck ihre Reden vor ca. 600 Angehörigen und Ehrengästen. Die SPD hatte ihre Teilnahme abgesagt, weil sie gegen ein ,,feierliches Gelöbnis im Rahmen eines Militärschauspieles mit Großen Zapfenstreich'' sei. Noch im letzten Frühjahr hatte Egon Bahr bei einer Vereidigung in Flensburg gesprochen. In der nächsten Woche findet in mehreren Städten eine ,,Friedenswoche'' unter dem Thema ,,Frieden schaffen ohne Waffen'' statt, die wesentlich von Kirche, Sozialdemokratie und verschiedenen pazifistischen Verbänden getragen wird und dazu dienen soll, den Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten auf die Mühlen christlichen Pazifismus zu lenken.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) // Ständiger Ausschuß, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119551, 6000 Frankfurt am Main, Telex 4 13080 kuehl d, Telefon 0611/730231; Regionalredaktion: Kleine Rainstraße 21, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/394904; Verantwortlicher Redakteur für die Seiten 1 - 10, 14 - 16: Bernhard Peters, für die Seiten 11 - 13 Lutz Plümer; Druck: Eigendruck; Verlag: Kühl Verwaltung GmbH & Co Verlags-Kommanditgesellschaft; Geschäftsführer: Ernst Ehlert, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt am Main 2.

Erscheint wöchentlich. Zu beziehen über die Geschäftsstelle des Regionalverbandes, Kleine Rainstraße 21, 2000 Hamburg 50, gegen Einzahlung des Abonnementpreises von 11 DM pro Vierteljahr oder 44 DM pro Jahr; Commerzbank 4036794, BLZ 20040000.



400 Postler demonstrierten am Sonnabend in Kiel für die Forderung nach 1½-facher Anrechnung der Arbeitszeit im Schichtdienst und bekräftigten auf einer Kundgebung ihre Bereitschaft zum Streik für ihre Forderungen.

Die Metalltarifrunde wurde eingeleitet

Anhebung unterer Lohngruppen soll durchgesetzt werden

edd. Zur Vorbereitung der Tarifbewegung 80/81 führte die Hamburger IG Metall eine große Funktionärsversammlung durch, an der 500 Vertrauensleute und Betriebsräte teilnahmen. Janßen vom Vorstand der IG Metall führte aus, daß sich die IGM dem Tarifdiktat von Gesamtmetall nicht beugen will, zur Forderung erklärte er nur, daß der Reallohn gesichert werden muß.

Gegen diese Auffassung wandten sich in der Diskussion verschiedene der ca. 25 Redner aus allen wichtigen Betrieben der Hamburger Metallindustrie. Die Änderung der Lohnformel, so griffen Vertrauensleute von Siemens die Auffassung von Janßen an, würde zu einem Reallohnabbau führen. Die VKL bei Siemens erklärte sich für eine Forderung mit einem festen DM-Betrag und einem Prozentbetrag. Diese, so der Vertrauensmann, würden sie nach der alten Lohnformel 5,5% für Preissteigerungen, 2% für Umverteilung, 3,9% Produktivitätszuwachs errechnen. Dem stimmten auch andere Redner zu, die in der Höhe der vorgeschlagenen Forderungen zwischen 190 DM und 300 DM (Volumen zwischen 10 und 12%) lagen. Der 2. Bevollmächtigte der Hamburger IG Metall Engelmann betonte, daß die Einheit auf dem Gewerkschaftstag über die Anhebung der unteren Gruppen, auch für den Kampf genutzt werden muß. Daß die unteren Lohngruppen angehoben werden müssen durch Festgeldmindestforderungen und Streichung der Lohngruppe 2, wurde von Rednerinnen des Ortsfrauenausschusses der IGM Hamburg gefordert. Daß auf die Durchsetzung der Anhebung der unteren Lohngruppen um einen gleichen Geldbetrag der Kampf konzentriert werden muß, forderte ein Mitglied der VKL von AEG N4, wo dies so vom VK diskutiert worden ist. Die Diskussion über die Höhe der Forderung beginnt zur Zeit erst in den Metallbetrieben. Der 2. Vorsitzende des Vertrauenskörpers von HDW betonte, daß sie, obwohl es auf der Werft unter Lohngruppe 5 niemand geben würde, diese Forderung aktiv unterstützen. Er begrüßte die Diskussion, ebenso wie der VK-Leiter von Blohm und Voss, über die Aufstellung von Nebenforderungen wie z.B. ‚voller Lohnausgleich bei Kurzarbeit'. Letzterer bekräftigte ebenfalls, daß ein Festgeldbetrag mit aufgestellt werden muß. Dazu äußerte sich Janßen nicht. Vertrauensleute von E.-H.C.Will, CHF Müller Fabrik, AEG N4, Siemens bekräftigten, daß die Ausbildungsvergütungen angehoben werden müssen. Sie sollen prozentual an den Ecklohn angehoben werden. In verschiedenen Beiträgen von Janßen und den Vertrauensleuten wurde betont, daß dies nur mit Kampf durchzusetzen sei. Janßen rief zur „neuen Beweglichkeit" auf, d.h. zu spontanen Arbeitsniederlegungen während der Verhandlungen durch Betriebe und Abteilungen. Dies erhielt viel Beifall. Ebenso wie Vertrauensleute von HDW, die sich gegen die Steuerpläne der Bundesregierung wandten. Im Kampf gegen die Einschränkung des Streikrechts wurde einstimmig eine Solidaritätserklärung mit den Times-Druckern verabschiedet und 1700 DM wurden für bolivianische Gewerkschaften gesammelt. Mit der Versammlung hat die IG Metall die Diskussion in den Betrieben um die Forderung eingeleitet, „um den Angriffen von Gesamtmetall offensiv entgegenzutreten" (Janßen).

Gegen diese Auffassung wandten sich in der Diskussion verschiedene der ca. 25 Redner aus allen wichtigen Betrieben der Hamburger Metallindustrie. Die Änderung der Lohnformel, so griffen Vertrauensleute von Siemens die Auffassung von Janßen an, würde zu einem Reallohnabbau führen. Die VKL bei Siemens erklärte sich für eine Forderung mit einem festen DM-Betrag und einem Prozentbetrag. Diese, so der Vertrauensmann, würden sie nach der alten Lohnformel 5,5% für Preissteigerungen, 2% für Umverteilung, 3,9% Produktivitätszuwachs errechnen. Dem stimmten auch andere Redner zu, die in der Höhe der vorgeschlagenen Forderungen zwischen 190 DM und 300 DM (Volumen zwischen 10 und 12%) lagen. Der 2. Bevollmächtigte der Hamburger IG Metall Engelmann betonte, daß die Einheit auf dem Gewerkschaftstag über die Anhebung der unteren Gruppen, auch für den Kampf genutzt werden muß. Daß die unteren Lohngruppen angehoben werden müssen durch Festgeldmindestforderungen und Streichung der Lohngruppe 2, wurde von Rednerinnen des Ortsfrauenausschusses der IGM Hamburg gefordert. Daß auf die

stellung von Nebenforderungen wie z.B. ‚voller Lohnausgleich bei Kurzarbeit'. Letzterer bekräftigte ebenfalls, daß ein Festgeldbetrag mit aufgestellt werden muß. Dazu äußerte sich Janßen nicht. Vertrauensleute von E.-H.C.Will, CHF Müller Fabrik, AEG N4, Siemens bekräftigten, daß die Ausbildungsvergütungen angehoben werden müssen. Sie sollen prozentual an den Ecklohn angehoben werden. In verschiedenen Beiträgen von Janßen und den Vertrauensleuten wurde betont, daß dies nur mit Kampf durchzusetzen sei. Janßen rief zur „neuen Beweglichkeit" auf, d.h. zu spontanen Arbeitsniederlegungen während der Verhandlungen durch Betriebe und Abteilungen. Dies erhielt viel Beifall. Ebenso wie Vertrauensleute von HDW, die sich gegen die Steuerpläne der Bundesregierung wandten. Im Kampf gegen die Einschränkung des Streikrechts wurde einstimmig eine Solidaritätserklärung mit den Times-Druckern verabschiedet und 1700 DM wurden für bolivianische Gewerkschaften gesammelt. Mit der Versammlung hat die IG Metall die Diskussion in den Betrieben um die Forde-

Maschinenbau Holstein: Die Krise zeichnet sich ab

Ausdehnung der Arbeitszeit / Intensivierung der Arbeit / Lohndrückerei

pes. Die IHK hat laut Kieler Nachrichten vom 8.11.80 die Einschätzung der Kapitalisten von der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage wie folgt zusammengefaßt: „Die Wirtschaft in Schleswig-Holstein floriert auf einem noch befriedigenden Niveau. Die Zahlungsweise der Unternehmen ist allerdings schleppender geworden; und die Zukunftserwartungen sind von einer extremen Ungewißheit geprägt. ... Während die elektromechanische sowie die feinmechanische und optische Industrie noch auf der Sonnenseite der Konjunktur liegen, ist der Maschinenbau schon in den Schatten geraten." Entscheidend sei die „Kostenentwicklung im Personalbereich" und außerdem müsse die „Komfortausstattung der Arbeitsplätze" (Murmann) zurückgehen. Worauf stützen die Kapitalisten ihre Einschätzungen und wie müssen die Arbeiter angesichts der prophezeiten Krise ihre Taktik für die kommenden Tarifrunden entwickeln? Einige Untersuchungen über die Lage in der Maschinenbauindustrie können darüber Aufschluß geben. Der Maschinenbau in S-H hatte im August 1980 einen Anteil von 37% am gesamten Umsatz der Metallindustrie in diesem Raum. 30844 Arbeiter und Angestellte sind in diesem Bereich beschäftigt, das sind 32% der Beschäftigten in der Metallindustrie. Sowohl für die Kapitalisten als auch die Arbeiter ist die Entwicklung in diesem Wirtschaftszweig von einiger Bedeutung.

Von 1977 bis 1979 kletterte der Umsatz im Maschinenbau von 239574 Mio. DM im Monatsdurchschnitt auf 291840 Mio. DM. In diesem Jahr ist er unter das Vorjahresniveau gesunken auf 278592 Mio. DM. (Wir wenden in der Berechnung die Durchschnittszahlen des Monats an, um einen Vergleich mit diesem Jahr zu ziehen, wofür Daten bis August vorliegen.) Andererseits betrugen die Auftragseingänge in den ersten 8 Monaten dieses Jahres schon 71% des letzten Jahres. Nimmt man zu diesen beiden Daten die Tatsache hinzu, daß zwar der Umsatz sinkt, aber die Anzahl der gearbeiteten Stunden steigt von 2711000 im letzten Jahr auf 2866000 im ersten Halbjahr 1980 (wiederum monatlicher Durchschnitt), ergibt sich, daß die Kapitalisten ihre Lagerproduktion ausgedehnt haben. Es ist mehr produziert, aber weniger verkauft worden als letztes Jahr. Wenn man gleichzeitig dazu die Entwicklung der gearbeiteten Stunden und die der Arbeiter untersucht, stellt man fest, daß die Kapitalisten in den ersten Monaten dieses Jahres eine überproportionale Steigerung der gearbeiteten Stunden gegenüber der Steigerung der Zahl der Arbeiter erreichen konnten:

Entwicklung der gearbeiteten Stunden (1) und Zahl der Arbeiter (2)

	1	2
1977-78	-2,4%	-0,4%
1978-79	5,1%	6,6%
1979-80	5,7%	3,3%

Das bedeutet eine intensivere Auslastung der Kapazitäten und damit eine Steigerung der Produktion durch die Intensivierung der Arbeit.

Die wirtschaftliche Krise äußert sich immer zuerst als Absatzkrise. Die Kapitalisten produzieren und stellen plötzlich fest, daß ein Teil ihrer Produkte nicht auf dem Markt verkauft werden kann. Während also der Umsatz sinkt, nimmt die Produktion noch zu; der neue Präsident des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagebauer (VDMA), Tyll Necker aus Bad Oldesloe, erwartet denn auch eine Steigerung der Produktion in diesem Jahr von real fünf Prozent. Für das nächste Jahr wird mit einem Rückgang von zwei bis drei Prozent gerechnet. Dann sollen die Läger abgebaut werden.

Die Kapitalisten lügen nicht, wenn sie eine Krise heraufziehen sehen. Die Krise entsteht aus der Überproduktion von Kapital. Die Kapitalisten betreiben dies, weil es ihnen auf die Profite ankommt, die sie aus den Arbeitern pressen, die sie aber realisieren müssen über den Markt. Tritt die Lage ein, wie sie sich jetzt abzeichnet, wollen sie über Verschärfung der Ausbeutung, Lohndrückerei und Rationalisierung die Produktionskosten drücken, um gegenüber den Konkurrenten billiger produzieren und entsprechend mehr Profit machen zu können. Dabei versuchen sie, alle Schranken des gesetzlichen Schutzes der Arbeitskraft einzureißen. Den Maschinenbau-Kapitalisten ist es in diesem Jahr gelungen, die Senkung der tatsächlich gearbeiteten Stunden aufzuhalten. 1977: 152 Stunden/Monat; 1978: 149; 1979: 147; 1980: 146,8. Das zeigt, daß sie den Arbeitstag ausgedehnt haben. Diese Zahlen erklären aber auch ihren Angriff auf die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Trotz einer industriellen Reservearmee von einer Million ist es der Arbeiterklasse gelungen, eine leichte Steigerung des Reallohns im letzten Jahr durchzusetzen.

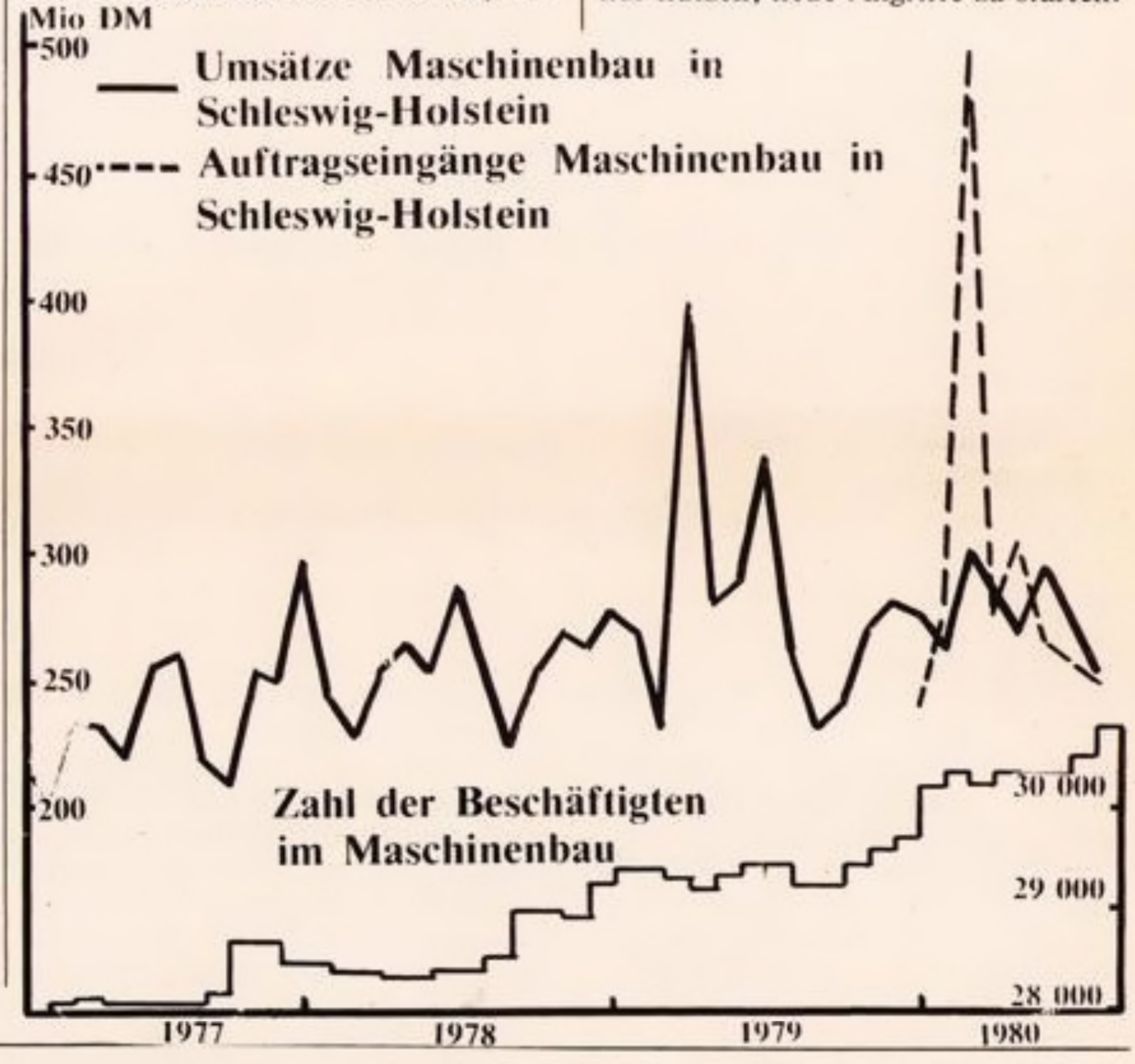
In den kommenden Lohnrunden wollen die Kapitalisten 3% erreichen. Sie begründen diese Lohnsenkung mit der heraufziehenden Krise. Die Sache hat nur einen Haken: Die Krise resultiert nicht aus hohen Löhnen. Sie wird auch nicht durch niedrige beseitigt, sondern durch die Vernichtung überschüssigen Kapitals wird sie vorübergehend abgeschwächt, bis die nächste kommt. Mit Lohnsenkung und Steigerung der Ausbeutung wollen die Kapitalisten auch in der Krise noch Profite machen und dem tendenziellen Fall ihrer Profitrate entgegentreten.
Es besteht also kein Grund für die Arbeiterbewegung, in diesen Lohnrunden niedrige Abschlüsse hinzunehmen. Im Gegenteil werden die Kapitalisten das nur nutzen, neue Angriffe zu starten.

wicklung in diesem Wirtschaftszweig von einiger Bedeutung.

Von 1977 bis 1979 kletterte der Umsatz im Maschinenbau von 239574 Mio. DM im Monatsdurchschnitt auf 291840 Mio. DM. In diesem Jahr ist er unter das Vorjahresniveau gesunken auf 278592 Mio. DM. (Wir wenden in der Berechnung die Durchschnittszahlen des Monats an, um einen Vergleich mit diesem Jahr zu ziehen, wofür Daten bis August vorliegen.) Andererseits betrugen die Auftragseingänge in den ersten 8 Monaten dieses Jahres schon 71% des letzten Jahres. Nimmt man zu diesen beiden Daten die Tatsache hinzu, daß zwar der Umsatz sinkt, aber die Anzahl der gearbeiteten Stunden steigt von 2711000 im letzten Jahr auf 2866000 im ersten Halbjahr 1980 (wiederum monatlicher Durchschnitt), ergibt sich, daß die Kapitalisten ihre Lagerproduktion ausgedehnt haben. Es ist mehr produziert, aber weniger verkauft worden als letztes Jahr. Wenn man gleichzeitig dazu die Entwicklung der gearbeiteten Stunden und die der Arbeiter untersucht, stellt man fest, daß die Kapitalisten in den ersten Monaten dieses Jahres eine überproportio-

sie sich jetzt abzeichnet, wollen sie über Verschärfung der Ausbeutung, Lohndrückerei und Rationalisierung die Produktionskosten drücken, um

beiterbewegung, in diesen Lohnrunden niedrige Abschlüsse hinzunehmen. Im Gegenteil werden die Kapitalisten das nur nutzen, neue Angriffe zu starten.



DPG-OV Lübeck bildet Streikleitung

beh. Alle gewerkschaftlichen Vertrauensleute haben sich auf einer außerordentlichen Vertrauensleutekonferenz der DPG-Lübeck einmütig für Urabstimmung und Streik zur Durchsetzung der Forderungen für Nacht- und Schichtdienstleistende ausgesprochen. Es wurde eine Streikleitung gebildet. Im Raum Lübeck sind zur Zeit 752 Arbeiter und Angestellte beim Post- und Fernmeldeamt beschäftigt. Speziell im Schichtdienst, der die Bereiche Brief- und Paketumschlag, Fernmeldeamt sowie Fernsprechauskunft umfaßt, arbeiten rund 200 Beschäftigte.

Neue Entlassungen bei Honeywell / Elac

kav.Kiel. Die Elac Ingenieurstechnik GmbH, Tochterunternehmen von Honeywell, will in nächster Zeit 50 bis 70 der 270 Beschäftigten entlassen. Betroffen sind davon hauptsächlich Frauen aus der Fertigung. Begründet werden die Entlassungen mit den hohen deutschen Lohnkosten und der Auslagerung der Fertigung von Phonogeräten nach Jugoslawien. Um auf dieser Produktion auch weiter den Daumen zu halten, werden die Tonköpfe und wichtige Ersatzteile weiter in der BRD gefertigt. Fortgesetzt wird hier eine Rationalisierungswelle, die die im Konkurrenzkampf auf dem Phonosektor auf der Strecke gebliebenen Elac verstärkt in Angriff genommen haben.

Die Elac Ingenieurstechnik beschränkt sich jetzt hauptsächlich auf Entwicklungen auf dem Elektroniksektor. So wird z.Zt. ein Industrieroboter entwickelt, der bereits jetzt als Beitrag zur „Humanisierung der Arbeitswelt" und „nimmermüder Mitarbeiter" gewertet wird. Besonders die Automobilkonzerne warten gespannt auf diese Neuerung. Die Honeywell-Kapitalisten werden sicherlich gute Profite damit haben, wenn er funktioniert. Auf Seiten der Arbeiter werden wohl wieder ein paar tausend Arbeitslose dabei rauskommen und eine immense Steigerung der Arbeitshetze für die Verbleibenden.

IGM-Jugend greift Zustände in der Innungs-Werkstatt an

ebn. Im Ausbildungszentrum der Hamburger Metall-Innung gibt es seit längerem Auseinandersetzungen um die Verhältnisse in den Umkleide-und Sanitärräumen. Obwohl die Arbeitsstättenrichtlinien bei fast allen Normen Umgehungsmöglichkeiten haben (z.B. „... soweit baulich möglich."), hält die Innung selbst die wenigen Mindestnormen nicht ein. So sollen sich auf einem m² vier Personen gleichzeitig umziehen. Pro Person steht ein Schrank von 30 cm × 50 cm × 80 cm zur Verfügung, in den vom Hemd bis zu Mantel, Schuhen und Arbeitskleidung alles hineingestopft werden soll. Vorgeschrieben: 60 cm × 180 cm × 50 cm. In Toiletten und Waschräumen gibt es weder Seife noch Handtuch. Vorgeschrieben: Seifenspender, Papierhandtücher oder Händtrockner oder Handtuchautomaten. Die IGM-Jugend hat gegen diese Verhältnisse am „Tag der offenen Tür" der Innung ein Flugblatt an die besuchenden Schulklassen verteilt. In ihrem Ärger und ihrer Dummheit hat die Innung das Flugblatt mit einem Aufdruck, mit dem alles abgestritten wird, noch mal gedruckt und verteilt, obwohl jeder die Wahrheit überprüfen konnte. Dazu hat sie auf „ihrem" Flugblatt noch das Impressum der IG-Metall unverändert gelassen, was wohl noch ein Nachspiel haben wird.

Journalisten fordern 40-Stunden-Woche

are. Bei verschiedenen Lokalredaktionen in Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen haben die Journalisten im Rahmen bundesweiter Streik aktionen der Deutschen Journalisten Union (dju) die Arbeit für mehrere Stunden niedergelegt. Die Warnstreiks wurden durchgeführt, weil die Manteltarifverhandlungen zwischen dem Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) und den Journalisten-Organisationen an der Haltung der Kapitalisten gescheitert sind. In einer Erklärung des Verlegers des Stader Tageblattes heißt es: „Eine starre 40-Stunden-Woche sehen die Verleger als Widerspruch zur bislang verwirklichten Freiheit des Journalismus, die erst eine freie Presse ermöglicht. 40 Stunden pro Woche hieße die Einführung von Zeitnachweisen und Zeitkontrollen, eine bürokratische Reglementierung, die nicht im Sinne von Journalisten sein kann, deren Engagement, Spontanität und Kreativität nicht mit der Stoppuhr eingeengt werden darf." In einer Erklärung der dju, die im Lokalteil des Stader Tageblattes abgedruckt war, heißt es dagegen: "Gerade bei Lokalzeitungen wie beim Stader und Buxtehuder Tageblatt sind die Journalisten rund um die Uhr im Einsatz. Darunter leiden nicht nur die Redakteure selber – sie haben keine tarifvertraglich geregelte Arbeitszeit und häufig Wochenenddienst – darunter leidet auch häufig der Inhalt der Zeitungen." Weitere Forderungen sind Freizeitausgleich für Mehrarbeit, angemessene Zuschläge für Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit.

Anstieg der Arbeitslosigkeit in Hamburg

are. Nach dem Arbeitsmarktlagebericht des Arbeitsamtes Hamburg ergeben sich für den Berichtsmonat Oktober eine Arbeitslosenquote von 3,4% und ein Zugang von 2295 Arbeitslosen im Vergleich zum Vormonat, was einem Anstieg von 32% entspricht. In den folgenden Wirtschaftszweigen waren die stärksten Zugänge an Arbeitslosen zu verzeichnen: Handel (+518), übriges Dienstleistungsgewerbe (+302), Verkehrsgewerbe und Nachrichtenübermittlung (+285), Arbeitslose ohne wirtschaftliche Zugehörigkeit (+197), Gaststätten (+182) und Bauhauptgewerbe (+151). Die Zahl der Arbeitslosen beträgt 22974, der Anteil der Frauen liegt bei 48%. Die Büroberufe, Warenkaufleute und Metallberufe stellen mit 32% den größten Anteil. Ende Oktober mußten 1393 Personen an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen teilnehmen, davon 630 im Garten- und Landschaftsbau.

Veranstaltungskalender

Dienstag, 18.11.1980

Hamburg: „Der Widerstandskrieg des Demokratischen Kampuchea – eine entscheidende Kraft gegen die Kriegsvorbereitungen des Sozialimperialismus und sein Vordringen in Südostasien" 19.30 Uhr Gymnasium Kaiser-Friedrich Ufer

Kiel: „Warum ist es richtig, den Widerstandskrieg des Demokratischen Kampucheas gegen die sowjetisch-vietnamesische Invasion zu unterstützen?" Veranstaltung der Kampuchea Initiative Kiel und der Vereinigung für revolutionäre Volksbildung. 19 Uhr Bavaria-Eck (Ecke Exerzierplatz / Schülperbaum)

Donnerstag, 20.11.1980

Kiel: Mitgliederversammlung der Vereinigung für Revolutionäre Volksbildung. 20 Uhr Bavaria-Eck (Ecke Exerzierplatz/Schülperbaum)

Freitag, 21.11.1980

Kiel: Öffentliche Diskussion des Politischen Berichtes der 5. ordentlichen Delegiertenkonferenz des KBW. 20 Uhr Gaststätte „Kaiser-Friedrich" (am Wilhelmsplatz)

Dienstag, 25.11.1980

Hamburg: „Wie weiter im Aufbau der Kommunistischen Partei?" Es spricht Hans-Gerhart Schmierer, Sekretär des ZK des KBW. 19.30 Uhr Gymnasium Kaiser-Friedrich Ufer.

„Brunsbüttel zum Schwerpunkt der Westküste entwickeln"

Systematische Ruinierung des regionalen Wasserhaushaltes

wiv. Die gesamte bürgerliche Presse hat sich mittlerweile der Probleme mit der Wasserversorgung im Unterelbegebiet angenommen. Entweder so, daß überlegt wird, wie die Wasserversorgung der Chemiekonzerne in Brunsbüttel sichergestellt werden kann oder mit „aufrüttelnder Kritik", die darin gipfelt, daß in der Landesregierung „unfähige Bürokraten" säßen. Dabei sind die Minister Flessner (Landwirtschaft und damit verantwortlich für die Wasserwirtschaft) und Westphal (Wirtschaft und damit eifrigster Verfechter der Industriekonzern-Ansiedlung) nicht „unfähig", sondern vertreten bloß uneingeschränkt die Profitinteressen der Chemiekonzerne Bayer, Schelde-Chemie und Chemische Werke Hüls auf Kosten der Interessen der Bauern und der ganzen im Unterelbegebiet ansässigen Bevölkerung.

Deutlich wurde das in der Landtagsdebatte am 4.11. in Kiel, als Flessner und Westphal auf eine kleine Anfrage des SPD-Abgeordneten Arens antworteten. Flessner rechnete zusammen: 1 Mio. m^3 Wasser liefert die Stadt Brunsbüttel, 3 Mio. m^3 der Wasserbeschaffungsverband Süderdithmarschen, 4 Mio. m^3 das Wasserwerk Wacken und 3 Mio. m^3 neu zu bohrende Brunnen in Pöschendorf, Hadenfeld und Looft. Damit sind die 11 Mio. m^3 Wasser zusammen, die den Chemiekonzernen von der Landesregierung bis 1992 vertraglich zugesichert sind. Für alles andere hieß die Devise: Nach mir die Sintflut!

Der Wasserkreislauf

Im oberen Schaubild haben wir schematisch und vereinfacht den Kreislauf des Wassers dargestellt: Durch gewaltige Verdunstung steigt Wasserdampf aus dem Meer (den Ozeanen), wird durch den Wind aufs Land getrieben und fällt hier als Niederschlag herunter. Ein Teil dieses Wassers verdunstet wieder, ein anderer Teil (Oberflächenwasser) wird durch Gräben (sog. Vorfluter) und Flüsse dem Meer wieder zugeführt. Ein dritter Teil bleibt durch spezielle Bindungskräfte in den Bodenschichten haften (Haftwasser) und ist für die Pflanzen verfügbar. Der 4. Teil schließlich versickert (Sickerwasser) und füllt das Grundwasser auf. Grundsätzlich gilt: Es darf auf längere Sicht nicht mehr Grundwasser entnommen werden, als durch Sickerwasser oder durch unterirdisch zuströmendes Grundwasser nachfließt.

Dieses Gleichgewicht zwischen entnommenem und nachfließendem Grundwasser ist von enormer Bedeutung und beeinflußt entscheidend die Vegetation und die landwirtschaftliche Pflanzenproduktion: Wird mehr Grundwasser abgepumpt, als nachfließen oder nachsickern kann, fällt der Grundwasserspiegel. Die Folgen sind verheerend. Für Wiesen z.B. ist während der Wachstumszeit ein Grundwasserstand von 50-70 cm erforderlich, für Weiden von 60-100 cm; Bäume wurzeln selten tiefer als 4 Meter. Das Ergebnis von 3 Jahren hemmungslosem Raubbau am Grundwasser in der Umgebung des Wasserwerkes Wacken: 22 ausgetrocknete Hausbrunnen, 8 vertrocknete Viehtränken und 6 trockengefallene Gräben. Das sind die *sichtbaren* Ergebnisse. Weiter berichteten Bauern über sinkende Ernteerträge und erste flächige Verkarstungen, weil das Wasser fehlte.

Warum die Landesregierung gerade in Wacken (und zukünftig in der weiteren Umgebung des Geestrandes) das Wasser für die Chemiekonzerne abpumpt, wird aus Schaubild 2 deutlich (geologische Übersicht) und aus dem Interesse der Chemiekonzerne an *sauberem* Wasser, eben Grundwasser. Sauberes Wasser will die Chemieindustrie haben, weil sie es zum großen Teil als Reaktionswasser für die chemischen Prozesse benutzt; aber auch als Kühlwasser nehmen sie lieber Grundwasser, weil durch Flußwasser und dessen Inhaltsstoffe Korrosions- und andere Schäden größer werden, was bei der sonst erforderlichen Reinigung auf den Geldsack in Form von Kosten drückt.

Aus eben demselben Grund nehmen die Konzerne auch nicht das Grundwasser aus der Marsch. Dies ist reichlich, und wie die alljährlichen Überschwemmungen zeigen, sogar überreichlich vorhanden. Nur ist es in Meeresnähe salzhaltig (Brackwasser) und weiter im Landesinneren wegen der Zusammensetzung des Marschbodens sehr stickstoffhaltig, so daß der Spruch geht, mit dem Wasser kann man die Felder düngen. Beides heißt wie beim Fluß- oder Oberflächenwasser in der Kalkulation der Chemiekonzerne: hohe Reinigungs- und Klärungskosten.

Weil das für sie und damit auch die Landesregierung entscheidend ist, wird das saubere Grundwasser der Geest abgepumpt. Die Geest besteht aus verschiedenen Arten sandiger Böden, die durch die ‚Gletscherbewegungen' der Eiszeiten aufgeschoben wurden. Geschichtlich älter sind die Sander und Moränen der Riss-Eiszeit. Darüber haben sich die Sander der jüngeren Würm-Eiszeit geschoben (und bilden hauptsächlich das östliche Hügelland; vgl. dazu auch die Karte). Entscheidend ist, daß die Sande der Geest aus sozusagen „sauberen" und nicht löslichen Kristallen bestehen und daher das Wasser nur unwesentlich verunreinigen. Aber man sieht: Herrscht der Profit, dann wird nicht nur der Wasserhaushalt der Geest ruiniert, sondern auch eine sinnvolle Wasserregulierung der Marsch verhindert.

Die Planungen der Landesregierung verschärfen die Widersprüche zusehends

In der Landtagsdebatte hat sich Flessner u.a. deswegen so diensteifrig gezeigt, weil bereits 1981 die Schelde-Chemie ihre Produktion aufnimmt und die vertraglich zugesicherten 11 Mio. m^3 Wasser bald erreicht sein werden. Völlig unverfroren wird wenige Tage nach der Landtagsdebatte diskutiert, „Brunsbüttel zum Schwerpunkt der Westküste entwickeln" und: „Ein Nahziel sei, Anlagen der Kohleveredlung zu errichten." (KN) Die BP hat bereits Interesse gezeigt, 1 Mrd. DM in das Geschäft zu investieren. Es wird im übrigen auch deutlich, was von Matthiesens Vorschlag zu halten ist, in Brokdorf anstelle eines Kernkraftwerks ein Kohlekraftwerk zu bauen:

Ein Großkraftwerk auf der Basis von *Import*kohle produziert Strom mit etwa den gleichen Kosten wie ein durchschnittlich laufendes Kernkraftwerk. Importkohle kostet 80 DM/t, Ruhrkohle dagegen, mit der die meisten Kohlekraftwerke z.Zt. als Brennstoff arbeiten, kostet 180 DM/t. Für das Ziel, den Kapitalisten billigen Strom zur Verfügung zu stellen, ist das durchaus konkurrenzfähig und politisch, so Matthiesens Spekulation, eher durchsetzbar. Den vorläufigen Vogel hat der CDU-Abgeordnete Kribben abgeschossen. Er will in den Beratungen des Wirtschaftsausschusses des Landtags „kritisch hinterfragen", ob nicht die Verbindung Kohleveredlung mit Prozeßwärme aus einem Hochtemperaturreaktor auch für Brunsbüttel angezeigt sei!

Mit der Ausplünderung der Wasservorkommen soll es in gleicher Weise weitergehen: Eine Ringleitung soll vom Marschrand in Kremperheide bis weit in die Geest nach Brokstedt und wieder zurück über Schenefeld nach Wacken geführt werden. Endpunkt: Brunsbüttel. Wie jetzt bereits in Hessen, werden dann die Wasserwerke mehr und mehr gezwungen sein, Oberflächenwasser zu nutzen für die öffentliche Versorgung. Die erheblich höheren Kosten wegen des Reinigungsaufwandes werden zu einem drastischen Anstieg der Wasserpreise für die Haushalte führen. Hier bildet sich schon jetzt eine ähnliche Spaltung heraus wie bei den Strompreisen.



Wir haben oben gezeigt, von welch entscheidender Bedeutung ein geordneter Wasserkreislauf für die landwirtschaftliche Produktion ist. Der Widerspruch zwischen den Interessen der Bauern und den Interessen der Chemiekonzerne, vertreten durch die Landesregierung, nimmt mit jeder neuen Konzernansiedlung und jedem neuen Grundwasserbrunnen an Schärfe zu. Je billiger und sauberer das Wasser, je billiger der Strom, je billiger die Arbeitskräfte, desto besser für den Profit, desto schneller auch die Umweltzerstörung und Ruinierung der landwirtschaftlichen Produktion.

Die Entwicklungsgesellschaft Brunsbüttel GmbH hat jetzt auf Druck der Gemeinden und der Bauern die Neubohrung der trockengefallenen Brunnen bezahlen müssen. Sie hat gleichzeitig versucht, mit einem Lockangebot von 20 Pfg./m^3 Wasser neue Wasservorkommen anzuzapfen. Das ist abgelehnt worden. Während die Orts- und Kreisbauernverbände schon seit jeher gegen die für die Landwirtschaft ruinösen Folgen der Industrieansiedlung angegangen sind (z.B. beim wasserrechtlichen Verfahren im März 1976 zum geplanten Bau des KKW Brokdorf an der Spitze von 5800 Einwendern), hüllt sich der Landesverband in Schweigen. Aber was sollten die Bauern von der Kumpanei mit Flessner haben?

Klecks-Theater spielt: Mensch, ich lieb' dich doch
Einfluß des Auftraggebers, Berliner Senator für Jugend, spürbar
Gesalzene Kosten für Straßenbenutzung
Oldesloer CDU fordert ‚die kostendeckende Gebühr'

Mio. m^3 das Wasserwerk Wacken und 3 Mio. m^3 neu zu bohrende Brunnen in Pöschendorf, Hadenfeld und Looft. Damit sind die 11 Mio. m^3 Wasser zusammen, die den Chemiekonzernen von der Landesregierung bis 1992 vertraglich zugesichert sind. Für alles andere hieß die Devise: Nach mir die Sintflut!

Der Wasserkreislauf

Im oberen Schaubild haben wir schematisch und vereinfacht den Kreislauf des Wassers dargestellt: Durch gewaltige Verdunstung steigt Wasserdampf aus dem Meer (den Ozeanen), wird durch den Wind aufs Land getrieben und fällt hier als Niederschlag herunter. Ein Teil dieses Wassers verdunstet wieder, ein anderer Teil (Oberflächenwasser) wird durch Gräben (sog. Vorfluter) und Flüsse dem Meer wieder zugeführt. Ein dritter Teil bleibt durch spezielle Bindungskräfte in den Bodenschichten haften (Haftwasser) und ist für die Pflanzen verfügbar. Der 4. Teil schließlich versickert (Sickerwasser) und füllt das Grundwasser auf. Grundsätzlich gilt: Es darf auf längere Sicht nicht mehr Grundwasser entnommen werden, als durch Sickerwasser oder durch unterirdisch zuströmendes Grundwasser nachfließt.

Dieses Gleichgewicht zwischen entnommenem und nachfließendem

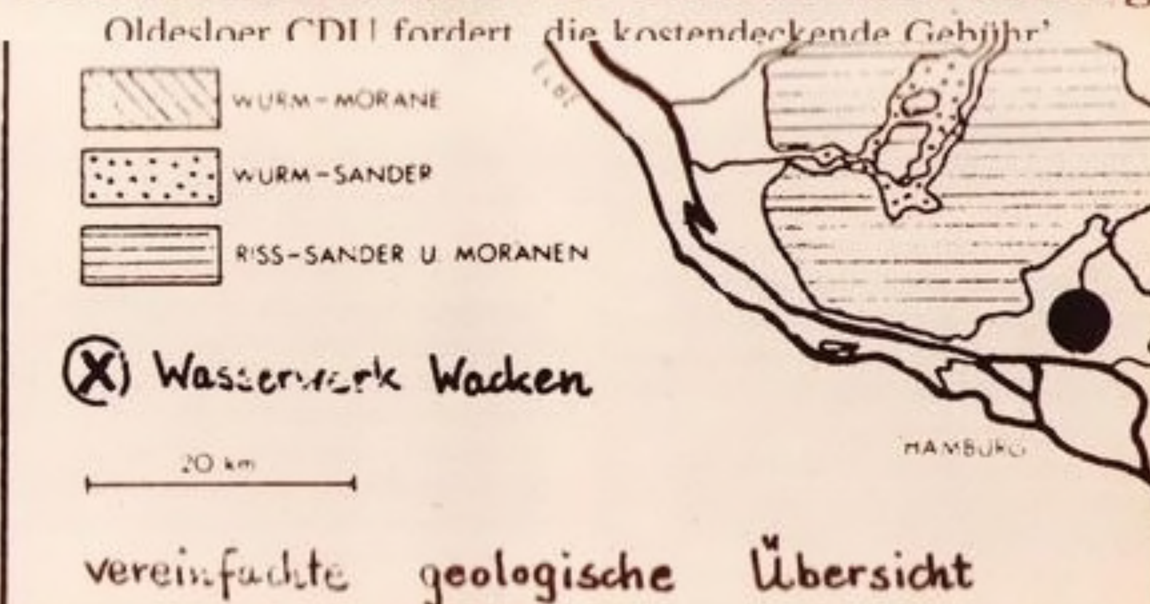
Sauberes Wasser will die Chemieindustrie haben, weil sie es zum großen Teil als Reaktionswasser für die chemischen Prozesse benutzt; aber auch als Kühlwasser nehmen sie lieber Grundwasser, weil durch Flußwasser und dessen Inhaltsstoffe Korrosions- und andere Schäden größer werden, was bei der sonst erforderlichen Reinigung auf den Geldsack in Form von Kosten drückt.

Aus eben demselben Grund nehmen die Konzerne auch nicht das Grundwasser aus der Marsch. Dies ist reichlich, und wie die alljährlichen Überschwemmungen zeigen, sogar überreichlich vorhanden. Nur ist es in Meeresnähe salzhaltig (Brackwasser) und weiter im Landesinneren wegen der Zusammensetzung des Marschbodens sehr stickstoffhaltig, so daß der Spruch geht, mit dem Wasser kann man die Felder düngen. Beides heißt wie beim Fluß- oder Oberflächenwasser in der Kalkulation der Chemiekonzerne: hohe Reinigungs- und Klärungskosten.

Weil das für sie und damit auch die Landesregierung entscheidend ist, wird das saubere Grundwasser der Geest abgepumpt. Die Geest besteht aus verschiedenen Arten sandiger Böden, die durch die ‚Gletscherbewegungen' der Eiszeiten aufgeschoben wurden. Geschichtlich älter sind die Sander und Moränen der Riss-Eiszeit. Darüber ha-

kohle dagegen, mit der die meisten Kohlekraftwerke z.Zt. als Brennstoff arbeiten, kostet 180 DM/t. Für das Ziel, den Kapitalisten billigen Strom zur Verfügung zu stellen, ist das durchaus konkurrenzfähig und politisch, so Matthiesens Spekulation, eher durchsetzbar. Den vorläufigen Vogel hat der CDU-Abgeordnete Kribben abgeschossen. Er will in den Beratungen des Wirtschaftsausschusses des Landtags „kritisch hinterfragen", ob nicht die Verbindung Kohleveredlung mit Prozeßwärme aus einem Hochtemperaturreaktor auch für Brunsbüttel angezeigt sei!

Mit der Ausplünderung der Wasservorkommen soll es in gleicher Weise weitergehen: Eine Ringleitung soll vom Marschrand in Kremperheide bis weit in die Geest nach Brokstedt und wieder zurück über Schenefeld nach Wacken geführt werden. Endpunkt: Brunsbüttel. Wie jetzt bereits in Hessen, werden dann die Wasserwerke mehr und mehr gezwungen sein, Oberflächenwasser zu nutzen für die öffentliche Versorgung. Die erheblich höheren Kosten wegen des Reinigungsaufwandes werden zu einem drastischen Anstieg der Wasserpreise für die Haushalte führen. Hier bildet sich schon jetzt eine ähnliche Spaltung heraus wie bei den Strompreisen.



Wir haben oben gezeigt, von welch entscheidender Bedeutung ein geordneter Wasserkreislauf für die landwirtschaftliche Produktion ist. Der Widerspruch zwischen den Interessen der Bauern und den Interessen der Chemiekonzerne, vertreten durch die Landesregierung, nimmt mit jeder neuen Konzernansiedlung und jedem neuen Grundwasserbrunnen an Schärfe zu. Je billiger und sauberer das Wasser, je billiger der Strom, je billiger die Arbeitskräfte, desto besser für den Profit, desto schneller auch die Umweltzerstörung und Ruinierung der landwirtschaftlichen Produktion.

Die Entwicklungsgesellschaft Brunsbüttel GmbH hat jetzt auf Druck der Gemeinden und der Bauern die Neubohrung der trockengefallenen Brunnen bezahlen müssen. Sie hat gleichzeitig versucht, mit einem Lockangebot von 20 Pfg./m^3 Wasser neue Wasservorkommen anzuzapfen. Das ist abgelehnt worden. Während die Orts- und Kreisbauernverbände schon seit jeher gegen die für die Landwirtschaft ruinösen Folgen der Industrieansiedlung angegangen sind (z.B. beim wasserrechtlichen Verfahren im März 1976 zum geplanten Bau des KKW Brokdorf an der Spitze von 5800 Einwendern), hüllt sich der Landesverband in Schweigen. Aber was sollten die Bauern von der Kumpanei mit Flessner haben?

Klecks-Theater spielt: Mensch, ich lieb' dich doch

Einfluß des Auftraggebers, Berliner Senator für Jugend, spürbar

ulh. Sonntag, 19.30 Uhr, Markthalle großer Saal. Schlangen an den Kassen, Schüler 8,50 DM ansonsten 10 DM. Drinnen alles voll besetzt, stickig heiß, schlechte Luft. Auf der provisorischen Bühne Bettlaken als Vorhang, davor 8 junge Leute mit Instrumenten. Das Klecks-Theater spielt „Mensch, ich lieb Dich doch".

„In Hamburg warten alle schon lange auf ein Stück zum DROGENPROBLEM. Jaja, Drogen. Ein heikles Thema. Wem fällt da nicht gleich das Allerschlimmste ein? Alle starren sensationssüchtig auf die Heroinsucht! Und sehen nicht, was im normalen Leben die normalen Leute normalerweise an normalen Drogen verdrücken." (Klecks Informationsbrief) Das Stück stammt von der „Roten Grütze" Berlin. „Der Berliner Senator für Familie, Jugend und Sport, der das Stück bestellte und die Entwicklung finanziell ermöglichte, wünschte sich: „... das Stück soll eine emotionale Abwehr intendieren gegen den Rauschmittelmißbrauch ..." Mit diesem Auftrag tat sich die Rote Grütze schwer." (Klecks-Informationsbrief)

Auch das Klecks-Theater.

Doch zunächst zum Inhalt von „Mensch, ich lieb Dich doch". Hauptperson ist Speedy, von ihren Eltern Silvia genannt, und ihre Clique: Grübchen, ihre Freundin, Einstein (Gymnasiast), und Ratte (Hauptschüler – aber selten). Die Clique trifft sich im Jugendzentrum, wo Rocky, der Sozialarbeiter, den Laden schmeißt. In den Ferien verliebt sich Grübchen in den Baulehrling Matze, Einstein flippt auf einer Landkommune und Speedy, die wegen Haschischrauchen aus der Schule geflogen ist, jobbt und lernt abends in der Disco den coolen Ufo kennen. Der bringt sie ans Heroin. Einstein, der auch öfters einen durchzieht, und Speedy streiten mit Matze über den Sinn des Lebens. Matze sagt, man muß arbeiten im Leben, darin liegt Befriedigung; Speedy hat ihren Job geschmissen und will frei sein; Einstein betrachtet die 8 Stunden Arbeit am Tag als weggenommene Stunden'. Dann fliegt Matze beim Bau raus, nachdem ihn die Kollegen total schikaniert haben. Speedy, die völlig heroinabhängig geworden ist, wird von Rocky aus dem Jugendzentrum gewiesen. Speedys Oma, die sich von Speedys spießigen Eltern durch kämpferische Aktivitäten für den Erhalt ihrer Laubenkolonie abhebt, holt Speedy vom Heroin weg. Grübchen und Matze schmieden mit Speedy Pläne von wegen Schulabschluß nachmachen. Aber Speedy wird rückfällig, beklaut ihre Freunde und bringt Ratte durch einen mißglückten Klau in Jugendarrest. Letzte Szene: Rocky, Ratte, Grübchen, Matze, Danny und Einstein erfahren, daß Speedy auf der Intensivstation liegt. Wer hat die Schuld? Sozialarbeiter Rocky hält einen flammenden Monolog gegen Saufen, Rauchen und Fixen: Rauschgift macht die Leute fertig. Man muß sich vor allem selber helfen wollen.

Das Stück kommt an beim Publikum. Es bringt Gedanken der Jugendlichen in ihrer Sprache zum Ausdruck, handelt von Problemen, mit denen jeder seine Erfahrungen gemacht hat und karikiert witzig und treffend Verhaltensweisen, die die Jugendlichen ablehnen. Einige Szenen kriegen Sonderapplaus, z.B. als Speedy als Sängerin der Band von Rocky animiert wird, doch nicht die blöden englischen Texte zu singen, sondern was über sich selber und in deutsch. Und Speedy fängt an darüber zu singen, wie es sie ständig ins Kaufhaus zieht, wie sie Klamotten kauft und nie den Hals voll kriegen kann. Oder die Einleitungsszene, wo die Schauspieler verschiedene ‚Süchte' vortragen: „Ich drücke – keinen Stoff; ich drücke mich vor der Schule. Vor Sachen, die ich gut brauchen könnte." „Ich stopfe – alles in mich rein, Ärger, Sorgen, Essen." „Ich knabber – an den Fingern. Trau mich nicht was zu sagen. Erst wenn die Leute weg sind." Auf der Drogensucht wird nicht herumgehackt, sondern auf den Problemen, die ihr zugrunde liegen und zu deren Lösung man sich zusammenschließen kann.

Dieser Gedanke wird aber nicht zu dem das Stück durchziehenden roten Faden, sondern als Perspektive bleibt nur das Verhalten der einzelnen positiven Charaktere. Hauptsache nicht rumhängen, sondern sich irgendwie engagieren: so wie Grübchen für Matze, die Oma sich für ihre Laube, Matze sich für seine Arbeit und Rocky sich für das Jugendzentrum. Die spießigen Eltern und die schikanösen Kollegen müssen als Buhmänner herhalten. Das geht auf das Konto des Berliner Jugendsenators.

Gesalzene Kosten für Straßenbenutzung

Oldesloer CDU fordert ‚die kostendeckende Gebühr'

reb. „Der Magistrat von Bad Oldesloe bohrt eine neue Geldquelle an. Und wie es aussieht, wird sie reichlich sprudeln." So kündigte das Stormarner Tageblatt die neue Gebührensatzung für die Sondernutzung an öffentlichen Straßen der Stadt Bad Oldesloe, die seit dem 23.10.80 gilt, an. So kostet z.B. das Aufstellen von Waren vor dem Geschäft jetzt 10 DM pro qm und ab dem 3. qm 35 DM jährlich. Automaten werden pro qm und Stück 10 - 20 DM im Monat kosten. Für Auslage- und Schaukästen vor dem Geschäft müssen 20 DM pro qm im Jahr gezahlt werden; Straßenhandel ohne Verkaufsstand pro qm 10 - 20 DM im Monat, bei Verkauf von Tannenbäumen 1 DM mehr. Für Verkaufsstände und Kioske soll jährlich pro qm 100 DM gezahlt werden. Straßenfotografen müssen pro Monat und Person 10 DM in die Stadtkasse zahlen, Gastwirte, die Tische und Stühle auf dem Gehweg aufstellen, bis zu 10 DM täglich pro qm. Werbeflächen kosten pro qm im Jahr 200 DM usw.

„Die Verkaufsgewohnheiten" hätten sich „verändert". „Die Geschäftsleute gehen mit ihren Waren immer häufiger auf die Straße." So Bürgermeister Baethge (CDU). Gewohnheiten? Mit zunehmender Ausbreitung der Großhandelskonzerne wie Kaufring, Coop, Plus etc. haben sich die Konkurrenzbedingungen für die kleineren Einzelhändler erheblich verschärft. Im Gegensatz zum Großhandel und durch ihn sind sie zu solchen Verkaufsmitteln gezwungen, wollen sie nicht gänzlich unterliegen. Dagegen kostet das Anlegen von Gleisen auf öffentlichem Boden, wie es z.B. für den ‚Gloria-Konzern' in Oldesloe von Bedeutung ist, umgerechnet pro qm 0,35 Pfennige Gebühren.

Wie auch andere Gemeinden, steht die Stadt Oldesloe unter Druck. 4,2 Mio. DM, d.h. 15% ihres Verwaltungshaushaltes beträgt die Kreisumlage bereits jetzt. Bei Verschärfung der beginnenden Krise und gleichbleibenden Hebesätzen für die Gewerbesteuer (die Kapitalisten verlangen eine Herabsetzung) ist mit einem Sinken der Steuereinnahmen zu rechnen. Der Kreis hat bereits für 1981 als Folge einer Nichterhöhung der Kreisumlage die Kürzung der Sonderzuwendungen für die Gemeinden angekündigt. Die Gemeinden sind zu Handlangern und Bittstellern der jeweiligen Zentralgewalten degradiert. Sie haben weder Zugriffs- noch Verfügungsmöglichkeiten über den wesentlichen Teil der Steuern. Solange die bürgerlichen Gemeindevertreter diesen Zustand akzeptieren, werden sie immer wieder Zuflucht in Gebührenerhöhungen gegen die Volksmassen suchen. So hat jetzt der CDU-Stadtverordnete Manns die Erhebung der ‚kostendeckenden Gebühr' gefordert und damit gleich die Richtung für den Haushalt 81 gewiesen. Neue Gebührenordnung für Straßensondernutzung, Ablehnung der kostendeckenden Bezuschussung der Kindergärten sowie die Erhöhung der Gaspreise ab 1.11.80 um 25% zeigen, wem die Stadtverordneten sich verantwortlich fühlen. Der Mehrheit ihrer Wähler jedenfalls nicht.

Ausländische Jugendliche

Vorhandene Widersprüche werden durch das Ausländerrecht verschärft

Zu geringer Wohnraum

wes./heh. In Offenbach erhielt 1979 eine türkische Familie von der Polizei- und Ordnungsbehörde einen Brief. Sein Inhalt: Innerhalb von zwei Monaten ist eine genügend große Wohnung vorzuweisen, andernfalls droht die Ausweisung, konkret die Aufhebung der Aufenthaltserlaubnis. Dabei wird Bezug genommen auf die Bestimmungen des hessischen Wohnungsaufsichtsgesetzes von 1974 und die ergänzenden Erlasse des Innenministers des Landes Hessen. Danach müssen Wohnungen so groß sein, daß pro Erwachsenem wenigstens $12\ m^2$ und pro Kind über 12 Jahre wenigstens $8\ m^2$ Wohnfläche zur Verfügung stehen. Dieses als Schutzmaßnahme ausgegebene Gesetz erweist sich für ausländische Familien als Zwangsmittel. Der türkischen Familie hätten $6\ m^2$ gemäß diesem Gesetz gefehlt, die Ausweisung wäre also die angedrohte Folge gewesen. Konnte diese im vorliegenden Fall auf juristischem Weg per Einspruch zurückgeschlagen werden, so wirkt dieses Gesetz dennoch beständig als Bedrohung. Schwer meßbar sind seine Auswirkungen auf die ausländischen Familien, gerade weil diese ihre Aufgaben gegenüber ihren Kindern wahrnehmen. Um diesem Gesetz zu entgehen, müssen Kinder entweder frühzeitig den familiären Haushalt verlassen, was gerade den Gewohnheiten in ihren Heimatländern, wo die Zerstörung der Familie noch nicht so weit fortgeschritten ist, vollständig widerspricht. Oder es muß eine größere und teuere Wohnung gesucht werden, was durch Umzugs- und Maklergebühren sowie den gewaltigen Mietkosten auf dem „privatem" Wohnungsmarkt zu Einschränkungen in anderen Teilen der Reproduktion zwingend führt. So oder so steht der Gesetzgeber dann als der da, der sich Sorge macht, während die Lage der ausländischen Eltern zur „mangelnden Kinderfreundlichkeit" umgedreht wird.

Verfolgung durch die Staatsgewalt – durch Ausländerrecht verschärft

Widersprüche zwischen deutschen und ausländischen Jugendlichen gibt es. Sei es aufgrund der hohen Jugendarbeitslosigkeit und dem Mangel an Ausbildungsplätzen, sei es, weil die einen angeblich den anderen das „Netz der sozialen Sicherheit" beschneiden durch Beanspruchung etwa von Sozialhilfe. Widersprüche auf solcher Grundlage äußern sich dann in Ausdrücken wie

diesem Gesetz zu entgehen, müssen Kinder entweder frühzeitig den familiären Haushalt verlassen, was gerade den Gewohnheiten in ihren Heimatländern, wo die Zerstörung der Familie noch nicht so weit fortgeschritten ist, vollständig widerspricht. Oder es muß eine größere und teuere Wohnung gesucht werden, was durch Umzugs- und Maklergebühren sowie den gewaltigen Mietkosten auf dem „privatem" Wohnungsmarkt zu Einschränkungen in anderen Teilen der Reproduktion zwingend führt. So oder so steht der Gesetzgeber dann als der da, der sich Sorge macht, während die Lage der ausländischen Eltern zur „mangelnden Kinderfreundlichkeit" umgedreht wird.

Verfolgung durch die Staatsgewalt – durch Ausländerrecht verschärft

Widersprüche zwischen deutschen und ausländischen Jugendlichen gibt es. Sei es aufgrund der hohen Jugendarbeitslosigkeit und dem Mangel an Ausbildungsplätzen, sei es, weil die einen angeblich den anderen das „Netz der sozialen Sicherheit" beschneiden durch Beanspruchung etwa von Sozialhilfe. Widersprüche auf solcher Grundlage äußern sich dann in Ausdrücken wie

„Spagettifresser", „Kümmeltürken" u.ä. Solche „Konflikte ohne Gewalt auszutragen" hat ein Jugendrichter im Frühjahr 1980 empfohlen. Um dies auch recht zu beherzigen, erhielt der angeklagte 17jährige Türkenjunge von dem Jugendschöffengericht zu Darmstadt 40 Tage gemeinnützige Arbeit auferlegt. Ihn und seine Freunde hatten deutsche Jugendliche mit „Kanaken" tituliert, worauf der türkische Junge zuschlug. Für den Staatsanwalt kam erschwerend hinzu, daß der türkische Junge aufgrund seiner Deutschkenntnisse hätte wissen müssen, daß „dies nicht so schlimm gemeint war".

Die gesetzliche Grundlage und die allgemeine Rechtlosigkeit sind der Nährboden, auf dem dann polizeiliche Maßnahmen ihre volle Wirkung entfalten. Ende 1979, bei einer griechischen Familie in Offenbach, führt die Polizei eine Durchsuchung von Wohnung und Keller durch. Der älteste Sohn ist des Mofa-Diebstahls verdächtigt worden. Schließlich sei der jüngere Bruder schon einmal wegen Kaufhaus-Diebstahl aufgefallen, so die Begründung. Das Ergebnis der Untersuchung war negativ. Die Tatsache der Durchsuchung jedoch schürte bereits die Widersprüche, gibt für Vorurteile Grundlagen ab. Im Oktober 1978 druckte Bremens größte Zeitung, der „Weser-Kurier", folgende Todesanzeige einer achten Klasse nicht ab: „Wir trauern um unseren Freund und Mitschüler Edip Cinarli, sechzehn Jahre alt. Er wurde des Ladendiebstahls beschuldigt. Er wurde durchsucht und bedroht. Aus Angst erhängte er sich. Er war Ausländer." Seine Klassenlehrerin gab an, die „ständige Furcht in türkischen Familien, bei Auffälligkeiten ausgewiesen zu werden", habe der Junge nicht verkraftet. Unmittelbarer Anlaß für Hausdurchsuchung bis zum Kühlschrank war der angebliche Diebstahl von Kaugummi und Schokolade in einem Supermamarkt. Mittels Flugblättern und Aktionen machten Lehrer und Schüler den traurigen Ausgang der rechtlosen Lage von Ausländern publik. „Die Polizei kam dabei nicht gut weg", schrieben Zeitungen.

Karmeliter-Schule – Ausländeranteil 80%

Mitten im Bahnhofsviertel gelegen, wo Spekulanten mittels Nachtklubs Umsätze tätigen, weist eine Frankfurter Grund- und Hauptschule einen Ausländeranteil von 80% auf. Ursache ist die Ausnutzung von Sprachschwierigkeiten und rechtlosem Zustand, der gerade in diesem am meisten heruntergekommenen Viertel Ausländer „Wohnungen" finden läßt. Bruchruinen stehen neben glitzernden Neonfassaden. In der Schule werden über 500 Kinder unterrichtet aus 20 verschiedenen Nationen. Das Gebäude steht unter Denkmalschutz. Als bei den Kommunalwahlen 1977 die CDU gewann und damit den Magistrat stellte, hatte ihr Schuldezernent beinahe unter Tränen erklärt, daß ihn der Zustand dieser Schule und die Folgen für die Schüler „am tiefsten getroffen habe". Dennoch hatte sich bis Februar 1980 erwartungsgemäß kein Stein bewegt. Der Elternbeirat hatte, mit Unterstützung der Lehrer, der GEW und Teilen der örtlichen Presse daraufhin einen zweitägigen Schulboykott organisiert. Zwar wurden einige Malerarbeiten vorgenommen, der dringende Um- und Erweiterungsbau steht bis jetzt dennoch nicht. Nicht nur ist die gesamte Anlage für die gerade dort ständig steigende Schülerzahl zu klein, insbesondere fehlen für eine halbwegs solide Ausbildung Fachräume. Zum 10.11. sollten drei von fünf Parallelklassen an eine andere Schule ausgelagert werden. Am 5.11. wurden die Eltern darüber informiert. Einstimmig boykottierten sie diese Anordnung und forderten die geschlossene Auslagerung der betroffenen Hauptschulklassen. Denn nur so können die wegen des hohen Ausländeranteils notwendigen Sprachförderkurse durchgeführt werden. In ihrer Pressemitteilung heißt es: „Am Dienstag, den 11.11.1980, 9 Uhr ziehen wir vor das Schulamt und verlangen, daß der berechtigte Schüler-, Lehrer- und Elternwille berücksichtigt wird." Angesichts bevorstehender Kommunalwahlen im Frühjahr soll dem nun wohl entsprochen werden.

Mit durch diese Kämpfe initiiert, treffen sich seither Elternbeiräte von 9 umliegenden Schulen, um ihre Maßnahmen abzustimmen. Eine ihrer wesentlichen Forderungen, neben dem Bau einer Gesamtschule zwecks Aufhebung der Spaltung der Schüler, ist die Doppelzählung ausländischer Schüler bei der Bemessung der Klassengrößen. Für deutsche und ausländische Schüler sollen ausreichende Ausbildungsbedingungen gesichert werden. Wie notwendig das ist, belegen folgende Angaben: Von 556930 Haupt- und Sonderschülern im Schuljahr 75/76, die mit maximal 9 allgemeinbildenden Schuljahren auskommen müssen, waren 6,5% Ausländer. Im Schuljahr 78/79 waren dies von 498628 Schülern 8,5%, im Schuljahr 79/80 von 468527 Schülern 10%, nur auf Hessen bezogen. Bei sinkender Zahl der Haupt- und Sonderschüler also steigende Zahl der ausländischen Schüler von 35997 auf 46690. Statt dieser Lage und den daraus entspringenden Widersprüchen entgegenzuwirken und den durch Eltern wie auch dem DGB erhobenen Forderungen nachzukommen, verschärft die hessische Landesregierung die Zustände: Für 1981 ist die Entlassung von 637 Lehrern gerade der betroffenen Schultypen geplant.



blik. „Die Polizei kam dabei nicht gut weg", schrieben Zeitungen.

Karmeliter-Schule – Ausländeranteil 80%

Mitten im Bahnhofsviertel gelegen, wo Spekulanten mittels Nachtklubs Umsätze tätigen, weist eine Frankfurter Grund- und Hauptschule einen Ausländeranteil von 80% auf. Ursache ist die Ausnutzung von Sprachschwierigkeiten und rechtlosem Zustand, der ge-

nahmen abzustimmen. Eine ihrer wesentlichen Forderungen, neben dem Bau einer Gesamtschule zwecks Aufhebung der Spaltung der Schüler, ist die Doppelzählung ausländischer Schüler bei der Bemessung der Klassengrößen. Für deutsche und ausländische Schüler sollen ausreichende Ausbildungsbedingungen gesichert werden. Wie notwendig das ist, belegen folgende Angaben: Von 556930 Haupt- und Sonderschülern im Schuljahr 75/76, die mit maximal 9 allgemeinbildenden Schuljahren auskom-



Griechische Arbeiter und ihre Kinder demonstrieren für bessere Ausbildung. Die Lehrer fordern gegenwärtig doppelte Berechnung ausländischer Kinder bei den Stellenplänen

Ausländer in der BRD, Lohnabhängige Ausländer

Jahr	Ausländer* abs.	Ausländer* %	unter 15 J* abs.	unter 15 J* %	länger als 6 J in BRD abs.	länger als 6 J in BRD %	besch. Ausl.** abs.	besch. Ausl.** % aller B.	Erwerbsquote** Ausl.	Erwerbsquote** ges.	Arbeitslosenquote** Ausl.	Arbeitslosenquote** ges.
1965							1119	5,3		46,1	0,2	0,8
1966							1244	5,8		45,6	0,2	0,7
1967	1807	3,0					1014	4,7	56,1	44,5	1,5	2,1
1968	1924	3,2					1019	4,9	53,0	44,2	0,5	1,5
1969	2381	3,9					1366	6,5	57,4	44,2	0,2	0,9
1970	2977	4,9					1807	8,5	60,7	44,2	0,3	0,7
1971	3439	5,6					2128	9,8	61,9	43,9	0,6	0,8
1972	3527	5,7					2284	10,5	64,8	43,6	0,7	1,1
1973	3966	6,4	604	15,2	1231	31,0	2347	10,5	59,2	43,5	0,8	1,2
1974	4127	6,7	715	17,3	1514	36,7	2331	11,2	56,5	43,2	2,9	2,6
1975	4090	6,6	809	19,8	1816	44,4	2061	10,2	50,4	42,7	6,9	4,7
1976	3948	6,4	838	21,2	2117	53,6	1925	9,6	48,7	42,5	5,2	4,6
1977	3948	6,4	868	22,0	2370	60,0	1872	9,4	47,4	42,4	5,0	4,5
1978	3981	6,5	887	22,3	2552	64,1	1858	9,2	46,7	41,1	5,3	4,3
1979	4144	6,8	937	22,6	2844	68,6	1940	9,3	46,8	41,6	4,6	3,8

Alle Zahlen in Tausend – * jeweils 30.9. des entsprechenden Jahres – ** Jahresdurchschnittswerte – Quelle: Stat. Jahrbuch; Fachserie 1.4 Ausländer des Stat. Bundesamtes; Bundesarbeitsblatt, verschiedene Ausgaben



1976 in Köln, Demonstration gegen die Einführung von Sondergerichten für die Aburteilung von Ausländern

Die Bourgeoisie nutzt die rechtlose Lage der Ausländer

Die obligatorische Einbürgerung ist notwendig

gkr. Die Ausländerpolitik solle ein Schwerpunkt der künftigen Regierungspolitik sein, eine neue „Gesamtkonzeption" müsse erarbeitet werden, hieß es vor den Koalitionsverhandlungen. Es ist absehbar, daß zumindest die Voraussetzung für das Abschieben eines größeren Teils der ausländischen Arbeiter geschaffen werden soll. Die Bourgeoisie hatte vor knapp einem Jahr mit der Einschränkung des Asylrechts die Frage der Ausländer überhaupt erneut aufgeworfen. Anlaß für ein wahres propagandistisches Trommelfeuer und für weitere Einschränkung des Asylrechts gab ihnen ein verstärkter Flüchtlingsstrom aus Eritrea und Afghanistan, die Opfer sozialimperialistischer Aggression sind, und aus der Türkei, wo die Reaktion wütet. Das Ziel der Unterdrückung der Ausländer in der BRD ist es, in ihnen ein rechtloses und vollständig disponibles Arbeiterheer zu haben. Bis Ende 1973 hatte die Bourgeoisie über Anwerbebüros der Bundesanstalt für Arbeit ausländische Arbeiter in ihrem Heimatland angeworben. Im November 1973, als ein rapider Anstieg der Arbeitslosigkeit begann und die Krise von 1974/75 ankündigte, wurde der Anwerbestopp verhängt. Nur genau kontrollierter Zugang ist noch möglich, wenn auf dem deutschen Arbeitsmarkt entsprechende Arbeiter nicht zu finden sind und wenn das Arbeitsamt zustimmt. Ansonsten bietet das Ausländergesetz und das Arbeitsförderungsgesetz genügend Handhabe, Arbeiter, die nicht mehr günstig auszubeuten sind, außer Landes zu schaffen. Waren bisher die Asylbewerber der bedingungslosen Verfügung der westdeutschen Bourgeoisie über sie nicht vollständig unterworfen, so soll dies gegenwärtig ebenfalls beseitigt werden (s. auch Kommunismus und Klassenkampf 10/80).

Die Entrechtung richtet sich dabei gegen einen zunehmend erfahrenen Teil der Arbeiterklasse Westdeutschlands – und die ausländischen Arbeiter gehören dazu, schon mehr als ⅔ von ihnen leben länger als 6 Jahre in der BRD. Die Arbeiterklasse hat sich in den vergangenen Jahren gewisse Schutzrechte gegen die Ausbeutung erkämpft, wie Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung.. Die Rechtlosigkeit der ausländischen Arbeiter schränkt die Ausnutzung dieser Rechte ein, und damit verschlechtert dies die Bedingungen für den Kampf um deren Verteidigung. Die Bourgeoisie hofft, darüber ebenfalls den Teil, der die westdeutsche Staatsangehörigkeit besitzt, zu spalten, Unter ihnen mag es solche geben, die gegen den unbegrenzten Zustrom weiterer Arbeiter auf einen schon überfüllten Arbeitsmarkt sind. Andere werden vor allem die politischen Rechte sehen und für deren Verteidigung kämpfen.

Völlige Gleichberechtigung aller Ausländer, die in der Bundesrepublik leben, ist notwendig. Damit alle Spaltungsversuche, die die Bourgeoisie versucht, bekämpft werden können, ist eine kostenlose und obligatorische Einbürgerung aller Ausländer, die seit 3 Monaten in der BRD gelebt haben, notwendig. Noch nicht einmal das *Recht* auf Einbürgerung gewährt die Bourgeoisie gegenwärtig den

den soll. Die Bourgeoisie hatte vor knapp einem Jahr mit der Einschränkung des Asylrechts die Frage der Ausländer überhaupt erneut aufgeworfen. Anlaß für ein wahres propagandistisches Trommelfeuer und für weitere Einschränkung des Asylrechts gab ihnen ein verstärkter Flüchtlingsstrom aus Eritrea und Afghanistan, die Opfer sozialimperialistischer Aggression sind, und aus der Türkei, wo die Reaktion wütet. Das Ziel der Unterdrückung der Ausländer in der BRD ist es, in ihnen ein rechtloses und vollständig disponibles Arbeiterheer zu haben. Bis Ende 1973 hatte die Bourgeoisie über Anwerbebüros der Bundesanstalt für Arbeit ausländische Arbeiter in ihrem Heimatland angeworben. Im November 1973, als ein rapider Anstieg der Arbeitslosigkeit begann und die Krise von 1974/75 ankündigte, wurde der Anwerbestopp verhängt. Nur genau kontrollierter Zugang ist noch möglich, wenn auf dem deutschen Arbeitsmarkt entsprechende Arbeiter nicht zu finden sind und wenn das Arbeitsamt zustimmt. Ansonsten bietet das Ausländergesetz und das Arbeitsförderungsgesetz genügend Handhabe, Arbeiter, die nicht mehr günstig auszubeuten sind, außer Landes zu schaffen. Waren bisher die Asylbewerber der bedingungslosen Verfügung der westdeutschen Bourgeoisie über sie nicht vollständig unterworfen, so soll dies gegenwärtig ebenfalls beseitigt werden (s. auch Kommunismus und Klassenkampf 10/80).

Die Entrechtung richtet sich dabei gegen einen zunehmend erfahrenen Teil der Arbeiterklasse Westdeutschlands – und die ausländischen Arbeiter gehören dazu, schon mehr als ⅔ von ihnen leben länger als 6 Jahre in der BRD. Die Arbeiterklasse hat sich in den vergangenen Jahren gewisse Schutzrechte gegen die Ausbeutung erkämpft, wie Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung.. Die Rechtlosigkeit der ausländischen Arbeiter schränkt die Ausnutzung dieser Rechte ein, und damit verschlechtert dies die Bedingungen für den Kampf um deren Verteidigung. Die Bourgeoisie hofft, darüber ebenfalls den Teil, der die westdeutsche Staatsangehörigkeit besitzt, zu spalten, Unter ihnen mag es solche geben, die gegen den unbegrenzten Zustrom weiterer Arbeiter auf einen schon überfüllten Arbeitsmarkt sind. Andere werden vor allem die politischen Rechte sehen und für deren Verteidigung kämpfen.

Völlige Gleichberechtigung aller Ausländer, die in der Bundesrepublik leben, ist notwendig. Damit alle Spaltungsversuche, die die Bourgeoisie versucht, bekämpft werden können, ist eine kostenlose und obligatorische Einbürgerung aller Ausländer, die seit 3 Monaten in der BRD gelebt haben, notwendig. Noch nicht einmal das Recht auf Einbürgerung gewährt die Bourgeoisie gegenwärtig den

Ausländern. Gerade knapp über 30000 wurden 1977 und 1978 jeweils eingebürgert, ein Gnadenakt für weniger als 1% aller in der BRD lebenden Ausländer. Und schließlich muß die Bourgeoisie für Minimalbedingungen sorgen, die eine Teilnahme der Ausländer am Klassenkampf in der BRD ermöglichen. D.h. zumindest ausreichender Deutschunterricht, der heute häufig genug von Lehrern, Kollegen, Gewerkschaftern etc. organisiert wird. Genügend Ansätze für eine Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Ausländern gibt es, in den Betrieben, Gewerkschaften, an den Schulen und auch in der Forderung nach kommunalem Wahlrecht, die u.a. auf dem SPD-Parteitag vertreten wurde. Für die Bourgeoisie sind das alles Gründe, ihre Hetze und Unterdrückung fortzusetzen und zu verschärfen.

Im folgenden dokumentieren wir zwei Ausländerfälle, bei denen *nur* die Namen geändert wurden. Es handelt sich *nicht* um *ausgesucht krasse* Fälle. Sie zeigen die ständige Unsicherheit und weitgehende Rechtlosigkeit des Lebens des ausländischen Arbeiters.

Fall 1 Aslan – Befristung einer Ausweisungsverfügung

A. kommt 1962 aus der Türkei in die BRD. Seine Aufenthaltserlaubnis ist beschränkt für Arbeit bei der K.-AG, d.h. mit Verlust des Arbeitsplatzes ist die Aufenthaltserlaubnis automatisch ungültig. 1965 wird A. wegen Fahrens ohne Führerschein mit dem Krad zu DM 50 verurteilt. Ebenfalls 1965 wird er wegen gefährlicher Körperverletzung in betrunkenem Zustand zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Wegen dieser Taten wird A. 1966 vom Landratsamt Wunsiedel aus der BRD ausgewiesen. Der Sofortvollzug der Verfügung wird angeordnet. Aus der Verfügung: „... das Leben anderer Menschen sehr geringfügig erachtet ... Die Tatsache, daß sich der Betroffene schon seit ... 1962 im Bundesgebiet aufhält und daß er offenbar in bezug auf seine Arbeit keinen Anlaß zu Beanstandungen gegeben hat, wurde im Verfahren gewürdigt. Es konnte ihr aber kein Vorrang gegenüber den Belangen der Bundesrepublik Deutschland eingeräumt werden." Nach über sieben Jahren meldet sich A. in der Annahme, die Ausweisung sei auf fünf Jahre befristet, bei einer Anwerbekommission in Istanbul. Er bekommt Arbeit in Hessen und Aufenthaltserlaubnis. Nach fast vierjährigem Aufenthalt bemerkt das Landratsamt Dieburg die Ausweisung von 1966. Es muß die Aufenthaltserlaubnis für ungültig erklären, erteilt aber eine „Bescheinigung über die Aussetzung der Abschiebung (Duldung)".

A. sucht einen Anwalt auf, der eine Art Gnadenbrief an das Bayerische Staatsministerium schreibt. Dieses lehnt es ab, dem Landratsamt Wunsiedel eine Befristung der Ausweisung zu empfehlen (die Befristung muß durch die Behörde vorgenommen werden, die ausgewiesen hat). Gleichzeitig teilt es mit, A. sei 1973 erneut straffällig geworden.

A. war auf dem Weg zur Arbeit mit seinem Fahrrad gegen ein Auto gefahren und hatte einen Schaden von 279,34 DM verursacht. Er verhandelte mit dem Fahrer. Sie einigten sich auf 100 Mark. A. holte das Geld. Als er zurückkam, war der andere weg. A. wurde wegen Fahrerflucht durch Strafbefehl zu DM 250 Strafe verurteilt. Das hatte er am gleichen Tag bezahlt in der Annahme, den *Schaden* ausgeglichen zu haben. Daß er *bestraft* war, war ihm nicht klar. Sein Anwalt schreibt ihm:

,,Schlimm ist natürlich, daß Sie entgegen Ihren Angaben doch nach Ihrem erneuten Aufenthalt in der BRD erneut bestraft wurden. Bei dieser Sachlage kann ich Ihnen leider nicht weiterhelfen.'' A. wechselt den Anwalt. Dieser stellt im Juli 1977 einen Antrag auf Befristung der Wirkung der Ausweisungsverfügung von 1966, u.a. damit begründet, daß A. seit 1972 verheiratet sei und seine Ehefrau seit 1966 ununterbrochen und rechtmäßig in der BRD lebt. Das Landratsamt Wunsiedel, die Regierung von Oberfranken und das Verwaltungsgericht Bayreuth beschieden den Antrag ablehnend. Der Rechtsstreit schwebt seit 1978 vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof in München. Im März 1980 versieht die Ausländerbehörde Dieburg die ,,Duldung'' mit der Auflage, DM 1000 für den Fall einer notwendig werdenden Abschiebung zu hinterlegen.

Das folgende Zitat entstammt dem Widerspruchsentscheid der Regierung von Oberfranken (Wf. heißt Widerspruchsführer, das ist A.):

,,Eine Befristung setzt voraus, daß der mit der Ausweisung verfolgte Zweck schon durch eine zeitlich befristete Fernhaltung des Ausländers aus dem Bundesgebiet erreicht wird ... Der Zweck der Ausweisung bestand damit als eine ordnungsbehördliche Maßnahme, die von dem Ausländer ausgehenden Gefahren vorbeugen soll, darin, dem Wf. zu zeigen, daß die Gewährung von Gastrecht mit dem öffentlichen Interesse des Gastlandes nur dann vereinbar ist, wenn er sich dessen Rechtsvorschriften anzupassen und unterzuordnen bereit ist. Dieser Zweck ... ist trotz seiner ca. 7jährigen Fernhaltung aus dem Geltungsbereich des Ausländergesetzes nicht erreicht worden ... Der Wf. hat sich mit seiner illegalen Einreise durch Täuschung einen nur scheinbar legalen Aufenthalt erschlichen. Die Ausweisung ist ihm offensichtlich keine Lehre gewesen. Der Wf. hat es sich daher selbst zuzuschreiben, wenn die Bundesrepublik Deutschland aufgrund seiner Unehrlichkeit und Gleichgültigkeit gegenüber ihren Rechtsvorschriften nicht bereit ist, ihm Gastrecht zu gewähren ... Die Ehefrau des Wf. besitzt jedoch die türkische Staatsangehörigkeit. Es ist kein rechtlich relevanter Grund ersichtlich, der es unzumutbar erscheinen ließe, daß diese dem Wf. in die gemeinsame Heimat folgt. Tut sie dies aus wirtschaftlichen Erwägungen nicht, so hat sie dies selbst zu vertreten ... Im übrigen ist der Strafbefehl vom 6.12.1973 nicht ausschlaggebend für die angefochtene ausländerbehördliche Maßnahme. Zudem ist die damit abgeurteilte Unfallflucht des Wf. ein weiteres Zeichen für seine Gleichgültigkeit gegenüber den deutschen Rechtsvorschriften ...''

Fall 2 Öztürk – Kampf um die Arbeitserlaubnis

Wir zitieren zunächst nur unwesentlich gekürzt die Begründung des Arbeitsamtes Frankfurt, mit der der Antrag auf Erteilung einer Arbeitserlaubnis verweigert wurde. Welches Schicksal

Rechtsvorschriften anzupassen und unterzuordnen bereit ist. Dieser Zweck ... ist trotz seiner ca. 7jährigen Fernhaltung aus dem Geltungsbereich des Ausländergesetzes nicht erreicht worden ... Der Wf. hat sich mit seiner illegalen Einreise durch Täuschung einen nur scheinbar legalen Aufenthalt erschlichen. Die Ausweisung ist ihm offensichtlich keine Lehre gewesen. Der Wf. hat es sich daher selbst zuzuschreiben, wenn die Bundesrepublik Deutschland aufgrund seiner Unehrlichkeit und Gleichgültigkeit gegenüber ihren Rechtsvorschriften nicht bereit ist, ihm Gastrecht zu gewähren ... Die Ehefrau des Wf. besitzt jedoch die türkische Staatsangehörigkeit. Es ist kein rechtlich relevanter Grund ersichtlich, der es unzumutbar erscheinen ließe, daß diese dem Wf. in die gemeinsame Heimat folgt. Tut sie dies aus wirtschaftlichen Erwägungen nicht, so hat sie dies selbst zu vertreten ... Im übrigen ist der Strafbefehl vom 6.12.1973 nicht ausschlaggebend für die angefochtene ausländerbehördliche Maßnahme. Zudem ist die damit abgeurteilte Unfallflucht des Wf. ein weiteres Zeichen für seine Gleichgültigkeit gegenüber den deutschen Rechtsvorschriften ...''

Fall 2 Öztürk – Kampf um die Arbeitserlaubnis

Wir zitieren zunächst nur unwesentlich gekürzt die Begründung des Arbeitsamtes Frankfurt, mit der der Antrag auf Erteilung einer Arbeitserlaubnis verweigert wurde. Welches Schicksal

dahinter verborgen wird, geht aus dem nachfolgend wiedergegebenen Beschluß des Sozialgerichtes Frankfurt hervor. Das Arbeitsamt:

,,Sie waren in der Zeit vom 29.6.78 bis 17.9.79 in die Türkei abgemeldet. Ihr Antrag zählt daher als Erstantrag und ist somit abzulehnen. Darüberhinaus stehen genügend arbeitslose Deutsche und Deutschen gleichgestellte ausländische Arbeitnehmer, insbesondere aus EG-Staaten, für eine Vermittlung zur Verfügung ...''

Aus dem Beschluß des Sozialgerichtes Frankfurt vom 9.4.1980:

,,Der 1938 geborene Antragsteller ... ist verheiratet und hat drei Kinder, geboren 1963, 1967 und 1969. Seit Juli 1964 hielt er sich mit seiner Familie in der Bundesrepublik Deutschland auf und war zunächst als Zimmerer und Flughafenarbeiter und ab 1966 als Schweißer beschäftigt. Zuletzt war er vom 1. September 1971 bis zum 30. April 1976 bei der Firma S.-GmbH tätig, und zwar ... als Vorschweißer (Fallnahtschweißer) in werkmeisterähnlicher Stellung. In dieser Zeit legte er die Prüfungen in den Prüfgruppen E-R III m und RF = 37 ab. (Anm. 1976 geriet die Firma vorübergehend in Schwierigkeiten und mußte Ö. deshalb entlassen.) Die Familie kehrte 1976 in die Türkei zurück. Am 21. Juli 1977 meldete sich der Antragsteller nach ... Aschaffenburg um ... Am 8. Oktober 1977 hatte er einen Autounfall in Jugoslawien ... Am 17. September 1979 beantragte der Antragsteller ... die Erteilung einer Arbeitserlaubnis für eine Beschäftigung als Schweißer bei seinem ehemaligen Arbeitgeber, der Firma S.-GmbH in Frankfurt, die ihm auch eine Unterkunft zur Verfügung stellte. (Im gerichtlichen Anordnungsverfahren macht Ö. geltend), daß er für die Dauer des Widerspruchs- und zu erwartenden Klageverfahrens materiell nicht ausharren könne, wenn ihm nicht vorläufig die Arbeitserlaubnis erteilt werde. Er habe derzeit 10000 DM Schulden aus Bankdarlehen. Um überleben zu können, habe er sich von früheren Arbeitskollegen und Landsleuten kurzfristig ca. 3500 DM geliehen. Seine Frau und die drei Kinder könne er zur Zeit nicht unterstützen; sie wohnten bei dem Schwager und den Schwiegereltern, die helfen würden, was aber nur vorübergehend möglich sei. Sein zuletzt geborener Sohn leide seit seiner Geburt an asthmoider Bronchitis und Sinobronchitis und stehe bis heute im Kinderkrankenhaus der EGE-Universität in Izmir in Behandlung, wie aus der Bescheinigung ... zu ersehen sei. Da er in der Türkei keiner Krankenkasse angehöre, müsse er die beträchtlichen Krankenkosten selbst aufbringen ... Nur der Aufenthalt der übrigen Familie sei 1976 wegen der Erkrankung des Sohnes auf dringendes Anraten des behandelnden Arztes in die Türkei verlegt worden ... Er selbst habe seinen Wohnsitz in Aschaffenburg beibehalten und sei 1976/77 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Türkei wegen Medikamentenbeschaffung und Arbeitssuche hin- und hergependelt ... Nach dem am 8. Oktober 1977 ... erlittenen Autounfall sei er ausweislich der Bescheinigung des Facharztes für Psychologie und Nervenkrankheiten am Stadtkrankenhaus in Izmir ... wegen eines schweren Schocks bis ... Juli 1979 ständig behandelt worden. Unmittelbar nach Wiederherstellung seiner Gesundheit sei er in die BRD zurückgekehrt.

Zur Arbeitsmarktsituation für Schweißer hat das Gericht die Auskunft des Arbeitgeberverbandes der Hessischen Metallindustrie vom 9.1.1980 eingeholt. Darin wird die Arbeitsmarktsituation im Bezirk des Arbeitsamtes Frankfurt am Main für den Berufsbereich der Schweißer schlechthin, insbesondere bei Spezialisten wie Hochdruckschweißern, als außerordentlich prekär bezeichnet. Rückfragen bei Mitgliedsfirmen hätten ergeben, daß Hochdruckschweißer auf dem Arbeitsmarkt nicht zu finden seien und daß es sich um einen Mangelberuf handele. Durch Deutsche und bevorrechtigte EG-Angehörige sei der Arbeitskräftebedarf in keinem Fall abzudecken. Die Industriegewerkschaft Metall, Verwaltungsstelle Frankfurt am Main, hat auf Anfrage des Berichts mit Schreiben vom 3. Januar 1980 mitgeteilt, daß ihren Erfahrungen nach der Beruf des Hochdruckschweißers im Raum Frankfurt am Main durchaus gefragt sei ...

Der Antrag auf Erlaß der einstweiligen Anordnung ist ... statthaft ... Es ist ... davon auszugehen, daß der Antragsteller keine Einkommensquellen hat, die für die noch nicht absehbare Dauer des Hauptsacheverfahrens den weiteren Aufenthalt in der BRD ge-

und Nervenkrankheiten am Stadtkrankenhaus in Izmir ... wegen eines schweren Schocks bis ... Juli 1979 ständig behandelt worden. Unmittelbar nach Wiederherstellung seiner Gesundheit sei er in die BRD zurückgekehrt.

Zur Arbeitsmarktsituation für Schweißer hat das Gericht die Auskunft des Arbeitgeberverbandes der Hessischen Metallindustrie vom 9.1.1980 eingeholt. Darin wird die Arbeitsmarktsituation im Bezirk des Arbeitsamtes Frankfurt am Main für den Berufsbereich der Schweißer schlechthin, insbesondere bei Spezialisten wie Hochdruckschweißern, als außerordentlich prekär bezeichnet. Rückfragen bei Mitgliedsfirmen hätten ergeben, daß Hochdruckschweißer auf dem Arbeitsmarkt nicht zu finden seien und daß es sich um einen Mangelberuf handele. Durch Deutsche und bevorrechtigte EG-Angehörige sei der Arbeitskräftebedarf in keinem Fall abzudecken. Die Industriegewerkschaft Metall, Verwaltungsstelle Frankfurt am Main, hat auf Anfrage des Berichts mit Schreiben vom 3. Januar 1980 mitgeteilt, daß ihren Erfahrungen nach der Beruf des Hochdruckschweißers im Raum Frankfurt am Main durchaus gefragt sei ...

Der Antrag auf Erlaß der einstweiligen Anordnung ist ... statthaft ... Es ist ... davon auszugehen, daß der Antragsteller keine Einkommensquellen hat, die für die noch nicht absehbare Dauer des Hauptsacheverfahrens den weiteren Aufenthalt in der BRD ge-

währleisten; er ist dafür den Umständen nach vielmehr auf die legale Verwertung seiner Arbeitskraft angewiesen. Auf die Inanspruchnahme von Sozialhilfe kann im Verfahren auf Erteilung einer Arbeitserlaubnis grundsätzlich nicht verwiesen werden, da das Gesetz für diesen Fall ausdrücklich die Ausweisung vorsieht (§ 10 Abs. 1 Nr. 10 Ausländergesetz), womit unter anderem auch die Möglichkeit für die Erteilung einer Arbeitserlaubnis entfiele (§ 5 Arbeitserlaubnisverordnung) ...

Der Antrag ... ist auch begründet ... Sie (Anm.: die Bundesanstalt für Arbeit) hat auf Anforderung des Gerichts vom 21.12.1979 auch keine Aufstellung der Anzahl der meldeten offenen Stellen und der gemeldeten deutschen und gleichgestellten Arbeitnehmer für die vom Antragsteller erstrebte Tätigkeit eingereicht und sich auch nicht dazu geäußert, warum der Firma S.-GmbH bislang kein geeigneter Arbeitnehmer vermittelt werden konnte. Wie aus den Aktenvermerken der Vermittlungsstelle vom 11. Oktober 1979 und 17. Januar 1980 zu entnehmen ist, waren jedenfalls zu diesen Zeitpunkten geeignete Fachkräfte tatsächlich auch nicht arbeitslos gemeldet. Daß die Verweigerung der Arbeitserlaubnis auf § 19 Abs. 1 Arbeitsförderungsgesetz ... beruht, wird danach nicht ersichtlich ...''

Ö. kann kraft dieses Beschlusses seither arbeiten. Das Landesarbeitsamt Hessen hat aber gegen diesen Beschluß Beschwerde zum Landessozialgericht erhoben. Begründung: Die Ausländerbeschäftigung sei zu ,,konsolidieren''. Eine Entscheidung des Landessozialgerichtes steht noch aus.



Die Baustelle des Asyllagers Eschborn. Bis vor kurzem wurde jede Bautätigkeit von der Landesregierung Hessen dementiert. Nach dem jetzt erlassenen Baustopp durch das Verwaltungsgericht Frankfurt wurde immer noch weiter gebaut.

,,Zwangsläufig Züge von Konzentrationslagern''

alb. In den Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und F.D.P. ist offen geblieben, ob das Grundrecht auf Asyl in seiner bisherigen Form – ,,Politisch Verfolgte genießen Asyl'' – abgeschafft werden soll. Von Seiten der SPD soll der Vorschlag gemacht worden sein, die Vorschrift unter einen sog. Gesetzesvorbehalt zu stellen. Zum Beispiel so: Politisch Verfolgte genießen Asyl, sofern sie nicht auf Grund eines Gesetzes abgeschoben werden.

Die Frage konnte in den Verhandlungen deshalb offen bleiben, weil zu vermuten ist, daß auch ohne Änderung des Artikel 16 Grundgesetz die Asylfrage gründlich gelöst wird. Infolge des Visumzwanges, der gezielt gegen die Flüchtlingsländer eingeführt wurde, ist die Zahl der Flüchtlinge, die noch ins Land kommen, schon auf weniger als die Hälfte gesunken. In Berlin-West zum Beispiel sind im Oktober 545 Flüchtlinge angekommen, im Oktober 1979 waren es 1263. Das hindert Börner nicht daran, folgende Drohung auszustoßen: Wenn es nicht gelinge, die Wirtschaftsflüchtlinge fernzuhalten, könne er der zweiten Ausländergeneration nicht mehr ihre Arbeitsplätze garantieren. Das hindert ferner die meisten Bundesländer nicht, flugs Sammellager zu errichten. Und zwar Abschreckungslager. Denn Sammellager gibt es schon längere Zeit in den meisten Ländern. Baden-Württemberg war am schnellsten. Es hat in Karlsruhe ein Zentralsammellager errichtet, und über das Land verstreut noch vier weitere. Das Innenministerium hat dazu plastische Materialien herausgegeben, die wir nachstehend dokumentieren. Darin ist z.B. vorgeschlagen, die Asylsuchenden sollen sich u.a. mit der ,,ersten Hilfe von Mensch und Tier'' beschäftigen. Ob die erste Hilfe den Kakerlaken oder den Wachhunden gilt, ist nicht ausgeführt. Immerhin bestätigen diese Materialien einen voreiligen, aber zutreffenden Spruch des hessischen Innenministers Gries vom 20.3.1980: ,,Großlager werden zwangsläufig Züge von Konzentrationslagern aufweisen.'' Jetzt baut Gries an diesem Lager, und seine Parteifreunde trösten ihn, Lübke, der ein richtiges KZ gebaut habe, sei auch noch Bundespräsident geworden.

Die Stadtstaaten tun sich mit dieser Art von Lagern schwer. Der Hamburger Senat hat sich in einem Grundsatzbeschluß gegen Sammellager ausgesprochen. Es sei kein Platz da. Von der CDU soll der Vorschlag stammen, eine ausgediente Bohrinsel in der Nordsee als Lager einzurichten. Nur vietnamesischen Bootsflüchtlingen soll dies aus humanitären Gründen nicht zugemutet werden.

Pressemitteilung Nr. 170/1980, Innenministerium Baden-Württemberg, Pressestelle – Dorotheenstraße 6, 7000 Stuttgart 1 – 29. September 1980 Auszüge (Hervorhebungen nicht im Original)

halt zu stellen. Zum Beispiel so: Politisch Verfolgte genießen Asyl, sofern sie nicht auf Grund eines Gesetzes abgeschoben werden.

Die Frage konnte in den Verhandlungen deshalb offen bleiben, weil zu vermuten ist, daß auch ohne Änderung des Artikel 16 Grundgesetz die Asylfrage gründlich gelöst wird. Infolge des Visumzwanges, der gezielt gegen die Flüchtlingsländer eingeführt wurde, ist die Zahl der Flüchtlinge, die noch ins Land kommen, schon auf weniger als die Hälfte gesunken. In Berlin-West zum Beispiel sind im Oktober 545 Flüchtlinge angekommen, im Oktober 1979 waren es 1263. Das hindert Börner nicht daran, folgende Drohung auszustoßen: Wenn es nicht gelinge, die Wirtschaftsflüchtlinge fernzuhalten, könne er der zweiten Ausländergeneration nicht mehr ihre Arbeitsplätze garantieren. Das hindert ferner die meisten Bundesländer nicht, flugs Sammellager zu errichten. Und zwar Abschreckungslager. Denn Sammellager gibt es schon längere Zeit in den meisten Ländern. Baden-Württemberg war am schnellsten. Es hat in Karlsruhe ein Zentralsammellager errichtet, und über das Land verstreut noch vier weitere. Das Innenministerium hat dazu plastische Materialien herausgegeben, die wir nachstehend dokumentieren. Darin ist z.B. vorgeschlagen, die Asylsuchenden sollen sich u.a. mit der ,,ersten Hilfe von Mensch und Tier'' beschäftigen. Ob die erste Hilfe den Kakerlaken oder den Wachhunden gilt, ist nicht ausgeführt. Immerhin bestätigen diese Materialien einen voreiligen, aber zutreffenden Spruch des hessischen Innenministers Gries vom 20.3.1980: ,,Großlager werden zwangsläufig Züge von Konzentrationslagern aufweisen.'' Jetzt baut Gries an diesem Lager, und seine Parteifreunde trösten ihn, Lübke, der ein richtiges KZ gebaut habe, sei auch noch Bundespräsident geworden.

Die Stadtstaaten tun sich mit dieser Art von Lagern schwer. Der Hamburger Senat hat sich in einem Grundsatzbeschluß gegen Sammellager ausgesprochen. Es sei kein Platz da. Von der CDU soll der Vorschlag stammen, eine ausgediente Bohrinsel in der Nordsee als Lager einzurichten. Nur vietnamesischen Bootsflüchtlingen soll dies aus humanitären Gründen nicht zugemutet werden.

Pressemitteilung Nr. 170/1980, Innenministerium Baden-Württemberg, Pressestelle – Dorotheenstraße 6, 7000 Stuttgart 1 – 29. September 1980 Auszüge (Hervorhebungen nicht im Original)

Über erste Erfahrungen mit der Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber in Karlsruhe, die ihre Arbeit am 15. September 1980 aufgenommen hat, hat Innenminister Prof. Dr. Roman Herzog ... vor der Presse berichtet. In den ersten zwei Wochen ihrer Tätigkeit sind 87 Asylbewerber aufgenommen worden.

Im Betrieb der Zentralen Anlaufstelle seien bisher keinerlei Schwierigkeiten aufgetreten. Wie vorgesehen, würden die neu ankommenden Asylbewerber aufgenommen und *medizinisch untersucht. Gleichzeitig* werde das Anerkennungsverfahren eingeleitet. Es sei erreicht worden, daß das Bundesamt in Zirndorf in Karlsruhe als ,,Außenstelle'' tätig werde. Dadurch sei gewährleistet, daß *das Anerkennungsverfahren* in kürzester Zeit – *im Regelfall in zwei bis drei Wochen – abgeschlossen werden könne* ... Innenminister Herzog ließ keinen Zweifel daran, daß die Bewältigung des Asylantenproblems nach wie vor großer Anstrengungen bedürfe. Nur wenn es gelinge, dieses Problem in den Griff zu bekommen, könne einer Ausländerfeindlichkeit entgegengewirkt werden.

Betreuung der Asylbewerber – Ziele der Betreuung

Die Betreuung der Asylbewerber während des Aufenthaltes in den Sammelunterkünften ist ein wesentlicher Bestandteil der Bemühungen des Landes, die Probleme aus dem starken Zustrom an Asylbewerbern *auf einer neuen Grundlage* zu bewältigen ... Die Betreuung verfolgt drei wesentliche Ziele: – Hilfe in der besonderen Lebenssituation, – Unterrichtung der Asylbewerber über ihre Situation, – *Förderung der Rückkehrbereitschaft* ... in ihre Heimatländer ...

Die Integration ... kann daher aus Gründen der Wahrhaftigkeit bis zur Anerkennung als Asylberechtigter nicht das Ziel der Betreuung sein ... Andererseits kann die Aufenthaltszeit

rung der Rückkehrbereitschaft ... in ihre Heimatländer ...

Die Integration ... kann daher aus Gründen der Wahrhaftigkeit bis zur Anerkennung als Asylberechtigter nicht das Ziel der Betreuung sein ... Andererseits kann die Aufenthaltszeit

in den Sammelunterkünften u.a. dafür genutzt werden, dem Asylbewerber Kenntnisse und Fähigkeiten zu vermitteln, die ihm bei seiner *Rückkehr in die Heimat* ... nützlich sein können.

Hilfe in der besonderen Lebenssituation

Ein wichtiges Anliegen in der Betreuung ist eine sinnvolle Betätigung ... In diesem Zusammenhang können ... auch Fähigkeiten und Fertigkeiten vermittelt werden, die für eine spätere erfolgreiche *Wiedereingliederung im Heimatland* hilfreich sind. Im kulturellen Bereich kann durch Pflege heimatlicher Bräuche (Volkstanz, Gesang usw.) für eine sinnvolle Aufenthaltsgestaltung gesorgt werden, die gleichzeitig die *Verbundenheit mit der Heimat erhält.*

Unterrichtung der Asylbewerber über ihre Situation

... Wichtig ist bei dieser Aufklärung, daß die Asylbewerber nicht nur ... *realistisch über ihre Aussichten* im Asylverfahren nachdenken und sich bewußt werden, daß die Aussichten ... anerkannt zu werden, nur für wirklich politisch Verfolgte gegeben sind, für alle anderen hingegen nicht bestehen ... Unter den verschiedenen Betreuungszielen ist die Förderung der Rückkehrbereitschaft ... in ihre Heimatländer bei der gegenwärtigen Zugangssituation von wesentlicher Bedeutung. Diese Bemühungen lassen die Rechte der Asylbewerber unangetastet. Es bleibt der freien Entscheidung jedes einzelnen Asylbewerbers überlassen, ob er den Abschluß des Asylverfahrens abwarten oder in *sein Heimatland zurückkehren* oder in ein anderes Land weiterreisen will ...

Für die Entscheidung des Asylbewerbers über die *Rückkehr in seine Heimat* oder die Weiterreise in ein anderes Land ist wesentlich, wie eine solche Reise – vor allem finanziell – realisiert werden kann. Hierüber soll der Asylbewerber im einzelnen ... informiert werden.

Innenministerium Baden-Württemberg, Rundschreiben an die Regierungspräsidien vom 28. Juli 1980, Az III 664/953

... Asylanträge sind sofort zu bearbeiten. Sofern die Hinzuziehung von Dolmetschern schwierig ist oder zu Verzögerungen bei der Weiterleitung des Asylantrages führen würde, sind die Niederschriften nur so weit wie möglich auszufüllen. Bei Asylbewerbern, die anwaltschaftlich vertreten werden, kann auf den Schriftsatz des Anwaltes verwiesen werden. In diesen Fällen ist der Asylbewerber zu fragen, ob er den Schriftsatz seines Anwaltes kenne und ob er diesem noch etwas hinzuzufügen habe ...

Falls sich der Asylbewerber nicht binnen einer Woche (nach Einreise und Erfassung durch die Ausländerbehörde, Anm. d. Red.) bei der ZASt (Zentralen Anlaufstelle) gemeldet hat, gibt die ZASt die Ausländerakten mit einem entsprechenden Vermerk der Ausländerbehörde zurück ... Wird der Ausländer auf Grund der Fahndung festgenommen, so ist grundsätzlich die Abschiebung zu veranlassen. Asylbewerber, die der ihnen auferlegten Pflicht, sich binnen einer bestimmten Frist ... zu melden, schuldhaft nicht nachgekommen sind, zeigen damit, daß sie mit ihrer Einreise andere Zwecke als den Schutz vor politischer Verfolgung verbunden haben. Ihr Antrag ist daher offensichtlich rechtsmißbräuchlich ... Das Verlassen des

Innenministerium Baden-Württemberg, Rundschreiben an die Regierungspräsidien vom 28. Juli 1980, Az III 664/953

... Asylanträge sind sofort zu bearbeiten. Sofern die Hinzuziehung von Dolmetschern schwierig ist oder zu Verzögerungen bei der Weiterleitung des Asylantrages führen würde, sind die Niederschriften nur so weit wie möglich auszufüllen. Bei Asylbewerbern, die anwaltschaftlich vertreten werden, kann auf den Schriftsatz des Anwaltes verwiesen werden. In diesen Fällen ist der Asylbewerber zu fragen, ob er den Schriftsatz seines Anwaltes kenne und ob er diesem noch etwas hinzuzufügen habe ...

Falls sich der Asylbewerber nicht binnen einer Woche (nach Einreise und Erfassung durch die Ausländerbehörde, Anm. d. Red.) bei der ZASt (Zentralen Anlaufstelle) gemeldet hat, gibt die ZASt die Ausländerakten mit einem entsprechenden Vermerk der Ausländerbehörde zurück ... Wird der Ausländer auf Grund der Fahndung festgenommen, so ist grundsätzlich die Abschiebung zu veranlassen. Asylbewerber, die der ihnen auferlegten Pflicht, sich binnen einer bestimmten Frist ... zu melden, schuldhaft nicht nachgekommen sind, zeigen damit, daß sie mit ihrer Einreise andere Zwecke als den Schutz vor politischer Verfolgung verbunden haben. Ihr Antrag ist daher offensichtlich rechtsmißbräuchlich ... Das Verlassen des

Stadtkreises Karlsruhe ist grundsätzlich nicht gestattet. Dies gilt auch für Anwaltsbesuche ...

Merkblatt für Asylbewerber in Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg sind neue Regelungen für Asylbewerber eingeführt worden. Mit diesen Regelungen soll einer Aushöhlung des Asylrechts ... vorgebeugt und dem wirklich politisch Verfolgten die Gewähr gegeben werden, daß sein Fall so schnell wie möglich mit der Anerkennung ... abgeschlossen werden kann.

Von den zuständigen Behörden wird in Zukunft wie folgt verfahren:

1. Alle Asylbewerber ... werden ab sofort ... in Sammelunterkünften untergebracht. In diesen Unterkünften müssen sie sich bis zum Abschluß des Verfahrens aufhalten ...

2. Von den zuständigen Behörden wird ... Arbeitsaufnahme untersagt ... wird in Baden-Württemberg in Zukunft die *Arbeitsaufnahme für die gesamte Dauer des Asylverfahrens untersagt.*

3. ... Geldzahlungen werden nicht mehr gewährt.

4. ... wird daher erwartet, daß die Asylbewerber den Anordnungen der zuständigen Behörden nachkommen. Wenn Anordnungen der Behörden nicht befolgt werden, bringt der Asylbewerber sich selbst in Schwierigkeiten und zeigt damit, daß eine echte politische Verfolgung offensichtlich nicht vorliegt, sondern daß er mit seinem Antrag asylfremde Zwecke verfolgt. In diesen Fällen wird die Abschiebung in das Herkunftsland angeordnet werden.

,,Nur die Darstellung der Entwicklung mit allen Widersprüchen besitzt überzeugende Kraft"

Zum 80. Geburtstag Anna Seghers

bag. Anna Seghers, geboren am 19.11.1900, in Kürze also 80 Jahre alt, gehört zu den bürgerlichen deutschen Schriftstellern, die in den Klassenkämpfen der Weimarer Republik Partei für das Proletariat ergriffen und in ihrem weiteren Lebenswerk für den Sozialismus eintraten. 1928 wurde sie Mitglied der KPD und des BPRS (Bund Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller), 1933 floh sie vor der Verfolgung durch die Nationalsozialisten nach Frankreich, und nach der Besetzung des Landes durch faschistische Truppen weiter nach Mexiko. Erst 1947 kehrte sie aus dem Exil zurück, und siedelte sich nach der Spaltung Deutschlands in der DDR an. Während sie von der herrschenden Kulturpolitik der BRD verschwiegen oder verdammt wurde, genoß sie in der DDR von Anfang an großes Ansehen. Heute gilt sie dort als *der* Klassiker der sog. ,,sozialistischen Nationalliteratur" und sitzt auf hohen Posten.

Das berühmteste Buch von Anna Seghers ist der Roman ,,Das Siebte Kreuz", während der Exilzeit in Frankreich entstanden, 1942 zuerst auf Englisch in einem amerikanischen Verlag, dann auf deutsch in Mexiko, und erst 1947 in Deutschland selbst erschienen. Aus einem Konzentrationslager im Rheinland fliehen 7 Häftlinge, darunter der Kommunist Georg Heisler. Alle werden wieder eingefangen oder kommen auf der Flucht um, nur Heisler kann über den Rhein nach Holland entweichen. Von den 7 Kreuzen, die der Lagerkommandant Vahrenberg hat errichten lassen, um die Eingefangenen daran aufzuhängen, bleibt eins leer. Es wird zum Symbol dafür, daß der Faschismus nicht über alle siegt und damit auch selbst besiegbar ist.

Im Mittelpunkt des spannend aufgebauten Handlungsverlaufs steht die einwöchige Flucht Heislers durch Dörfer und Städte des Rhein-Main-Gebiets. Immer wieder entschlüpft er den enggeknüpften Netzen des faschistischen Unterdrückungsapparats, beschützt von der Natur, die ihn in Nacht und Nebel hüllt, und untergetaucht im Volk, das ihm mehr oder weniger bewußt weiterhilft. Diese Verbundenheit mit dem Volk stellt Anna Seghers auch mittels ihrer Erzähltechnik dar: In dem Bericht über Heislers Flucht werden Szenen aus dem Leben von Arbeitern, Bauern und Intellektuellen verflochten, die mit Heisler in Berührung kommen. Heisler taucht in diesen Handlungssträngen auf und unter, entsprechend seiner Fluchtbewegungen. Wenn die Einheit von Inhalt und Form in der

lag, dann auf deutsch in Mexiko, und erst 1947 in Deutschland selbst erschienen. Aus einem Konzentrationslager im Rheinland fliehen 7 Häftlinge, darunter der Kommunist Georg Heisler. Alle werden wieder eingefangen oder kommen auf der Flucht um, nur Heisler kann über den Rhein nach Holland entweichen. Von den 7 Kreuzen, die der Lagerkommandant Vahrenberg hat errichten lassen, um die Eingefangenen daran aufzuhängen, bleibt eins leer. Es wird zum Symbol dafür, daß der Faschismus nicht über alle siegt und damit auch selbst besiegbar ist.

Im Mittelpunkt des spannend aufgebauten Handlungsverlaufs steht die einwöchige Flucht Heislers durch Dörfer und Städte des Rhein-Main-Gebiets. Immer wieder entschlüpft er den enggeknüpften Netzen des faschistischen Unterdrückungsapparats, beschützt von der Natur, die ihn in Nacht und Nebel hüllt, und untergetaucht im Volk, das ihm mehr oder weniger bewußt weiterhilft. Diese Verbundenheit mit dem Volk stellt Anna Seghers auch mittels ihrer Erzähltechnik dar: In dem Bericht über Heislers Flucht werden Szenen aus dem Leben von Arbeitern, Bauern und Intellektuellen verflochten, die mit Heisler in Berührung kommen. Heisler taucht in diesen Handlungssträngen auf und unter, entsprechend seiner Fluchtbewegungen. Wenn die Einheit von Inhalt und Form in der

Literatur ein Maßstab für Qualität ist (wie wir es in der Schule lernten), so ist dies ein guter Roman.

Gut ist dieser Roman auch in der Hinsicht, daß der Schriftstellerin Schilderungen voll sinnlicher Wahrnehmung und präziser Beobachtung gelingen. Das wirkt echt, genau und wie unmittelbar erlebt; eine außerordentliche Leistung vor allem deshalb, weil Anna Seghers zu der Zeit, als sie dies schrieb, von den Klassenkämpfen in Deutschland und von der Sprache dieses Landes isoliert war. Da sind lebendige Menschen in ihrem Arbeitsalltag, in ihren Liebes- und Familienbeziehungen, mit ihren Widersprüchen zu den herrschenden politischen Verhältnissen bzw. mit ihrer Anpassung an diese. Sie sprechen eine lebendige, klare, mit Dialektausdrücken angereicherte Sprache. Und die ganze Geschichte enthält eine für Anna Seghers sonstiges Werk ungewöhnliche Portion Humor, die das glaubhaft macht, was sie mit diesem Roman verbreiten wollte: Optimismus, Hoffnung, Mut.

In einer Rede auf dem deutschen Schriftstellerkongreß 1956 hat Anna Seghers gesagt: ,,... Nur die Darstellung der Entwicklung mit allen Widersprüchen besitzt überzeugende Kraft." Gemessen daran, kann man über das ,,Siebte Kreuz" sagen, daß der Text eine klare Analyse des Faschismus, wie man sie vielleicht aus der Perspektive Heislers hätte erwarten können, nicht liefert. Ebensowenig sagt er über die politischen Ziele der Widerstandsbewegung aus, was vielleicht gerade für Jugendliche heute, die den Roman als historisches Dokument lesen wollen, wichtig wäre. Sehr genau schildert Anna Seghers jedoch die Bedingungen des Widerstandskampfes. Die Organisationsstruktur der Kommunistischen Partei ist zerschlagen, aber durch die Unterstützungstätigkeit für Heisler werden einige der zerrissenen Fäden wieder geknüpft. Menschen, die den Kampf aufgaben, oder ihn nie aufzunehmen wagten, entschließen sich; andere stellen sich offen auf die andere Seite. Diese Widersprüche im Volk, genauer im Inneren der einzelnen Menschen selbst, schildert Anna Seghers sehr eingehend. Auf der anderen Seite stellt sie auch deutlich Widersprüche innerhalb der Funktionäre des Faschismus dar, vor allem im Konzentrationslager selbst, wo die verschiedenen hohen Offiziere gegeneinander rivalisieren. Ein Gärtnerlehrling, Mitglied der HJ, wird durch die Flucht der Häftlinge so verunsichert, daß er eine falsche Aussage macht, die von Heislers Spuren ablenkt. Wegen dieser Darstellung von Widersprüchen innerhalb der faschistischen Bewegung ist Anna Seghers allerdings auch der Vorwurf der Verharmlosung gemacht worden.

Der Schlußsatz des Romans lautet: ,,Wir fühlten alle, wie tief und furchtbar die äußeren Mächte in den Menschen hineingreifen, bis in sein Innerstes, aber wir fühlten auch, daß er im Innersten etwas war, was unangreifbar war und unverletzbar." So beschrieben, rückt die ,,Darstellung der Entwicklung mit allen Widersprüchen" meiner Meinung nach in die Nähe bürgerlich-idealistischer Faschismus-Analysen: der Faschismus und der Kampf der Arbeiterklasse und der Volksmassen erscheint hier als ein Konflikt zwischen Macht und Innerlichkeit, ganz ähnlich übrigens wie bei Thomas Mann. Eine weitere Schwäche des Romans liegt darin, daß das Volk hier zum Teil als sehr unbewußt, von Instinkten und Gefühlen getrieben, dargestellt wird. In ihrem späteren Werk, vor allem nach 1949, verstärkt

stellt sie auch deutlich Widersprüche innerhalb der Funktionäre des Faschismus dar, vor allem im Konzentrationslager selbst, wo die verschiedenen hohen Offiziere gegeneinander rivalisieren. Ein Gärtnerlehrling, Mitglied der HJ, wird durch die Flucht der Häftlinge so verunsichert, daß er eine falsche Aussage macht, die von Heislers Spuren ablenkt. Wegen dieser Darstellung von Widersprüchen innerhalb der faschistischen Bewegung ist Anna Seghers allerdings auch der Vorwurf der Verharmlosung gemacht worden.

Der Schlußsatz des Romans lautet: ,,Wir fühlten alle, wie tief und furchtbar die äußeren Mächte in den Menschen hineingreifen, bis in sein Innerstes, aber wir fühlten auch, daß er im Innersten etwas war, was unangreifbar war und unverletzbar." So beschrieben, rückt die ,,Darstellung der Entwicklung mit allen Widersprüchen" meiner Meinung nach in die Nähe bürgerlich-idealistischer Faschismus-Analysen: der Faschismus und der Kampf der Arbeiterklasse und der Volksmassen erscheint hier als ein Konflikt zwischen Macht und Innerlichkeit, ganz ähnlich übrigens wie bei Thomas Mann. Eine weitere Schwäche des Romans liegt darin, daß das Volk hier zum Teil als sehr unbewußt, von Instinkten und Gefühlen getrieben, dargestellt wird. In ihrem späteren Werk, vor allem nach 1949, verstärkt

sich diese Tendenz zur Idealisierung. In ,,Die Entscheidung" (1959) entscheiden Menschen sich für den Sozialismus als ,,das Gute", und in ,,Das Vertrauen" (1968), in dem die Vorgänge am 17. Juni 1953 dargestellt werden, sind die Menschen recht schematisch in gute und böse aufgeteilt, je nachdem, ob sie die Erhebung gegen die Normerhöhung verurteilten oder begrüßten.

Die neue Bourgeoisie der DDR, die sich auch im Kulturleben dick eingenistet hat, versucht Anna Seghers für sich zu vereinnahmen und wird sie deshalb auch jetzt zu ihrem achtzigsten Geburtstag mit Lob überschütten. Sie kann sich dabei auf die unbestreitbaren literarischen Qualitäten von Seghers Werk berufen. Gerade diese Qualitäten bergen auch die Möglichkeit zu einer revolutionären Rezeption, zu einer Stärkung im Kampf gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch die alte imperialistische Bourgeoisie der BRD und die neue staatsmonopolistische der DDR.



Anna Seghers 1951 bei einem Besuch der Volksrepublik China.

Anna Seghers: ,,Das siebte Kreuz"

Auszug

Paul Röder, Arbeiter bei Pokorny, ein ehemaliger Jugendfreund von Georg Heisler, überlegt sich im Betrieb, welchen Kollegen er zu Rate ziehen könnte. Er sucht ein Versteck für Georg, weil er in seiner Wohnung in Frankfurt nicht sicher ist.

,,Paul aber, auf seinem Platz, mit zusammengepreßtem Mund, breitbeinig, wenn das Verschlußstück aufsaß, auf einem Bein storchartig, wenn er den Hebel beidrehte, grübelte, welcher Mann heute morgen der rechte sei, um ihm zu helfen.

Sechzehn Männer in der Abteilung, außer dem Vorarbeiter, der keinesfalls in Frage kam. Auf ihren nackten, dampfenden Rümpfen, straffen und dicklichen, alten und jungen, zeigten sich alle jene Wundmale, die ein Mensch empfangen kann, mancher bei der Geburt, mancher bei einem Raufhandel, mancher in Flandern oder in den Karpaten, mancher in Westhofen oder Dachau, mancher auf seinem Arbeitsplatz. Paul hatte tausendmal Heidrichs Narbe unter dem Schulterblatt gesehen – Wunder genug, daß er, von hinten nach vorn durchschossen, doch sein Leben behalten hatte, das Leben eines Schweißers bei Pokorny.

Paul konnte sich noch erinnern, wie Heidrich im November achtzehn frisch aus dem Frontlazarett in Eschersheim aufgetaucht war: Hohläugig, auf zwei Stöcken, gewillt das Land zu verändern. Er, Paul, war um jene Zeit angelernt worden. Was ihn an Heidrich am meisten gefesselt hatte, war diese große Einschußnarbe. Heidrich hatte rasch seine zwei Krücken abgelegt. Er wollte bald ins Ruhrgebiet abziehen, bald nach Mitteldeutschland. Er wollte überallhin, wo es hart auf hart ging. Er

wenn das Verschlußstück aufsaß, auf einem Bein storchartig, wenn er den Hebel beidrehte, grübelte, welcher Mann heute morgen der rechte sei, um ihm zu helfen.

Sechzehn Männer in der Abteilung, außer dem Vorarbeiter, der keinesfalls in Frage kam. Auf ihren nackten, dampfenden Rümpfen, straffen und dicklichen, alten und jungen, zeigten sich alle jene Wundmale, die ein Mensch empfangen kann, mancher bei der Geburt, mancher bei einem Raufhandel, mancher in Flandern oder in den Karpaten, mancher in Westhofen oder Dachau, mancher auf seinem Arbeitsplatz. Paul hatte tausendmal Heidrichs Narbe unter dem Schulterblatt gesehen – Wunder genug, daß er, von hinten nach vorn durchschossen, doch sein Leben behalten hatte, das Leben eines Schweißers bei Pokorny.

Paul konnte sich noch erinnern, wie Heidrich im November achtzehn frisch aus dem Frontlazarett in Eschersheim aufgetaucht war: Hohläugig, auf zwei Stöcken, gewillt das Land zu verändern. Er, Paul, war um jene Zeit angelernt worden. Was ihn an Heidrich am meisten gefesselt hatte, war diese große Einschußnarbe. Heidrich hatte rasch seine zwei Krücken abgelegt. Er wollte bald ins Ruhrgebiet abziehen, bald nach Mitteldeutschland. Er wollte überallhin, wo es hart auf hart ging. Er

war ja ohnedies schon zusammengeschossen. Aber die Noske und Watter hatten ihm die Aufstände rascher zusammengeschossen, als er von Eschersheim aus dort ankam. Keine Schüsse hätten den Heidrich so ausbluten können, wie die kommenden Friedensjahre: Arbeitslosigkeit, Hunger, Familie, Abbröckeln aller Rechte, Spaltung der Klasse, das Verzetteln der teuren Zeit, wer nun recht habe, statt das Rechte unverzüglich zu tun, und zuletzt im Januar 33 der furchtbarste Schlag. Niedergebrannt die heilige Flamme des Glaubens, des Glaubens an sich selbst. – Paul wunderte sich, wie er garnichts gemerkt hatte von einer Veränderung an dem Mann. Wie er sich jetzt dem Paul darbot an diesem Morgen, wollte er sich kein Härchen von seinem Kopf mehr verlieren, sondern endlich für immer in Arbeit bleiben. Für wen und von wem auch.

Vielleicht Emmrich, dachte Paul. Der war der älteste der Abteilung. Weiße, dicke Brauen über den strengen Augen und ein weißes Zwirbelchen auf dem Kopf. Der war mal stramm organisiert gewesen; hatte die rote Fahne zum ersten Mai immer schon abends am dreißigsten April herausgehängt, damit sie beim ersten Morgengrauen losflattern konnte. Das fiel dem Paul jetzt plötzlich ein. Solche Sachen waren ihm früher eins gewesen, Schnurren, Eigenheiten von Menschen. Emmrich war wohl deshalb nicht ins KZ gekommen, weil er zu dem unentbehrlichen Stamm Facharbeiter gehörte und ziemlich alt war. Dem seine Zähne sind auch jetzt stumpf. Der wird nicht anbeißen. – Aber dann fiel ihm ein, daß Emmrich zweimal mit dem jungen Knauer und dessen Freunden in Erbenbeck im Wirtshaus gesessen hatte, wo sie doch hier nie miteinander sprachen, ja daß der Knauer abends öfters aus Emmrichs Haus gekommen war ... Emmrich mag seine Fahne eingerollt haben, in seinen alten, gestrengen Augen gibt es einen Ausdruck von Wachsamkeit. Der und seine Kumpane wüßten mindestens einen Unterschlupf für meinen Georg, dachte Paul, aber ich wag sie nicht zu fragen. Die kleben zusammen, die lassen nichts an sich ran, die kennen mich nicht, sind mißtrauisch. Haben sie nicht auch recht? Warum sollen sie mir den trauen, was bin ich denn schließlich für sie? – das Paulchen.

Er hatte immer gesagt, wenn ihn einer etwas gefragt hatte: Mich laßt aus: mir ist die Hauptsache, meine Liesel hat meine Suppe gekocht, auch wenn der Löffel mir nicht drin stehenbleibt.

Und jetzt? Und morgen? Die hastige, heisere Stimme, leibhaftiger, dauerhafter als der Gast selbst, der grau im Gesicht, mit seiner verbundenen Hand auf dem Küchensofa herumlag; Ja,

ren, Eigenheiten von Menschen. Emmrich war wohl deshalb nicht ins KZ gekommen, weil er zu dem unentbehrlichen Stamm Facharbeiter gehörte und ziemlich alt war. Dem seine Zähne sind auch jetzt stumpf. Der wird nicht anbeißen. – Aber dann fiel ihm ein, daß Emmrich zweimal mit dem jungen Knauer und dessen Freunden in Erbenbeck im Wirtshaus gesessen hatte, wo sie doch hier nie miteinander sprachen, ja daß der Knauer abends öfters aus Emmrichs Haus gekommen war ... Emmrich mag seine Fahne eingerollt haben, in seinen alten, gestrengen Augen gibt es einen Ausdruck von Wachsamkeit. Der und seine Kumpane wüßten mindestens einen Unterschlupf für meinen Georg, dachte Paul, aber ich wag sie nicht zu fragen. Die kleben zusammen, die lassen nichts an sich ran, die kennen mich nicht, sind mißtrauisch. Haben sie nicht auch recht? Warum sollen sie mir den trauen, was bin ich denn schließlich für sie? – das Paulchen.

Er hatte immer gesagt, wenn ihn einer etwas gefragt hatte: Mich laßt aus: mir ist die Hauptsache, meine Liesel hat meine Suppe gekocht, auch wenn der Löffel mir nicht drin stehenbleibt.

Und jetzt? Und morgen? Die hastige, heisere Stimme, leibhaftiger, dauerhafter als der Gast selbst, der grau im Gesicht, mit seiner verbundenen Hand auf dem Küchensofa herumlag; Ja,

warum glaubst du denn, Paul, daß sie dir diese Suppe lassen, Brot und Windeln und acht Stunden statt zwölf und Urlaub und Schiffskarten – aus Güte? Aus Menschenliebe? Sie lassen sie dir aus Furcht. Du hättest auch das nicht, wenn wir dir's nicht beschafft hätten, wir und nicht sie. In vielen Jahren, mit Blut und Gefängnis, solche wie du und ich. (...)

Er ist verloren, wenn ich nicht heute noch jemand finde. Ich darf an nichts anderes denken. Wie aber kann ich denn überhaupt jemand finden? Die Schlechten verraten mich, die Guten verstecken sich. Sie verstecken sich viel zu gut.

(...) Ach, Fiedler, der war auch nichts. Der hatte noch vorige Woche noch offen erklärt – als ihn Brand zur Rede stellte: Du, Fiedler, hast früher bei keinem Streik gefehlt, bei keiner Demonstration –: Die Zeiten ändern sich, und wir uns mit den Zeiten.

Paul warf, ohne den Kopf zu drehen, nur aus den Augenwinkeln, einen Blick auf den Fiedler. Der Paul hat mich gestern auch schon mal plötzlich so sonderbar angesehen, dachte Fiedler. Drückt ihn was? – Der Fiedler war an die Vierzig, er sah fest und stark aus. Er ging immer rudern und schwimmen. Er hatte ein breites, ruhiges Gesicht, auch seine Augen blickten ruhig.

In dieser Anwort an Brand, dachte Paul, ist eigentlich nichts, was gegen ihn spricht. Eine Antwort wie Luft. Nimm dir 'ne Handvoll, was hast du schon. Die ganzen letzten Jahre hatte Fiedler gleichmäßig ruhig, fast höflich zu allen und allem geschwiegen. Gewiß, er war gut gewesen und anständig gegen jeden. (...)

In allen Betriebsversammlungen hatte der Fiedler kleine, ruhige Fragen gestellt. Er hatte sich immer vergewissert, ob alles, was ihnen zustand, gewährt worden sei. Auch darin war er mit Brand völlig einig gewesen.

(...) Ihm kam etwas in den Sinn, was keine Handlung gewesen war, kein Ausspruch – etwas so Flüchtiges, daß er nie mehr daran gedacht hatte. Im Frühjahr, als es geheißen hatte, wir hören gemeinsam die Führerrede nach der Schicht im großen Saal, da hatte einer gesagt: Mein Gott, ich muß zur Bahn. Der andere hatte gesagt: Es ist auch diesmal kein Zwang. Er, Paul, hatte damals selbst gesagt: Wenn's kein Zwang ist, geh ich zur Liesel. Was der spricht, weiß man im voraus. – Auf einmal waren recht viele weggegangen, das heißt, sie hatten weggehen wollen, denn alle drei Tore waren geschlossen worden. Dann hatte jemand gewußt, daß es da noch ein Türchen gab bei der Pförtnerwohnung. Das Türchen war wirklich ein Puppentürchen, und sie waren eine Belegschaft von über zwölfhundert, und wie das so geht, sie wollten alle auf einmal durch das Türchen, sogar er, der Paul. Ihr



der Schicht im großen Saal, da hatte einer gesagt: Mein Gott, ich muß zur Bahn. Der andere hatte gesagt: Es ist auch diesmal kein Zwang. Er, Paul, hatte damals selbst gesagt: Wenn's kein Zwang ist, geh ich zur Liesel. Was der spricht, weiß man im voraus. – Auf einmal waren recht viele weggegangen, das heißt, sie hatten weggehen wollen, denn alle drei Tore waren geschlossen worden. Dann hatte jemand gewußt, daß es da noch ein Türchen gab bei der Pförtnerwohnung. Das Türchen war wirklich ein Puppentürchen, und sie waren eine Belegschaft von über zwölfhundert, und wie das so geht, sie wollten alle auf einmal durch das Türchen, sogar er, der Paul. Ihr



Mit Thomas Mann 1955 bei den Schiller-Feiern in Weimar.

seid ja verrückt, ihr Kinder, hatte der Pförtner gesagt. Im Gedränge hatte einer gesagt: Das ist wohl das Nadelöhr, durch das das Kamel eher geht als daß ... Paul hatte sich umgedreht, da hatten die ruhigen Augen von Fiedler aufgeglänzt von irgendeinem Triumph in seinem ernsten, verhaltenen Gesicht.

(...) ,Ich muß dich mal einen Augenblick sprechen.' Er hatte ihn im Hof abgepaßt. Fiedler dachte: Er hat also wirklich was auf dem Herzen. Was wohl so'nen Paul drückt?"